. Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

20 Februar 1978
6. Jg. Nr. 8

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Exportoffensive der westdeutschen Monopole setzt Lohnraub voraus

Staatliche Zwangsmittel dazu: Notstands- und Stabilitätsgesetz, Angriffe gegen das Streikrecht, Ausbau des Polizeiapparates

Der westdeutschen Finanzbourgeoisie ist der Gedanke heilig, die gegenwärtige, weltweite Kapitalexportoffensive durch eine noch weitaus größere Warenexportoffensive zu ergänzen. Dieses Vorhaben ist nur durchführbar, wenn es den Kapitalisten gelingt, die in Westdeutschland produzierten Waren annähernd konkurrenzlos auf den Markt zu werfen. Haupthindernis dafür sind die Reallöhne der Arbeiter. Der räuberische Expansionsdrang des Kapitals läßt sich nur durch drastische Senkung der Reallöhne der Arbeiter verwirklichen. Die Regierungssozialdemokratie nebst ihren freiliberalen Partnern trommeln zur Exportoffensive und zur Unterwerfung unter die Konkurrenz der Kapitalisten.

Wie die Bourgeoisie erst vor wenigen Tagen durch ihr „Institut der deutschen Wirtschaft" ermitteln ließ, „produziert Deutschland mit den höchsten Arbeitskosten". Eine Arbeitsstunde „kostet" nach den Ermittlungen des Instituts in der BRD 18,92 DM, in den Niederlanden 18,72 DM und in den USA 17,76 DM. Frankreich, Großbritannien und Japan werden als „Niedriglohnländer mit Stundenlöhnen unter 10 DM" angegeben. Wenn auch nicht in bezug auf die Intensivierung der Ausbeutung, so doch in punkto Senkung des Reallohns sehen die westdeutschen Kapitalisten sich von ihren imperialistischen Konkurrenten überflügelt. Und das läßt sie schäumen. Hier liegen auch die Gründe, warum die Finanzbourgeoisie mit äußerster Verbissenheit und Brutalität ihr Lohnsenkungsprogramm, gestützt von einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur Unterdrückung und Spaltung der Arbeiterklasse durchführen will. „Der Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung liegt in den Lohnkosten. Auf verstärkte Investitionen kann man nur hoffen, wenn die Belastungen der Unternehmer auf ein erträgliches Maß stabilisiert werden können", erklärte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer.

Die Wachstumsraten der Industrieproduktion hatten sich 1977 verlang-

Lohnkosten. Auf verstärkte Investitionen kann man nur hoffen, wenn die Belastungen der Unternehmer auf ein erträgliches Maß stabilisiert werden können", erklärte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer.

Die Wachstumsraten der Industrieproduktion hatten sich 1977 verlang-

samt. Das Bruttosozialprodukt nahm real um 2,5% zu und stieg damit weniger als 1976 (5,7%). Während die Auftragseingänge in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit einer Zunahme von 0,5% ihren niedrigsten Stand im Monatsvergleich des Bundesministeriums für Wirtschaft erreichten, gingen die Auftragseingänge in der Verbrauchsgüterindustrie um fast 5,5% zurück. Nachdem das Bruttosozialprodukt real im ersten Quartal 1977 noch zugenommen hatte, stagnierte es im Frühjahr/Sommer; allerdings hat es um die Jahreswende wieder zugenommen. Zur Überwindung dieser „stagnanten Situation" gibt es für die Finanzbourgeoisie nur den Weg der imperialistischen Expansion auf dem Weltmarkt, was ausschließlich mit drastischen Maßnahmen zu erreichen ist: Senkung der Reallöhne der Arbeiter, Unterwerfung der Arbeiterklasse, Modernisierung des Produktionsapparates.

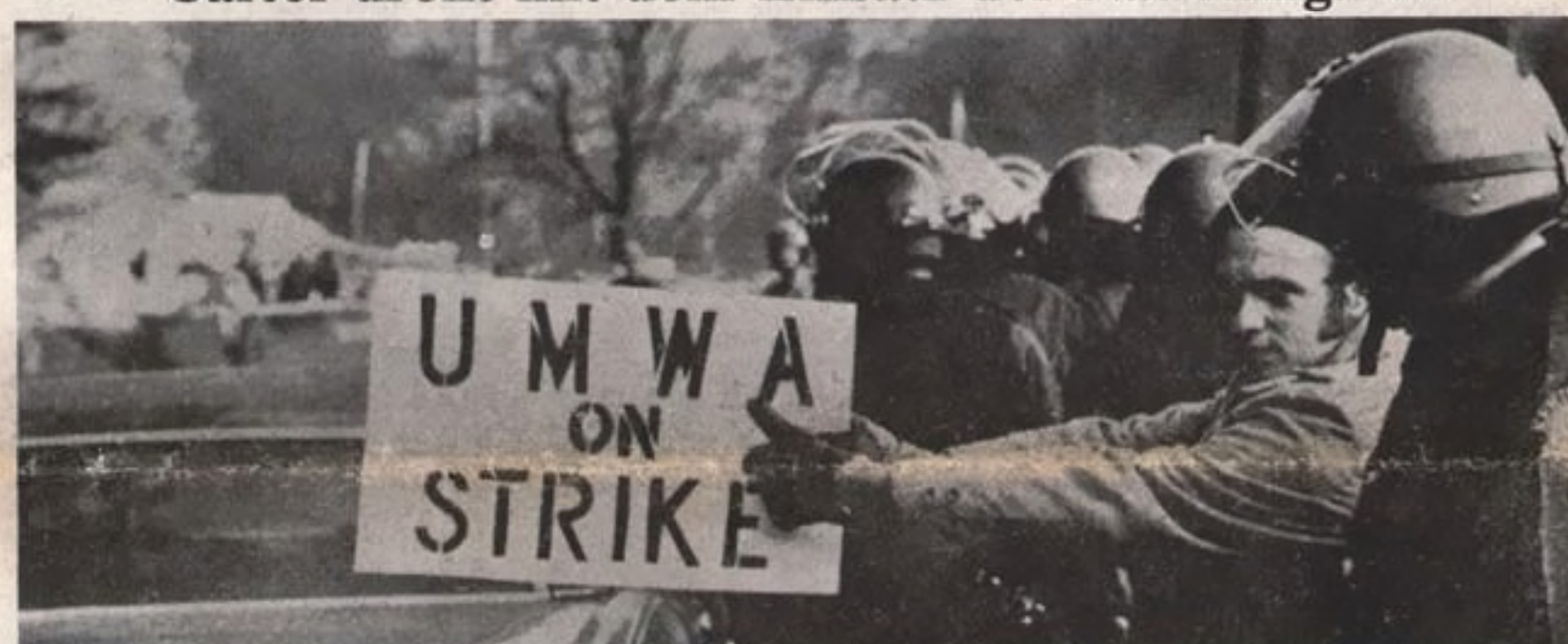
Diese Aufgabe „fordert die volle Ausschöpfung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes". Mit diesem Gesetz reagierten die Kapitalisten auf die spürbaren Überkapazitäten und den Fall der Profitrate in der Krise von 1966/67. Jetzt sehen die Kapitalisten die Möglichkeit sowie auch die „Notwendigkeit", die Ausbeutung nochmals drastisch zu steigern und die Arbeiter auf niedrige Löhne zu zwingen.

Ungefähr zur gleichen Zeit, als in der letzten Woche Zehntausende von Metallarbeitern die Metallkapitalisten mit Streiks unter Druck brachten, erklärte Lambsdorff, der Abschluß der Hafenarbeiter „darf unter keinen Umständen ein Signal für Lohnabschlüsse auf breiter Front werden". *Signalwirkung.* Als am Freitag letzter Woche die Gewerkschaftssozialdemokraten sich mit den Stahlkapitalisten auf eine „Lohnanhebung" von 4% verabredeten, ließ der Vertreter der Stahlkapitalisten übers Fernsehen verbreiten: nicht auszuschließen sei, daß „so etwas Signalwirkung hat, aber ich glaube, daß der Abschluß (Hafenarbeiter) und dieser Vermittlungsvorschlag (Stahlarbeiter) so ist, daß er keinerlei negative Auswirkungen auf andere Abschlüsse haben wird".

Das Gewaltprogramm gegen den Arbeitslohn verlangt der Bourgeoisie

(Fortsetzung Seite 2)

Die amerikanischen Bergarbeiter setzen ihren Streik fort – Carter droht mit dem Einsatz der Nationalgarde



Der Streik der 160000 US-amerikanischen Bergarbeiter tritt am Ende der 11. Woche in seine entscheidende Phase. Am 11. Februar hatten die Bergarbeiter ein Angebot der Kapitalisten, das mit einer Erhöhung der Löhne von 7,80 auf 10,15 Dollar innerhalb von drei Jahren Verbot und Bestrafung selbständiger Streiks durchsetzen sollte, eindeutig und entschieden zurückgewiesen und die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Der Streik trifft nicht nur die Kohleminenbesitzer, sondern die gesamte US-amerikanische Kapitalistenklasse hart. In einigen Bundesstaaten, vor allem Ohio, Pennsylvania und Indiana ist die Energieversorgung bedroht, die Produktion zahlreicher Betriebe muß eingeschränkt oder vorübergehend ganz eingestellt werden. Ende vergangener Woche hat US-Präsident Carter den Bergarbeitern ein Ultimatum gestellt und die Anwendung des Taft-Hardley-Gesetzes angedroht. Wenn die Bergarbeiter ihren Streik nicht in 2 Tagen beenden würden, würde mit dem Einsatz der Nationalgarde die achtzigtägige Aussetzung des Streiks erzwungen werden. „Taft-Hardley wird nichts nützen – Soldaten können keine Kohle fördern" – die Bergarbeiter sind entschlossen, ihr Streikrecht gegen jeden Angriff durchzusetzen und den Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzuführen.

Verbot und Bestrafung selbständiger Streiks durchsetzen sollte, eindeutig und entschieden zurückgewiesen und die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Der Streik trifft nicht nur die Kohleminenbesitzer, sondern die gesamte US-amerikanische Kapitalistenklasse hart. In einigen Bundesstaaten, vor allem Ohio, Pennsylvania und Indiana ist die Energieversorgung bedroht, die Produktion zahlreicher Betriebe muß eingeschränkt oder vorübergehend ganz eingestellt werden. Ende vergangener Woche hat US-Präsident Carter den Bergarbeitern ein Ultimatum gestellt und die Anwendung des Taft-Hardley-Gesetzes angedroht. Wenn die Bergarbeiter ihren Streik nicht in 2 Tagen beenden würden, würde mit dem Einsatz der Nationalgarde die achtzigtägige Aussetzung des Streiks erzwungen werden. „Taft-Hardley wird nichts nützen – Soldaten können keine Kohle fördern" – die Bergarbeiter sind entschlossen, ihr Streikrecht gegen jeden Angriff durchzusetzen und den Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzuführen.

„1978 die bisherige Agrarpolitik fortsetzen und konsequent ausbauen"

Agrarbericht 78 fordert schärfere Konzentration und gezieltere Förderung in der Landwirtschaft

In der vergangenen Woche verkündete die Bourgeoisie anhand des soeben erschienenen ‚Agrarberichts '78' in der bürgerlichen Presse: Schuld an dem Einkommensrückgang der Bauern und Steigung der Einkommensunterschiede zwischen „armen und reichen Bauern" in den letzten Jahren sei die Dürre im Sommer 1976 und die Marktzyklen. Zwar könne man 1978 auf Einkommenssteigerungen hoffen, sie lägen aber wesentlich unter dem bisherigen Durchschnitt.

Der Agrarbericht ist da schon genauer: In der am 17.2. veröffentlichten zusammenfassenden Darstellung heißt es: „Die Bundesregierung wird die erfolgreiche Agrar- und Ernährungspolitik der vergangenen Jahre fortsetzen und konsequent ausbauen. Wichtige Aufgabenschwerpunkte bestehen vor allem im Bereich der Markt- und Preispolitik, der Erweiterung der EG und der Agrarstrukturpolitik ... Die einzelbetrieblichen Förderungsmaßnahmen, bei denen auch weiterhin an dem Prinzip der gezielten Förderung festgehalten wird, sollen künftig in stärkerem Maße, als das bisher bereits geschehen ist, den Betrieben zugute kommen, die einer Förderung mit öffentlichen Mitteln bedürfen."

Wie sah ihr Programm aus, das sie „fortsetzen und konsequent ausbauen" wollen:

– Agrarstrukturpolitik – Aufteilung der Produktion in der Region entsprechend der bestmöglichen Nutzung des Bodens. Prämien oder Gelder aus dem Regionalfonds nur, wenn das angebaut wird oder das Vieh gehalten wird, was die Bourgeoisie in dem Gebiet für optimal nutzbringend festlegt. Das führt zu beträchtlicher Konzentration, z.B. der Milchviehhaltung, hauptsächlich in Stade und Aurich und in der Geest in Schleswig-Holstein. Andererseits werden ganze Gebiete als landwirtschaftlich nicht entwicklungsfähig aufgeforstet, in Schleswig-Holstein von 1969 bis '76 im Durchschnitt 400 ha jährlich, oder brachgelegt wie im Zonenrandgebiet, wo heute Schafe eingesetzt werden müssen, um zu verhindern, daß das Gebiet verwildert und verbuscht.

– Einzelbetriebliche Förderung – Förderungswürdig waren nur noch die Betriebe, die einen hohen Ertragswert erwarten ließen. So wurde z.B. in Schleswig-Holstein eine Genossenschaft von Bauern mit staatlicher Unterstützung aufgebaut, die statt wie im Durchschnitt 25 250 Sauen hält und die von Lohnarbeitskräften bearbeitet wird. Auf gutem Boden, wie wir ihn in der Marsch vorfinden, der mit Stickstoffdüngemittel auskommt, setzt eine starke Konzentration der Fläche ein. So wurden in Nordfriesland zwei Betriebe aufgebaut, die jeweils 700 ha Land haben. Dies sind extreme Beispiele, sie zeigen aber, in welche Richtung die Bourgeoisie mit Fördermaßnahmen die Betriebe entwickeln will.

– Kreditpolitik – Im Kreis Steinburg, Schleswig-Holstein, stieg im Zeitraum von 1960 bis 1975 die Verschuldung je ha von 410 auf 2354 DM. Die durchschnittliche Verschuldung betrug 1977 in gesamt Schleswig-Holstein 2540 DM.

– Preispolitik und Marktpolitik – Bericht eines Bauern aus dem Kreis Uelzen: Starker Rückgang des Kartoffelanbaus in den Jahren 1968 bis '72, wegen der miserablen Preise. Die guten Preise 1975, '76 führten zur Ausweitung des Anbaus 1977 um ca. 10%.

Jetzt sind die Preise unter die Kosten gesunken, so daß im nächshDorf wohl gar keine Kartoffeln mehr angebaut werden. Bei Zuckerrüben gab es eine starke Ausdehnung des Anbaus 1974 und 1977, weil die Preise hoch waren, insbesondere im Vergleich zum Getreide. Außerdem ist Rübenblatt ein wichtiges Rindviehfutter. So konnten Wiesen umgebrochen werden und zu Acker gemacht werden. Dadurch gab es höhere Erträge vom Land insgesamt. Bei Zuckerrüben kann außerdem mehr Arbeit eingesetzt werden, so daß dadurch höhere Erträge zu erwirtschaften sind. Folge: Die Zuckerrüben kommen in der Fruchtfolge zu oft. Deshalb gab es eine zu starke Ausdehnung der spezifischen Schädlinge und Unkräuter. In manchen Betrieben kamen Rüben alle zwei bis drei Jahre, und so setzten sich die Zuckerrübennematoden fest auf dem Acker. Auf manchen Schlägen können deshalb in den nächsten vier bis sechs Jahren keine Rüben mehr angebaut werden. Die EG-Kommission hat die Grundquoten für Zuckerrüben in diesem Jahr um 10 bzw. 15% gesenkt und dadurch sind neue Kontingente in unserem Raum ausgegeben worden, etwa 10% niedriger als im letzten Jahr. Es wird nächstes Jahr eine weitere Kontingenteinschränkung zu erwarten sein, so daß insgesamt weniger Zuckerrüben angebaut werden können und Preise weit unter Kosten zu erwarten sind. Bei Milchvieh ist es so, daß vor allem kleinere Betriebe aufhören, weil z.B. die Molkereien hohe Ansprüche an die Reinheit der Milch und der Kühlung stellen. Deshalb sind größere Anschaffungen notwendig, die sich für Kleinbetriebe nicht lohnen. Bei größeren Betrieben ist es so, daß sie aufstocken; außerdem verbessert sich durch Züchtung die Milchleistung laufend, so daß die Milchproduktion genauso hoch bleibt wie bisher.

Alle Maßnahmen der Bundesregierung liefen in den letzten Jahren auf Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern und Stärkung der ertragsfähigen Großbetriebe hinaus. Zunehmend wird deutlich, daß der Bauer immer schlechter seinen Ruin durch Umstellung der Produktion auf preisstabile Produkte aufhalten kann. Die Investitionen werden dafür immer größer, die Zeiträume, in denen die Marktzyklen auftreten, immer kürzer, die Abhängigkeit von Lebensmittelkonzernen, die per Vertrag Art und Höhe des Produkts diktieren, immer tiefer. 1978 wird dieser Prozeß beschleunigt, flankierende Maßnahmen wie die Durchsetzung der Steueränderungen für Landwirte sind in Vorbereitung. Die Bourgeoisie ruht nicht eher, bis sie die Bauern zu ihren Lohnsklaven gemacht hat und die Landwirtschaft auf den Kriegsfall ausgerichtet hat.

US-Konzerne expandieren in Chile

Der US-amerikanische Konzern Goodyear Reifen und Gummi kauft für 34 Millionen Dollar von der chilenischen Regierung die zweitgrößte Reifenfabrik des Landes, Corfa-Insa. Dieses Unternehmen war Anfang der 70er Jahre verstaatlicht worden. Ende 1977 hatte Exxon, die größte Ölgesellschaft der Welt, für 107 Mio. Dollar die bedeutende chilenische Kupferbergwerksgesellschaft Compania Minera De Las Condes an sich gerissen. Die US-amerikanischen Imperialisten forcieren den Kapitalexport, um die chilenischen Arbeiter auszubeuten und die Reichtümer des Landes zu rauben. Die Militärjunta geht ihnen dabei zur Hand. Sie verkauft die verstaatlichten Betriebe an die Imperialisten zurück, hat Zollschranken und Hindernisse gegen das Eindringen des US-amerikanischen Kapitals beseitigt und ist aus dem Andenpakt ausgetreten. Gewerkschaften und Streik hat sie verboten. Die Herrschaft der Imperialisten hat im letzten Jahr für die Volksmassen den Rückgang des Reallohns auf den Stand von Ende der 60er Jahre, Massenarbeitslosigkeit von offiziell 14% und Inflation von 70% bedeutet.

Bauxit-Kartell beschließt Mindestpreis

Um der Absicht der imperialistischen Monopole, die Bauxit-Förderländer unter Preisdruck zu bringen, zuvorzukommen, hat die Internationale Bauxit-Vereinigung (IBA) für 1978 einen Mindestpreis festgelegt. In der IBA haben sich Surinam, Guyana, Jamaika, Guinea, Sierra Leone, Jugoslawien und Australien zusammengeschlossen, die insgesamt vier Fünftel der Weltproduktion an Bauxit fördern. Bauxit ist der Grundstoff zur Gewinnung von Aluminium, einem Leichtmetall, das vor allem für die Rüstungsproduktion, besonders der Luft- und Raumfahrtindustrie wichtig ist. Die imperialistischen Länder monopolisieren die Verarbeitung von Aluminium, das für sie eine große strategische Bedeutung hat. Die Imperialisten haben versucht, einzelne Länder aus der Front der IBA herauszubrechen. Jetzt, wo auch Australien für die Festsetzung des Mindestpreises gewonnen worden ist, ist dieser Plan gescheitert. Die IBA will nun die Verarbeitung von Bauxit zu Aluminium in Ländern der Dritten Welt, vor allem in Afrika, unterstützen.

Neue Maßnahmen der OPEC-Länder gegen die imperialistischen Staaten in Vorbereitung

5 von 13 OPEC-Staaten haben auf einer Ministerkonferenz in Genf in vorbereitenden Gesprächen für die am 15. Juni stattfindende OPEC-Tagung die Einfüh-

Neue Maßnahmen der OPEC-Länder gegen die imperialistischen Staaten in Vorbereitung

5 von 13 OPEC-Staaten haben auf einer Ministerkonferenz in Genf in vorbereitenden Gesprächen für die am 15. Juni stattfindende OPEC-Tagung die Einfüh-

rung eines „Währungskoeffizienten" für die Preisfestsetzung ihrer Erdöllieferungen diskutiert. Da die Erdölpreise an den Dollar gekoppelt sind, hatten die erdölexportierenden Staaten durch die Dollarabwertungen ca. 20 bis 30% ihrer Einnahmen verloren. Um die Abhängigkeit vom US-Dollar einzuschränken, soll jetzt die Rechnungseinheit für das Öl an mehrere Währungen gekoppelt werden, darunter den Schweizer Franken, die DM und den japanischen Yen. Die arabischen OPEC-Länder haben beschlossen, bis 1990 ihre eigenen Raffinerien verstärkt auszubauen und selbst verarbeitete Produkte auszuführen. Die bisher geplanten Raffinerien deckten nicht einmal den eigenen Bedarf. Zur Zeit noch veredeln die arabischen OPEC-Länder 12,6% des geförderten Öls.

Demonstration für Streikrecht im öffentlichen Dienst Belgiens

Die sozialistische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (CGSP) hat eine zentrale Demonstration der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und eine Kundgebung vor dem Parteigebäude der Sozialistischen Partei Belgiens (PSB) in Brüssel beschlossen. Ende letzten Jahres hatte der von der PSB beherrschte Aufsichtsrat einer Elektrizitätsgesellschaft in Lüttich einen Arbeiter entlassen, dem Sabotage während eines Streiks vorgeworfen wurde. Die Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft haben mehrere Wochen gestreikt. Während die Führung der Sozialistischen Partei das Vorgehen ihrer Aufsichtsratsvertreter und die Entlassung des Arbeiters ausdrücklich rechtfertigt, haben die Elektrizitätsarbeiter die Unterstützung ihres Kampfes durch die *Sozialistische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes* durchsetzen können. Die Gewerkschaft hat ein „Kompromiß"angebot der Sozialisten, den Arbeiter wieder einzustellen, aber an einem anderen, entfernten Platz, nachdrücklich abgelehnt. Mit der zentralen Demonstration in Brüssel soll die bedingungslose Wiedereinstellung des Arbeiters erzwungen und der Angriff der Sozialisten auf das Streikrecht im öffentlichen Dienst zurückgeschlagen werden.

Exportoffensive der westdeutschen Monopole setzt Lohnraub voraus

(Fortsetzung von Seite 1)

einige demagogische Paraden ab: „Die Bändigung der Lohnkosten ist die zentrale Aufgabe der Arbeitgeber bei der Überwindung der Inflation und Arbeitslosigkeit." (Gesamtmetallpräsident W. Thiele) Scharf soll auch der Keil der Spaltung in die Arbeiterklasse getrieben werden, und ihre Bindung an reformistische und revisionistische Ideologie soll tief sitzen. Die Hessische Tarifkommission der IG Chemie begrüßt das „Vorgehen des Hauptvorstandes, die Frage der Arbeitsplatzsicherung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in dieser *Tarifrunde* in den Vordergrund zu stellen".

Konnte die westdeutsche Finanzbourgeoisie ihren Angriff auf den Lohn im Vergleich zu ihren imperialistischen Konkurrenten noch nicht als Erfolgsbilanz führen, so vermochte sie aber die Intensität der Ausbeutung der Arbeiter wiederum beträchtlich zu steigern.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren 1977 in Industriebetrieben mit 20 Beschäftigten und mehr 7,2 Millionen Personen tätig. Das sind 0,1% weniger als im zurückliegenden Jahr. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich im Bergbau um 3,3%, in der Nahrungsmittelindustrie um 2,6%, in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie um 2,3%, in der Verbrauchsgüterindustrie um 1,3%. Ausschließlich in der Investitionsgüterindustrie stieg sie um 0,1%. Die geleisteten Arbeitsstunden waren um 0,1% weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Initiative der CDU/CSU gegen die „Schwarzarbeit" steht am 22.2.78 auf der Tagesordnung des Parlaments. Der Zentralverband des deutschen Handwerks gibt die Bußgelder für Schwarzarbeit für 1977 mit 3,5 Millionen DM an. Der Gesetzentwurf verfolgt die Absicht der Bourgeoisie, unter dem Vorwand der Eindämmung der Schwarzarbeit den Druck des sinkenden Reallohns voll auf die Arbeiterklasse durchschlagen zu lassen, den Zwang zu Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit zu erhöhen und, was das Wesentliche ist, die Arbeitskraft durch Schichtarbeit zu erhöhen und, was das Wesentliche ist, die Arbeitskraft durch gesetzliche Regelung in die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Kapitalisten zu geben.

Die verschlissene Arbeitskraft soll jeweils zügig durch unverbrauchte ersetzt werden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag fordert aus diesem Grund ausdrücklich die Aufhebung „ausbildungshemmender" Bestimmungen bezüglich der „Nachtruhe" der Jugendlichen. Die jugendliche Arbeitskraft soll frühestmöglich in die Nacht- und Schichtarbeit gepreßt werden.

Wie die Kapitalisten die Ausbeutung verschärft haben, hat erst vor kurzem der BMW-Vorstand in München mitteilen lassen: Sind Anfang 1977 in Dingolfingen täglich 470 Autos vom Band gegangen, waren es Ende 1977 560 Stück. Das entspricht einer Steigerung von 19% Rund 400 Millionen DM sollen für „Rationalisierung, Modernisierung und in begrenztem Umfang für Erweiterung" der Produktion aufgewendet werden. Rationalisierungsinvestitionen und Maßnahmen zur Modernisierung des Produktionsapparates sollen die Intensität der Ausbeutung erst richtig steigern. „Neuerdings ergab sich auch wieder eine Aufwärtsentwicklung bei Investitionsgüterproduzenten, z.B. im Maschinenbau. Die Inlandsbestellungen beim Investitionsgütergewerbe stiegen in den letzten beiden Monaten um 13,5%." Die Durchsetzung der Exportoffensive ist unmöglich ohne Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates. In dem vor wenigen Tagen vom Parlament gebilligten Etat für 1978 sind 1344 neue Stellen im „Bereich der inneren Sicherheit" vorgesehen. „Ferner wurden die Globalzuschüsse zur gesellschaftlichen und demokratischen Bildungsarbeit von rund 53,7 Millionen DM auf 61,6 Millionen DM erhöht. Der Betrag für die Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung ist von 21,2 Millionen DM auf 23,2 Millionen DM erhöht worden. Erhöht worden ist der Zuschuß an das Bundesamt für Verfassungsschutz um 20 Millionen DM. Beim Bundesgrenzschutz ist eine Gesamtstärke von 22460 Mann veranschlagt." (Woche im Bundestag 2/78)

Für den Angriff auf den Reallohn reicht es nicht aus, wenn die Bourgeoisie die Arbeiterklasse spaltet und ausplündert. Sie muß die elementaren politischen Rechte der Arbeiter, wie das Streik- und Koalitionsrecht beschneiden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen den Streik der Fluglotsen ist mehr als nur ein Wink mit dem Zaunpfahl. Jeder erkennt auch die systematische Taktik, wenn jetzt der Stellvertretende Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Strube, verlauten läßt, daß wegen des Streiks der Zivildienstpflichtigen über 2000 Verfahren eingeleitet worden seien, die alle „sehr streng geführt" würden. Durch die in der letzten Woche verabschiedeten sogenannte „Anti-Terror-Gesetze" ist die Notstandsgesetzgebung aus den Krisenjahren 1966/67 „bereichert" worden.

Zwar preßte die Bourgeoisie 1977 aus der Arbeiterklasse einen Exportüberschuß von 38,4 Milliarden DM heraus, „ein Zeichen für eine Exportstärke ist das jedoch nicht", schreibt die „Welt".

Den BRD-Imperialisten schwebt vor, die Arbeiterklasse zu Verschleißobjekten des imperialistischen Handelskrieges zu machen. Dazu haben sie sich die feinen Techniken der Schweißauspressung angeeignet und nähren mit allen Mitteln die Hoffnung, den Lohnstandard soweit zu drücken, daß sie ihre imperialistischen Konkurrenten leicht überflügeln können. Für die Arbeiter bedeutet das eine enorme Erschwerung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Überausbeutung zurückzuschlagen und der Ausbeutung Schranken zu ziehen ist elementar für die Arbeiterklasse.

Die Mieten steigen

„Die Qualität des Lebens hängt nicht zuletzt davon ab, wie man wohnt!" läßt sich der ehemalige Wohnungsbauminister Ravens in der „Wohngeldfibel" vernehmen. Der Zynismus ist nicht zu übersehen, denn die schlichte Tatsache, daß der Staat Wohngeld zahlt, belegt, daß der Lohn nicht reicht, um diese „Lebensqualität" zu bezahlen. Nach Angaben von „Wirtschaft und Statistik" (9/77) steigen die Mieten im ersten Halbjahr 1977 um durchschnittlich 5,5%. Der wachsende Anteil der Mieten an den lebensnotwendigen Ausgaben der Volksmassen schlägt sich selbst in den verhüllenden und beschönigenden bürgerlichen Statistiken nieder. Die amtliche Statistik über den durchschnittlichen 2- und 4-Personenhaushalt (Statistische Jahrbücher 1972-1977) zeigt das (siehe Tabelle).

Nach dieser Rechnung sind die Mieten weit schneller als die Einkommen gestiegen. In den zehn Jahren von 1967 bis 1976 stiegen die Einkommen eines 2-Perso- stiegen die Einkommen eines 2-Perso- nenrentnerhaushalts um 121,45%, die Miete, die derselbe Haushalt zu zahlen hatte jedoch um 152,86%, also um 31,41% mehr. Das Einkommen des 4-Personenarbeitehmerhaushalts stieg im selben Zeitraum um 126,97%, die zu zahlende Miete um 144,23%, d.h. um 17,26% mehr.

Der steigende Prozentsatz der Miete am Einkommen macht es nötig, diesen Anteil woanders einzusparen, beispielsweise beim Essen oder Heizen.

Die Kosten für eine 3-Zimmerwohnung mit Zentralheizung, Bad, Balkon, 75 bis 85 Quadratmeter, nach 1948 fertiggestellt, freifinanziert, kostete im Land Hessen durchschnittlich an Monatsmiete:

Jan. 74	Jan 75	Jan. 76	Jan. 77	Jan. 78
319,36	334,37	350,79	362,07	370,00

Steigerung 74 bis 78: 15,86%.

Eine Altbau-Sozialwohnung mit 2 Zimmern kostete: Zimmern kostete:

Jan. 74	Jan. 75	Jan. 76	Jan. 77	Jan. 78
115,98	120,85	135,19	137,45	140,30

Steigerung 74 bis 78: 20,97%.

Aus der Tatsache, daß 1976 prozentual weniger Familien in Wohnungen der „unteren Mietaufwandgruppe" wohnen als 1975, schließen die bürgerlichen Statistiker kühn, daß sie jetzt in „qualitativ besseren Wohnungen lebten". Tatsächlich ist es so, daß die Zahl dieser Wohnungen (unter 200 DM Monatsmiete) abnimmt, weil *die Mieten steigen*, nicht aber, weil die Wohnungen selbst verschwinden oder verbessert werden, Noch kurz zum Wohngeld.

Laut „Wohngeldfibel" ist es da, damit sich „alle Einwohner der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) eine angemessene Wohnung erlauben können". Das sieht folgendermaßen aus:

Zum ersten ist festgelegt, was „angemessen" ist. Bei einem Haushalt mit 4 Zum ersten ist festgelegt, was „angemessen" ist. Bei einem Haushalt mit 4 Personen darf für eine Wohnung mit Sammelheizung und Dusche oder Bad nicht mehr als 345 DM ausgegeben werden. Alles was darüber ist, zählt nicht. Im Lande Hessen kostet sie aber, wie wir gesehen haben, mit 3 Zimmern bereits 370 DM. Nehmen wir an, die Familie kommt mit 3 Zimmern aus, so darf das Netto-Familieneinkommen 1400 DM nicht überschreiten, damit sie überhaupt Wohngeld bekommt. Erreicht sie diese Höchstgrenze, erhält sie 13 DM (in Worten: dreizehn!) Wohngeld. Sie verfügt dann über 1413 DM im Monat, wovon sie 370 DM Miete zu zahlen hat, 26,19% ihres Einkommens. Dieser Fall dürfte eher normal als selten sein und wirft auch ein entsprechendes Licht auf die Zuverlässigkeit der oben angeführten Statistiken. Angesichts dieser Verhöhnung ist es kein Wunder, daß die Zahl der Anträge auf Wohngeld abgenommen hat (Erstanträge 1974: 26,2%, 1976: 18,9%).

Jahr	Haushaltstyp I			Haushaltstyp II		
	Miete	Einkommen	Miete i. % d. Eink.	Miete	Einkommen	Miete in % d. Eink.
1967	78,39	455,56	*17,21 %*	125,63	1036,22	*12,12 %*
1968	85,32	470,17	*18,15 %*	140,75	1042,08	*13,51 %*
1969	97,88	510,18	*19,19 %*	157,47	1142,25	*13,79 %*
1970	106,19	564,05	*18,81 %*	168,45	1256,19	*13,41 %*
1971	115,41	621,50	*18,57 %*	182,69	1427,36	*12,80 %*
1972	127,64	701,76	*18,19 %*	209,09	1572,71	*13,30 %*
1973	140,17	755,94	*18,54 %*	227,44	1761,02	*12,92 %*
1974	159,97	858,98	*18,62 %*	254,49	1934,01	*13,16 %*
1975	181,90	921,46	*19,74 %*	279,52	2200,24	*12,74 %*
1976	198,22	1008,86	*19,65 %*	306,88	2351,90	*13,05 %*
1977	207,66			319,01		

Haushaltstyp I: 2-Personenhaushalt von Rentnern und Sozialhilfeempfängern mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1976 ca. 1100 DM.
Haushaltstyp II: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt, Ehepaar mit 2 Kindern, mindestens 1 unter 15 Jahre, Arbeiter oder Angestellte / Alleinverdiener 1976 Bruttoeinkommen von ca. 1800 bis 2700 DM.

Imperialistische Zumutung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten Portugals

Die näheren Bedingungen des an Portugal vergebenen IWF-Kredites

Am 10. Februar wollte die neue Regierung Soares ihren Haushaltsplan vorlegen. Jetzt hat sie den 15. März dafür ins Auge gefaßt. Das Problem, mit dem sie sich so schwer tut, ist Soares seit langem bekannt. Es ist dasselbe, an dem seine letzte Regierung im Dezember gescheitert war: die Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Portugals für die Imperialisten, für die der Weltwährungsfonds IWF die Bedingungen schon vor einem Jahr diktiert hat.

Portugal ist ein vom US-, vom BRD- und vom britischen Imperialismus abhängiges Land. Der größte Teil des Kapitals, das die portugiesischen Arbeiter und Landarbeiter ausbeutet, gehört ausländischen Konzernen. Seit 1974 zögern sie mit Investitionen. Sie verlangen noch niedrigere Löhne, höhere Subventionen, niedrigere Steuern, kurz höhere Profite. Portugals Produktion, die 1974 und 1975 zurückgegangen war, ist seit 1976 nur geringfügig gewachsen. Umfangreiche Warenimporte haben zu einem Handelsdefizit von über 2 Mrd. Dollar geführt, so daß Portugals Devisenreserven jetzt nahezu verbraucht sind. Mit IWF-Krediten wollen die Imperialisten die Lage nutzen und Portugal in noch größere Abhängigkeit treiben.

Seit über einem Jahr bemühen sich die portugiesischen Sozialdemokraten, mit dem richtigen Regierungsprogramm den Imperialisten die gewünschten Profite zu schaffen. Schon im April 1977 erklärte dazu der IWF in einer Pressemitteilung: „Das Wirtschaftsprogramm der Regierung, das jetzt durch die Bereitstellung eines Kredits durch den IWF gestützt wird, besteht in der Verringerung des Zahlungsdefizits durch Einschränkung des Verbrauchs und der Importe und Anregung von Investitionen und Exporten. Ersteres soll durch Eingrenzung der Lohnsteigerungen erreicht werden sowie dadurch, daß die Preise den Entwicklungskosten entsprechen, sowie durch die Finanzpolitik. Letzteres soll erreicht werden durch Ausweitung öffentlicher Ausgaben und Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Stellung der Betriebe, insbesondere Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung zur Verbesserung der Produktivität." Das ist das Programm der US- und BRD-Imperialisten, für das sie über den IWF einen 50-Millionen-Dollar-Kredit „bereitgestellt" und einen 750-Millionen-Dollar-Kredit in Aussicht gestellt haben.

Die Auszahlung der Kredite ist von der Erfüllung dieser Bedingungen abhängig. Soares' Sozialdemokraten haben sich sofort an die Arbeit gemacht. Nach einer 15%-Abwertung des Escudo im Februar 1977 zur Erleichterung des Kapitalimports sind die Preise für Lebensmittel 1977 um 32% gestiegen. Der Reallohn ist um 18% gesunken. 160 Unternehmen haben 1977 staatliche Subventionen und Exportgarantien erhalten. Den Imperialisten hat es für die Auszahlung des Kredits nicht gereicht. Die Regierung hat die weitere Verschärfung ihres Programms betrieben. Am Kampf der Volksmassen, die mit zahlreichen Streiks und Demonstrationen die Antwort darauf gegeben haben, ist die Regierung schließlich gescheitert.

Unter dem Druck der Imperialisten geht die Bourgeoisie zu schärferer Gangart über. Die Aufnahme von Ministern der Christdemokraten in das neue Kabinett eröffnet den Kurs der offenen Reaktion. Mit Blick auf die wachsenden Volkskämpfe wollen die Imperialisten nicht auf die Erfahrung der Sozialdemokratie bei Spaltung und Volksbetrug verzichten. Doch die entscheidenden Ministerien – Außenpolitik, Handel und Reform der Verwaltung – sind jetzt von CDS-Ministern besetzt. Die Schaffung eines Ministeriums für die Reform der Verwaltung kündigt den Großangriff der Reaktion auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst an. Dies, so meint die „Financial Times", ist eine gute Voraussetzung für die Durchsetzung imperialistischer Pläne. „Praktisch gesehen", beruhigt sie die Kapitalisten angesichts einiger Verzögerungen, „hat Portugal ein wenig Zeit herumzuexperimentieren, weil es noch immer beachtliche Goldreserven hat. Aber auf mittlere Sicht hat das Land keine Alternative zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik." (19.1.78) Und zwei Tage später: „Die Portugiesen können sich auf ein hartes 1978 gefaßt machen."

Am 30. Januar ist die neue Regierung mit Soares vereidigt worden. Soares hat dabei angekündigt, daß er entschlossen vorgehen will und „Festigkeit zeigen (will) gegenüber denjenigen Sektoren der Bevölkerung, die politische Lösungen außerhalb der akzeptierten demokratischen Formen suchen wollen." Diese „demokratischen Formen", aus denen die neue Regierung der offenen Reaktion ausgebrütet wurde, werden von den portugiesischen Revisionisten tatkräftig unterstützt. Zwar sind sie, um sich Raum für weitere Manöver freizuhalten, auf den von Soares angestrebten Sozialpakt nicht eingegangen, doch haben sie wenige Tage nach der Regierungsbildung erklärt, sie würden in den Gewerkschaften eine zurückhaltende Politik verfolgen und wilde Streiks mit aller Schärfe bekämpfen.

Sobald der Staatshaushalt vorliegt, wird in Lissabon eine Delegation des IWF erwartet, um Portugals Kreditwürdigkeit erneut zu prüfen. – (Z-Red.)

Die Freude am eigenen Heim

„Bei uns sieht die Sache so aus: Nachdem wir in unserer Mietwohnung öfter mit dem Hausmeister aneinandergeraten waren – Kinder machen nun mal Krach – haben wir gesagt: damit ist jetzt Schluß. Wir machen uns selbständig. Ja, und dann haben wir uns nach Fertighäusern umgesehen. ... Und wenn Sie denken, daß wir uns jetzt einschränken müssen, dann sind Sie auf dem Holzweg. Unsere monatliche Belastung ist nicht so hoch wie in einer gleich großen Mietwohnung. Und an den Heizkosten sparen wir nochmal. So gut ist das Haus isoliert."

Die Reklamefachleute Neckermanns setzen da an, wo die Ausplünderung duch die Haus- und Grund besitzenden Kapitalisten unerträglich ist: Zu kleine und enge Wohnungen, schlecht isoliert und geräuschgedämpft, zu hohe Mieten, ständig Schikane durch die Vermieter, fehlende Spielplätze usw.

Geschürt wird die Wut über diese Zustände, um die Arbeiter und Angestellten noch besser plündern zu können. Nicht die erhoffte Freiheit von der Schikane wegen der Kinder stellt sich ein, sondern die um so tiefere Schuldknechtschaft bei Bank und Bausparkasse. „Der Staat schenkt Ihnen Geld", heißt es, und die Bausparprämie ist gemeint. In Wirklichkeit schlucken diese Prämie die Banken und Bausparkassen, die laut „Stern" vom 26.1.78 von 6,47 bis 8,11% Zinsen einsacken für Bauspardarlehen.

Das Verfahren erinnert an sogenannte „Kettenbriefe", wo man bei Erwerb eines Briefes von dem nächsten Dummen eine gewisse Summe erhält, es „... funktioniert nach Art eines Schneeballsystems: Nur wenn stets genügend neues Geld zufließt, können die alten Sparer fristgerecht bedient werden. ... Bei Wüstenrot zum Beispiel nimmt der Abfluß des Geldes doppelt so schnell zu wie der Zufluß" (Stern, S.114). Es ist schon das Geld der nächsten Bausparer, mit denen die sogenannten „zuteilungsreifen" Bausparverträge ausgezahlt werden, trotzdem kassieren Bank und Bausparkasse die Zinsen. Ins Stocken kommt dieses Schneeballsystem jetzt, weil einerseits weniger Leute bausparen, andererseits durch Senkung der Bankzinsen das Geld auch bei der Bank zu holen ist.

„Unsere monatliche Belastung ist nicht so hoch wie in einer gleich großen Mietwohnung" – verschwiegen wird in der Anzeige, daß das erst nach einigen Jahren eintritt, während derer die Belastung wesentlich höher ist, und daß anschließend noch Schuldenberge von 50 000 DM und mehr vorhanden sind, die bestenfalls von den Kindern abgetragen werden können, mehr vorhanden sind, die bestenfalls von den Kindern abgetragen werden können, wie folgendes Interview zeigt:

„1968 haben wir gebaut, ca. 20 km vor Hamburg ein Einfamilienhaus. Damals hat meine Frau noch ganztags mitgearbeitet und 800 DM verdient. Ich selbst so ca. 1200 DM. Aber das auch nur durch Sonntagsarbeit und Überstunden, so ca. 8 Std. die Woche. Spätschicht habe ich damals noch nicht gemacht. Gebaut haben wir aus der Überlegung heraus, daß wir uns Kinder anschaffen wollten, die möglichst Auslauf (Garten) und frische Luft haben sollten. Außerdem zahlten wir schon damals für unsere Genossenschaftswohnung (2 1/2 Zimmer) 420 DM Miete ohne Heizung. Es war abzusehen, daß die Mieten noch weiter steigen. Dann doch lieber etwas mehr zahlen und später etwas Eigenes besitzen. Von meiner Mutter haben wir 10000 DM bekommen, und gleich einen Bausparvertrag abgeschlossen. Gekostet hat das Haus zusammen mit dem Grundstück 126000 DM, 85000 DM mußten wir aufnehmen. Der Rest waren Bausparverträge, die ausgezahlt wurden. 50 000 DM auf 30 Jahre bei 7 1/2% Tilgung von 1%, 35 000 DM auf 18 Jahre bei 7 1/2% und 2% Tilgung. Die monatliche Belastung in den ersten Jahren war riesig. 700 DM und etwa 300 DM Betriebskosten. Inzwischen sind wir auf 465 DM plus Betriebskosten runter. Die Betriebskosten steigen natürlich laufend. In zehn Jahren hoffen wir auf 300 DM monatliche Belastung zu sein. 55 000 DM Schulden haben wir jetzt noch. Den größten Teil bei der Bausparkasse. Die erste Zeit war mit Urlaub natürlich nichts drin. Auch das Auto haben wir erst 1973 kaufen können. Jetzt fahre ich mit Bus und U-Bahn zur Arbeit, in der Spätschicht holt meine Frau mich dann ab. Das geht natürlich ganz schön ins Geld. Aber ein Haus in Stadtnähe war natürlich nicht zu bezahlen. Wir haben damals 58 DM pro qm bezahlen müssen. In Stadtnähe schon 90 bis 100 DM. Beim Essen und der Kleidung wurde an allen Ecken und Enden gespart. Meine Frau hat die ersten Jahre mit der Nachbarin gemeinsam eine Mangelei im Keller betrieben.

Jetzt arbeitet sie acht Stunden die Woche bei einer Nachbarin und macht da die Buchführung. Ich muß weiter Schicht arbeiten, sonst langt es nicht. Wenn man mich fragt, ich würde nicht mehr bauen."

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 8 / 1978: 32000

Neues Strafgesetzbuch in den USA

Wer vor einem Justizgebäude der US-amerikanischen Bundesregierung oder einem Gebäude, das die Verwaltung zuvor zu einem möglichen Aufenthaltsort des Präsidenten erklärt hat, sich unberechtigt aufhält und demonstriert, begeht ein Verbrechen und kann mit Geld- oder Gefängnisstrafen belegt werden. Wer sich den Befehlen eines US-amerikanischen Bundesbeamten bei Feuer, Hochwasser oder Straßenunruhen oder „Bedingungen, die eine ernste Gefahr für Menschen und Vermögen bedeuten“, nicht beugt, wird mit Geld- oder Gefängnisstrafe belegt. Wer Uniformträger z.B. der US-Armee in der Öffentlichkeit „diskriminiert“, wird ebenso bestraft wie der, der sich weigert, vor einer Verwaltungs- oder Polizeibehörde des Bundes, z.B. dem FBI, als Zeuge auszusagen, oder wer falsch aussagt. Wer Rauschmittel aus einer Apotheke stiehlt, wird mit Geldstrafe bis zu 100000 Dollar und Gefängnis bis zu 12 Jahren bestraft. Wer das Opfer eines Verbrechens ist, erhält Entschädigung, die vom Täter aufzubringen ist – wenn er bei der Verfolgung des Täters mitwirkt.

Das sind Bestimmungen zur Unterdrückung und Spaltung der Volksmassen aus dem Entwurf für ein neues Bundesstrafgesetzbuch, das der US-amerikanische Senat am 30. Januar verabschiedet und an die andere Kammer des Kongresses, das Repräsentantenhaus, überwiesen hat.

„Diese Reform wird die bürgerlichen Freiheiten in vielfältiger Weise fördern“, erklärt Senator Edward Kennedy, einer der Hauptförderer dieses Gesetzes. „Es wird Hunderte von Änderungen im Bereich der Versammlung- und Redefreiheit mit sich bringen und den Grundrechten neues Leben einflößen. Noch nie hat es zuvor eine so umfassende Gesetzesreform gegeben. Insgesamt wird das neue Gesetz 3000 einzelne Gesetze den neuen Bedingungen anpassen und neu strukturieren, die vom Kongreß in den letzten 200 Jahren verabschiedet wurden. Zum Beispiel wird ein einziger Abschnitt mehr als 70 verwirrende Gesetze über den Diebstahl ersetzen.“

Edward Kennedy war Justizminister unter der Präsidentschaft seines Bruders John F. Kennedy. Im Namen der „bürgerlichen Freiheiten“ hat er maßgeblich an der Rassengesetzgebung und der Armengesetzgebung mitgewirkt, die die unterdrückten Volksmassen der USA hemmungsloser Plünderung und Ausbeutung ausgeliefert haben. Die Ära Kennedy war gekennzeichnet durch wilde Aggressionen der US-Imperialisten gegen die Völker der Welt, unter anderem die Eskalation des Vietnam-Krieges und die Überfälle auf Kuba. Nach der Niederlage im Vietnam-Krieg und nach den Rückschlägen des US-Imperialismus gegen die aufstrebende imperialistische Supermacht Sowjetunion im Kampf um die Weltherrschaft ist der US-Imperialismus unter der Regierung des Präsidenten Carter zu einer neuen Offensive auf dem Weltmarkt und im Kampf um die Weltherrschaft angetreten. Im Namen der „Menschenrechte“ betreibt Carter eine unverschämte Politik der Einmischung und der ökonomischen Erpressung gegen andere Länder und Völker und der unmittelbaren Vorbereitung auf den bewaffneten Zusammenstoß mit der sozialimperialistischen Supermacht. Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen im Innern sind die Voraussetzungen der imperialistischen Expansion. Die Kämpfe der US-amerikanischen Arbeiterklasse und der Volksmassen beschränken sich längst nicht mehr auf einzelne Bundesstaaten. Der Bergarbeiterstreik trifft die Bourgeoisie in vier Bundesstaaten direkt und erschüttert die gesamte imperialistische Wirtschaft der USA.

Mit Hilfe der abgedroschenen Phrase von den „bürgerlichen Freiheiten“ soll der Entwurf des ersten einheitlichen Bundesstrafgesetzbuches der USA der Bundesregierung ein einheitliches, auf dem ganzen Territorium der USA wirksames Instrument zur Unterdrückung und Spaltung der Volksmassen schaffen.

Nach der US-amerikanischen Verfassung ist das Strafrecht vor allem Sache der Bundesstaaten. Es ist vielfach uneinheitlich und widersprüchlich. Die Verfolgungsbehörden der Bundesregierung dürfen nur bei bestimmten, als besonders schwer geltenden Gesetzesverstößen oder solchen, die mehr als nur einen Bundesstaat betreffen, oder wenn sie Bundeseinrichtungen, also z.B. die Armee, betreffen, tätig werden. Durch die Schaffung eines neuen, einheitlichen Strafgesetzbuches des Bundes wird die Möglichkeit der Bundesregierung, direkt an der Unterdrückung der Volksmassen mitzuwirken, erheblich gesteigert. Die Zahl der Gesetzesverstöße, die der Bund verfolgen kann, wird erhöht, die Möglichkeiten, Bundesbehörden in die Verfolgungsaktionen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten einzuschalten, ebenso.

Die Methode des Gesetzentwurfes ist einfach: Straffung und Vereinheitlichung und Effektivierung des Verfolgungsapparates einerseits, Versuch, in jeder einzelnen Frage die Massen gegeneinander auszuspielen und selbst zu Verfolgern zu machen, andererseits. Zum Beispiel wird die Möglichkeit für amerikanische Gerichte, Freiheitsstrafen „von unbestimmter Dauer“ auszusprechen, etwa zwischen fünf und fünfzehn Jahren, abgeschafft. Eine Kommission soll eng begrenzte Mindest- und Höchststrafen für jeden Gesetzesverstoß festlegen. Angeblich soll damit der Willkür einzelner Gerichte und Gefängnisverwaltungen entgegengewirkt werden. Vor allem soll gewährleistet werden, daß eine Tat im ganzen Bundesgebiet mit gleicher Schärfe verfolgt wird.

Mit der Verurteilung „auf unbestimmte Dauer“ wird gleichzeitig die Möglichkeit der Entlassung „auf Bewährung“ oder wegen „guter Führung“ abgeschafft. Strafnachlaß kann jeder Gefangene pro Monat drei Tage bekommen. Höchstens also 10 Prozent der Gesamtstrafe. Über die Gewährung dieses Strafnachlasses wird binnen zwei Tagen am Ende jeden Monats unwiderruflich von der Gefängnisverwaltung entschieden. Damit wollen die „Bürgerrechtler“ im US-amerikanischen Senat die Speichelleckerei, Denunziation und Unterdrückung in den Gefängnissen „effektivieren“, die sie mit Hilfe dieses Gesetzes füllen wollen.

Der Kern des Gesetzeswerkes ist der „Schutz nationaler Einrichtungen“ und die politische Unterdrückung der Volksmassen. Wir haben eingangs dazu schon einige Beispiele genannt. Im Namen des Schutzes der „bürgerlichen Freiheiten“ wird die Störung der Registrierung von Wahlberechtigten und von Bundeswahlen unter Strafe gestellt. Mit diesem Paragraphen wird in Zukunft jeder Kampf gegen den Wahlbetrug des bürgerlichen Staates verfolgt werden. Die zahllosen ausländischen Arbeiter, z.B. aus Mexiko, sollen schon bei der ersten Wiederholung eines einfachen Vergehens ausgewiesen werden können. Die Strafparagraphen, die die Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten schützen sollen (Spionage, Wehrkraftzersetzung) wurden neu gefaßt und verschärft.

„Das Gesetz wird das infame Smith-Gesetz (aus dem Jahre 1941) aufheben, das dazu gedient hat, in der McCarthy-Ära (der Kommunistenverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg) Akademiker und Intellektuelle wegen Plänen zum Sturz der Regierung zu jagen“, führt Senator Kennedy an, um den freiheitlichen Charakter des Gesetzes zu beweisen. „Zum ersten Mal sind jetzt politische ‚schmutzige Tricks‘ (wie bei der Watergate-Affäre) strafbar.“

Die alten Gesetze und politischen Methoden, mit denen die US-Imperialisten die Volksmassen ideologisch fesseln, unterdrücken und betrügen wollen, reichen nicht mehr aus. Sie werden durch neue Methoden der direkten polizeilichen und militärischen Unterdrückung ersetzt. Die US-amerikanische Regierung hat es bisher abgelehnt, das Taft-Hardley-Gesetz gegen den Streik der Kohlearbeiter einzusetzen, das die Gewerkschaften zwingen soll, Streiks 80 Tage „zur Abkühlung“ auszusetzen. „Taft-Hardley wird nichts nutzen, Soldaten können keine Kohle fördern“, haben die Bergarbeiter auf ihre Transparente geschrieben. Die Regierung erwägt die Ausrufung des nationalen Notstandes, der ihr die Vollmachten zur gewaltsamen Unterdrückung des Bergarbeiterstreiks geben würde. Das Strafgesetz des liberalen Demokraten Kennedy legt die Einsatzmöglichkeiten für solche Notstandslagen der US-Imperialisten fest ebenso wie die Maßnahmen zur Unterdrückung des Widerstandes dagegen. „Sollten Bundesbeamte nicht angesichts eines bestehenden oder drohenden Notstandes das Recht haben, Befehle zur Rettung von Menschen und Vermögen zu geben – und sollten diese Befehle nicht befolgt werden?“ fragt er in der Begründung für seinen Gesetzentwurf. (Zitiert nach Congressional Record, Senat, 31.1.78, S. 903/904) – (Z-Red.)

Die Imperialisten wissen, wofür sie's brauchen

Militärgesetzgebung der US-Besatzertruppen:

Das fieberhafte Ringen der beiden imperialistischen Supermächte um die Herrschaft über die Welt wird sich entscheiden im Ringen um die Herrschaft Europas. Mit verstärkten Truppenkonzentrationen in den Ländern Europas bereiten der US-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus die Entscheidungsschlacht vor. Über Manöver „vor Ort“ proben die Supermächte den Einsatz ihrer Söldnertruppen für den imperialistischen Krieg ebenso wie für den Einsatz zwecks bewaffneter Niederschlagung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Der elend niedrige Sold, den die US-Söldner bekommen, ist die Grundlage für den Drill und die Zurichtung dieser Söldner auf den imperialistischen Krieg und den Einsatz gegen die Kämpfe der Massen in den westeuropäischen Ländern. Wenn diese Söldner dabei „über die Stränge schlagen“ und sich an den Massen auslassen, drückt der US-imperialistische Staatsapparat ebenso gern ein Auge zu wie der westdeutsche, der weiß, was er an dieser Besatzerarmee hat.

Seit dem 1.7.1963 gilt: Die in der BRD stationierten US-amerikanischen Truppen genießen partielle Exterritorialität, d.h. haben eine rechtliche Ausnahmestellung im Staatsgebiet der BRD. Die Staatsanwaltschaft entscheidet, ob westdeutsches oder amerikanisches Recht angewandt wird.

Ein Mainzer Polizist berichtete uns, daß vor einigen Wochen ein stockbesoffener amerikanischer Soldat einen 5-jährigen Jungen mit seinem Auto überfahren hat. An den Folgen des Unfalls starb der Junge. Der Söldner hatte sich nach einem Tag in der Kaserne 3,4 Promille Alkohol ins Blut gepumpt. Entscheidung der Staatsanwaltschaft: Die Bundesrepublik Deutschland habe kein Interesse an der Verfolgung dieses amerikanischen Söldners. Nach dem amerikanischen Recht ist eine gegen den Willen des Betroffen entnommene Blutprobe nicht gerichtswirksam. Nach dem US-Recht ist der Betroffene beweispflichtig. Da muß man schon einmal ein Auge zudrücken, wenn ein Söldner durchdreht: Die Blutprobe wurde nicht anerkannt und das amerikanische Militärgericht ließ den Söldner straffrei.

Im NATO-Truppenstatut und in den Zusatzvereinbarungen sind die folgenden verkehrsrechtlichen Bestimmungen, die für a) die Mitglieder der Truppe, b) Mitglieder des zivilen Gefolges und c) Angehörige eines Mitgliedes der Truppe oder des zivilen Gefolges gelten: „... nicht anwendbar sind die Führerschein- und Kraftfahrzeugzulassungsbestimmungen des deutschen Verkehrsrechts.“

In Artikel 8, Abs. 1-3 des Zusatzabkommens heißt es, daß Führerschein oder andere Erlaubnisscheine für die o.g. Personen nur von einer Behörde des Entsenderstaates ausgestellt sein dürfen. „Die deutschen Vorschriften über die Gültigkeitsdauer solcher Führerscheine im Bundesgebiet und über die Außerkraftsetzung durch eine deutsche Verwaltungsbehörde werden nicht angewandt“ bei den genannten Personen.

Abs. 6, Art. 9 bestimmt das folgende: „Die Behörden einer Gruppe (gemeint sind die Imperialisten, die in der BRD ihre Truppen stationieren) entziehen die nach den Absätzen (1) und (3) im Bundesgebiet gültigen Kraftfahrzeugführerscheine oder die in Absatz (2) erwähnten Bescheinigungen, wenn begründete Bedenken gegen die Zuverlässigkeit oder Eignung der Inhaber zum Führen von Kraftfahrzeugen bestehen. Sie prüfen wohlwollend Ersuche der deutschen Behörden, solche Führerscheine oder Bescheinigungen zu entziehen.“

„Wohlwollend prüfen“ die Imperialisten. Auf dieser Grundlage lassen sich alle Hühneraugen zudrücken, wenn ein besoffener Söldner mal ein Kind mit seinem Wagen überfährt.

Für die Stationierung der imperialistischen Besatzungstruppen in der BRD ist die Sondergerichtsbarkeit nötig. Schließlich sind sie hier zu dem Zweck, planmäßig, systematisch und massenhaft Arbeiter, Bauern, Frauen und Kinder umzulegen, die sich zum Sturz des bürgerlichen Staatsapparates zwecks Beseitigung des Privateigentums erheben. Über die Militärgerichtsbarkeit der US-amerikanischen Besatzungstrupppen berichten die bürgerlichen Zeitungen nie. Es ist nicht das westdeutsche Strafrecht, welches die US-Imperialisten fürchten, sondern der Kampf der Massen gegen die Stationierung der Besatzungstruppen. In der Zeit zwischen dem 7. und 15. Februar haben die US-Imperialisten in Rheinland-Pfalz 16000 Söldner mit 4000 Rad- und Kettenfahrzeugen, sowie 120 Hubschrauber von der 8. US-Infanteriedivision das Manöver „Cardinal Point“ durchführen lassen. Im letzten Jahr haben sie bei einem solchen Manöver die Trinkwasserquelle in Otzweiler vollkommen zerstört. Die Manöver der US-Truppen sind verhaßt. Daß sie abziehen, und zwar rest- und ausnahmslos, ist die Forderung, die die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und des westdeutschen Imperialismus erhebt.



Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf

(284 S., 16 Bilds./0125/ 9,20 DM)



Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (171 S. mit über 70 Tabellen und Schaubildern / 0127 / 8,00 DM)

Präsidenten der USA: Mit Gott und Gewehr gegen die Arbeiterbewegung

Man kann unter den großen Gangstern, die im Weißen Haus in Washington regiert haben, wirklich nehmen, wen man will. Gott war immer ihr Kronzeuge, wenn es gegen die Arbeiterbewegung ging. Da war der erste *Roosevelt, Theodor,* Präsident der USA in den entscheidenden Jahren des Aufstiegs zur imperialistischen Weltmacht am Beginn dieses Jahrhunderts (1901 – 1909). „*Wenn es irgendetwas gibt in diesem Land, wofür wir stehen, dann ist es die vollständige religiöse Freiheit ...*“

Im Namen dieses hohen Ideals war es eine der Haupttätigkeiten des Präsidenten Th. Roosevelt, alle Rechte und Freiheiten, die die Arbeiterklasse brauchte und forderte, unnachgiebig zu bekämpfen.

1900 begannen große Streikkämpfe vor allem in den Kohlegruben, die sich ohne Ergebnis über Wochen, Monate und Jahre hinzogen, hier niedergeschlagen und dort wieder aufflammend. 1902 faßten die Kohlebergarbeiter ihre Kraft in einer einheitlichen Massenstreikbewegung unter den Forderungen nach dem 9-Stunden-Arbeitstag, nach Lohnerhöhungen und nach der Anerkennung ihrer Gewerkschaft, der United Mineworkers, durch die Kapitalisten zusammen. Der gerade neu im Amt befindliche Roosevelt ließ sofort 10000 Mann Truppen in die Bergbaubezirke einrücken. Die Kohlekapitalisten lehnten die Forderungen der Arbeiter prinzipiell ab. Gott war ihr Zeuge: „Die Rechte und Interessen der Arbeiter werden geschützt, und es wird für sie gesorgt werden – aber nicht durch die Arbeiteragitatoren, sondern durch die Christenmenschen, denen Gott in seiner unendlichen Weisheit die Macht über die Eigentumsinteressen unseres Landes verliehen hat ...“ – so der Vertreter der Kohlekapitalisten, Baer. Die Kapitalisten mußten den Arbeitern Lohnerhöhungen und eine Arbeitszeitverkürzung zugestehen, jedoch um die höheren Interessen der ganzen Klasse, der „Gott in seiner unendlichen Weisheit die Macht über die Eigentumsinteressen“ gab, zu wahren, verweigerten sie die Anerkennung der Gewerkschaften der Arbeiter und ihres Rechts auf Streik. Dafür gab es weiterhin Religionsfreiheit – gratis.

Roosevelt kam mit seiner reaktionären Politik nicht durch. 1906 klagte er in einem Privatbrief, daß sich der fromme Geist unter den Arbeitern verliere, dagegen „ist der sozialistische und radikale Geist unter der Arbeiterschaft ständig angewachsen“.

Die Unzufriedenheit dehnte sich so weit aus, daß seit 1910 in gewaltigen Klassenschlachten die Arbeiterklasse der herrschenden Klasse nacheinander Staatsgesetze über die Beschränkung der Kinderarbeit, allgemeine Arbeitszeitverkürzung und andere Schutzgesetze abgerungen wurden. Das Recht auf Streik und gewerkschaftliche Organisierung wurde praktisch durchgesetzt. Dieser große Aufschwung der Arbeiterbewegung hat die US-Imperialisten wesentlich daran gehindert, im ersten imperialistischen Weltkrieg frühzeitiger mitzumischen.

In den dreißiger Jahren nahm der zweite *Roosevelt, Franklin D.,* die Aufgabe der Niederschlagung der Arbeiterbewegung und der Vorbereitung der imperialistischen Expansion auf sich. Roosevelt folgte der Linie seines Namensvetters. Er schlug den Arbeitern vor, ihr Schicksal der Regierung und Gott anzuvertrauen, einen „New Deal“, einen Vertrag zwischen Kapital und Arbeit für das Wohlergehen der Nation zu schließen und den US-Imperialismus aus der kapitalistischen Krise heraus und in der Konkurrenz nach vorn zu schleppen. Roosevelt ließ wie seine Vorgänger für das göttliche Recht am kapitalistischen Privateigentum alle Streiks und Erhebungen der Arbeiter mit Militärgewalt brechen – wie z.B. den großen Flint-Streik der Automobilarbeiter 1937, die die Fabrik von General Motors besetzt hatten und ein Ende der Entlassungen, Lohnerhöhungen und die Anerkennung ihrer neu aufgebauten Gewerkschaft forderten. Zugleich gestand er den Arbeitern das Recht auf Sozialversicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit und für das Alter zu – natürlich nur unter staatlicher Regie. Es gelang auch diesem Roosevelt nicht, den großen Aufschwung der Arbeiterbewegung, die sprunghafte Ausdehnung ihrer gewerkschaftlichen Klassenorganisationen und den Aufbau der Kommunistischen Partei zu verhindern. Es waren die Reformisten und Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung und auch bereits innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei, die den US-Imperialisten diesen unschätzbaren Dienst leisteten. 1939 konnte sich Roosevelt bei Ausbruch des imperialistischen Krieges in Europa bereits hinstellen und das Programm der US-Imperialisten zur Eroberung der Weltherrschaft proklamieren:

„*Stürme von außen fordern die drei Institutionen heraus, die für jeden Amerikaner jetzt wie stets unverzichtbar sind: Die erste ist Religion. Sie ist die Quelle der anderen beiden: der Demokratie und des internationalen guten Willens. Es kommt eine Zeit im Leben der Menschen, wenn sie sich darauf vorbereiten müssen, nicht nur ihr eigenes Haus zu verteidigen, sondern die Pfeiler des Glaubens und der Humanität, zusammen mit ihrer Kirche, ihrer Regierung und ihrer Zivilisation überhaupt.*“ – (Z-Red.)

Neue Maschinen sind ausgezeichnet, sobald die Produzenten von ihnen Besitz ergreifen

Die Geschichte wird durch den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen vorangetrieben. Die Entwicklung der Landwirtschaft verlangte zunächst nach dem Grundbesitzer und Bauern und sprengte die Sklavenhaltergesellschaft. Die moderne Industrie war von Beginn an unverträglich mit den feudalen Verhältnissen von Grundbesitzer und leibeigenem Bauern, von Zunftmeister und Gesell. Sie verlangte nach der Konzentration der Produktionsmittel, um sie in Massenumfang anzuwenden, und sie verlangte nach der Kooperation in der industriellen Produktion, die sich von den zünftlerischen Fesseln befreien mußte. Die bürgerliche Gesellschaft mit ihren beiden Hauptklassen, den produktionsmittelbesitzenden Bourgeois und den besitzlosen Proletariern sprengte die feudale Gesellschaft und trat an ihre Stelle. Im „Kommunistischen Manifest" schrieben Karl Marx und Friedrich Engels: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren." Der Stachel für die Entwicklung der Produktionsinstrumente durch die Bourgeoisie ist die Jagd nach dem Extraprofit und der Zwang der Konkurrenz, mit immer moderneren Produktionsinstrumenten dem Konkurrenten in der Kunst der Schweißauspressung wenigstens eine Nasenlänge voraus zu sein.

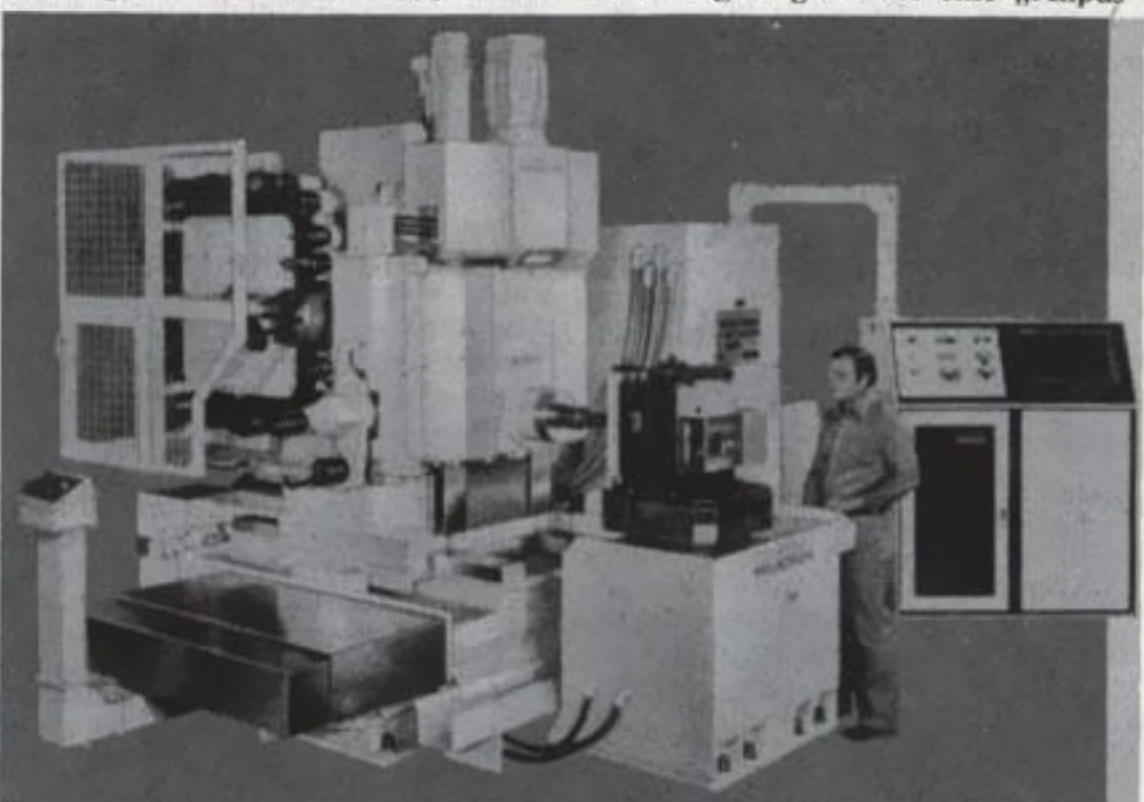
Entwicklung der Produktivkraft, das ist die Entwicklung der Produktivkraft der lebendigen Arbeit. Die Produzenten der bürgerlichen Gesellschaft aber sind die besitzlosen Proletarier, die durch den Kapitalismus immer schärferer Ausbeutung unterworfen werden. Die entscheidende Produktivkraft ist also die revolutionäre Klasse selbst. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen nimmt die Form des immer schärferen Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat an.

Die wachsenden Produktivkräfte, „die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst", heißt es im „Kommunistischen Manifest". Dutzende und Hunderte von Kapitalisten gehen in der Überproduktionskrise kaputt. Das Kapital wird in immer weniger Händen konzentriert und nimmt wachsenden Umfang an. Die Ursache der Krise, die Überproduktion von Kapital, kann im Kapitalismus nur überwunden werden, indem noch gewaltigere Überproduktionskrisen vorbereitet werden. Die Produktivkräfte rebellieren gegen die Fessel des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln, unter dessen Existenz die Entwicklung neuer und besserer Produktionsmittel als Überproduktion von Kapital erscheinen. „Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer geschaffen, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier." Die immer schärferen Widersprüche zwischen den modernen Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen können nur durch die proletarische Revolution gelöst werden, indem die gesellschaftlichen Produzenten die Produktionsmittel in ihren kollektiven Besitz nehmen. Jede Krise des Kapitalismus ruft dies den Proletariern gewaltsam ins Gedächtnis.

Anders sieht die Sache die Sozialdemokratie. Hat sie den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen erst mal theoretisch beseitigt, dann legt sie die Ursache für die Verschärfung der Ausbeutung und des wachsenden Elends, die Ursache der Arbeitslosigkeit der einen und der Überarbeit der anderen in die Maschinerie und ihre Entwicklung. Von „technologiebedingten Fehlentwicklungen" ist die Rede. Mit dem Widerspruch zwischen Maschine und Mensch wird der Widerspruch in die Produktivkräfte selber verlegt. Er wird unlösbar. Man kann ihn nur abstumpfen und zu versöhnen versuchen. Der „technologische Wandel" verlangt nach „Strukturpolitik". Es braucht höchstens Sozialpläne, keinen Klassenkampf und keine Revolution. In der Praxis führt das zur völligen Hilflosigkeit bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiter im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und zur völligen Unterwerfung unter die Kapitalisten. Neue Maschinerie muß sein wegen der Konkurrenz. Sozialpläne müssen sein von wegen der Menschlichkeit. Ist die Konkurrenz scharf, dann müssen die Sozialpläne bescheiden sein. Dabei ist es doch so: Wenn die Produzenten sich die Produktionsmittel aneignen, dann beherrschen sie diese nicht nur wie jetzt schon technisch, sondern auch ökonomisch. Sie können sich die Produktionsinstrumente nur aneignen, indem sie die Bourgeoisie enteignen. Bis dahin, bis zur proletarischen Revolution, muß die Arbeiterklasse Kraft sammeln. Das geht nur, indem der Ausbeutung Schranken gezogen werden. Solche Schranken sind das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, das Verbot der Akkordarbeit, die Durchsetzung des Normalarbeitstages und seine Verkürzung.

Eine technische Umwälzung der Produktion im Maschinenbau bahnt sich an

Im Maschinenbau steht eine umfassende Umwälzung der Produktion, d.h. eine technische Revolutionierung bevor. Diese wird die Umwälzung der Produktion in der Druckindustrie von Bleisatz auf Fotosatz, die gegenwärtig stattfindet, in ihrer Bedeutung und Auswirkung für die Arbeiter weit übertreffen. Das deshalb, weil der Maschinenbau mit 1059073 Beschäftigten der größte Industriezweig überhaupt ist. Der Maschinenbau gliedert sich in 35 Fachzweige bei 4700 Betrieben, d.h. die mittelgroßen Betriebe überwiegen. 80,1% der Betriebe beschäftigen bis zu 200 Arbeiter, und nur 3,5% beschäftigen mehr als 1000 Arbeiter. Die 35 Fachzweige sind ein Ausdruck für die ungeheure Vielfältigkeit der Produkte, die aus der Maschinenbauindustrie stammen.



Ein Maschinencenter mit einem Kettenmagazin für 30 Werkzeuge. Maschinencenter sind mit einer „Bahnsteuerung" ausgerüstet. Die koordinierte Bewegung mehrerer Achsen gleichzeitig ist dadurch möglich.

Der bedeutendste Bereich ist die Werkzeugmaschinenindustrie mit einem Anteil von 8,1% am Produktionswert des gesamten Maschinenbaus. Der zweitgrößte Bereich ist die Büro- und Informationstechnik mit einem Anteil von 7,9%.

Die Grundlage für die bevorstehende Umwälzung der Produktion im Maschinenbau ist der Einsatz von numerisch gesteuerten (numerically controlled machinetool), kurz: NC-Maschinen. In den sechziger Jahren sind die ersten automatisch gesteuerten NC-Drehmaschinen mit programmiertem Werkzeugwechsel und Werkzeugmagazin auf den Markt gekommen.

Numerische Steuerung bedeutet, daß die Dateneingabe in das Steuerungssystem der Maschine *zahlenmäßig* erfolgt. Also, die Bearbeitungsprogramme, die das Werkstück beschreiben sowie seine zu erfolgende Bearbeitung, werden über einen Lochstreifen (in seltenen Fällen Magnetbänder) in die numerische Steuerung eingegeben, die meist getrennt von der Maschine in einem extra Schrank untergebracht ist. Die Steuerung führt mit ihrem Rechner Rechenoperationen durch und erzeugt für die verschiedenen Achsen der Maschine (Spindelkasten rauf und runter, Tisch links und rechts, vor und zurück) als auch für eine oder mehrere Bearbeitungsspindeln (Drehzahl höher oder niedriger) sogenannte Sollwerte. Dies also sind Befehle an die Maschine, mit ihrem Tisch, Schlitten oder Spindelkasten bestimmte Positionen einzunehmen. Die Befehle gelangen über eine „Anpassung" zur Maschine. Die Maschine führt die Befehle aus. An ihr sind Wegmeßsysteme und Drehzahlüberwachungssysteme angebracht, welche die tatsächliche Bewegung der Maschine kontrollieren, d.h. sogenannte IST-Werte feststellen und an die Steuerung zurückmelden. Bei Erreichung der Position, also bei Übereinstimmung von Soll- und Ist-Wert schaltet der Vorschubantrieb der Maschine aus.

Neben den NC-Maschinen sind als Grundlage für die technische Umwälzung noch die PC-Maschinen von Bedeutung. Sie finden bei Großmaschinen und Transferstraßen Anwendung (Automobilindustrie). Diese Steuerungen sind von keinem festen Programm, also Lochstreifen, abhängig. Sie sind frei programmierbar, können also von Hand auf bestimmte Aufgaben in der Fertigung projektiert werden und über die reinen Maschinensteuerungen hinaus Aufgaben der Überwachung von Maschinenverkettungen, Materialverfolgungen usw. wahrnehmen.

Auf dieser Grundlage wird die neue technische Revolution im Maschinenbau stattfinden. Ihr Inhalt sind zwei Systeme, an denen die Kapitalisten noch forschen lassen bzw. die sie probeweise schon eingeführt haben.

Das erste ist die Steuerung aller NC-Maschinen im Betrieb von einem sogenannten Fertigungsleitrechner, der über eine zentrale Programmspeicherung verfügt und über verschiedene NC-Steuerungen, die jeweilig verantwortlich sind für bestimmte Maschinenverkettungen, die gesamte Fertigung zu steuern in der Lage ist.

Das zweite ist der sogenannte Fertigungsleitstand, der mit Hilfe eines optisch-akustischen Meldesystems alle Arbeiten, also alle Arbeiter im Betrieb überwacht und kontrolliert. Der Fertigungsleitstand bedeutet für die Arbeiter, daß sie immer Beginn und Ende jeder Arbeit melden müssen. Im Leitstand sind alle diese Daten zusammengefaßt und werden auf Anzeigetafeln optisch dargestellt, womit die Betriebsführung jederzeit feststellen kann, wieweit ein bestimmter Auftrag im Betrieb schon bearbeitet ist. Sie kann also daraufhin eingreifen.

Die Verkoppelung beider Systeme mit einer zentralen Datenverarbeitungsanlage ist die Vollendung dieser technischen Revolution im Maschinenbau. Die beiden Systeme sind noch unvollkommen, doch teilweise schon in verschiedenen Werkzeugmaschinenfabriken in Anwendung.

Noch ist die Grundlage der technischen Revolution, die umfassende Einführung NC-gesteuerter Maschinen, nicht vorhanden. Der Maschinenpark, mit dem in der westdeutschen Industrie gegenwärtig gearbeitet wird, besteht noch nicht einmal zu 10% aus NC-Maschinen. Es sind sogar über 50% aller in der Produktion befindlichen Maschinen älter als 14 Jahre, was einen beachtlichen Stand der Veralterung ausdrückt. Nur auf Grundlage des Geschicks der westdeutschen Arbeiterklasse ist es möglich, daß auf veralteten, sogenannten „ausgelutschten Maschinen" technologisch hochstehende Maschinen gefertigt werden können. Einen gewaltigen Kapitaleinsatz werden die westdeutschen Kapitalisten aufbringen müssen, um die Umwälzung der Produktion zu vollziehen. Schon ein einzelnes NC-gesteuertes Maschinencenter mit einem Werkzeugmagazin von 30 Werkzeugen ist unter 1 Million DM nicht zu haben. Die Ausrüstung ganzer Fertigungseinrichtungen wird zig Millionen verschlingen. Das Risiko ist groß, zumal nicht sicher ist, ob der Konkurrenzvorteil sich sogleich einstellen wird. „An dieser Nahtstelle (Fertigungsleitrechner, d. Red.) steigt die Zahl der unterschiedlichen Einflußgrößen sehr stark an, so daß solche Automatisierungsvorhaben nur mit großem Aufwand zu realisieren sind." (Dipl. Ing. Götz, Siemens AG, Bereich Industrie)

Der Stachel der Konkurrenz wird jedoch die westdeutschen Kapitalisten zur Umwälzung der Produktion zwingen.

Die Auswirkungen für die Arbeiterklasse werden enorm sein. Schon seit Jahren lassen die Kapitalisten an den Hochschulen erforschen, wie die kapitalistische Rationalisierung und Steigerung der Ausbeutung im einzelnen aussehen soll.

Zunächst einmal wird wegen der grundlegend veränderten Tätigkeit an den NC-Maschinen die Arbeitskraft dequalifiziert. „Untersuchungen haben ergeben, daß die Anforderungen an die Maschinenbediener sinken, da wesentlich weniger manuelle Geschicklichkeit erforderlich ist ... Der NC-Maschinenbediener wird nicht nach seiner „Geschäftigkeit" bewertet, sondern danach wie er es versteht, seine teure Maschine immer beim Produzieren zu halten." (Reinhold Mayer in einem Buch über die Problematik des Einsatzes von NC-Maschinen, hrsg. vom K.-H.-Institut für Arbeitswissenschaft des Verbandes für Arbeitsstudien REFA e.v.) Den Kapitalisten wird empfohlen, nach dem vorübergehenden Einsatz von Facharbeitern Hilfskräfte an den NC-Maschinen zu beschäftigen. Die Absicht ist, den Lohn beträchtlich zu senken.

Einen weiteren Schwerpunkt haben die Kapitalisten auf die Erforschung der günstigsten Lohnform gesetzt, mit dem vorläufigen Ergebnis: „Akkordlohn ist anwendbar, wenn sogenannte Füllarbeiten zu erledigen sind ... Prämiensysteme verschiedener Art sind für Anwendung an NC-Maschinen sehr geeignet ... Auch Grundlöhne mit Leistungszulagen bzw. -kontrolle sind für NC-Maschinen gut geeignet." (Ebenda) Verschiedene Lohnformen, zumeist akkordähnlich, sollen ein umfassendes System der Lohndrückung und Spaltung ermöglichen neben der ungeheuren Verdichtung des Arbeitstages, für die mit Hilfe des Fertigungsleitstandes gesorgt wird.

Die bedeutsamste Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird sich jedoch aus der Änderung der Arbeitszeit ergeben. Wie selbstverständlich gehen die Kapitalisten davon aus, daß ab einer bestimmten Stufe des Einsatzes von NC-Maschinen der Dreischichtbetrieb unumgänglich ist, damit die Maschinen sich überhaupt „bezahlt" machen. Das bedeutet für Millionen von Arbeitern den Raub der Nachtruhe und die Ruinierung der Gesundheit.

Man kann heute keineswegs bereits im einzelnen sagen, welche besonderen Forderungen die richtigen sind, um gegen dieses Programm anzutreten. Sicher ist, daß die Forderung nach Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich, die Forderung nach dem Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme, vor allem aber die Forderung nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit grundlegend ist. –

Die Geschichte der technischen Umwälzungen in der Industrie

Die Maschine, von der die industrielle Revolution ausgeht, ersetzt den Arbeiter, der ein einzelnes Werkzeug handhabt, durch einen Mechanismus, der mit einer Masse von Werkzeugen auf einmal operiert und von einer Triebkraft angetrieben wird. Diese Triebkraft war historisch gesehen das Wasser und der Wind. Erst die Erfindung der Dampfmaschine 1784 ermöglichte den Antrieb der Maschine unabhängig vom Vorhandensein von natürlichen Bedingungen wie Wasser oder Wind. Es hat allerdings 70 Jahre gedauert, bis die erste Dampfmaschine zur Anwendung in der Produktion gekommen ist. Die Durchsetzung der Dampfmaschine war die Grundlage des Maschinensystems überhaupt. Sie hat zunächst die Zusammenballung zahlreicher Maschinen in einer großen Fabrikhalle ermöglicht. Der Transmissionsmechanismus, eine Bewegungsmaschine, die die Kraftübertragung auf viele Arbeitsmaschinen in einer Fabrikhalle gleichzeitig sichert, war das Bindeglied zwischen Dampfmaschine als Antrieb und den Werkzeugmaschinen. Die Fabrikhalle mit zahlreichen Maschinen, die über Riemen verbunden sind mit der Antriebsmaschine, wurde das Erscheinungsbild der großen Industrie für Jahrzehnte.

Die Anwendung der großen Maschinerie hat die Ausbeutung der Arbeiterklasse in ungeheurem Maße verschärft. Die Erfindung des Taylor-Schnellstahls hat der Kapitalistenklasse die Ausbeutung der riesigen Erzgruben ermöglicht und eine neue technische Revolution eingeleitet. Durch das Verfahren war es möglich, das Erz von Phosphor zu befreien und so Stahl herzustellen, der sehr viel haltbarer war. Mit der Einführung des Taylor-Schnellstahls konnten größere und leistungsfähigere Maschinen gebaut werden, das Werkzeug war robust und von Dauer. Die Produktion konnte wesentlich längere Zeit ohne Werkzeugwechsel laufen. 1894 war die Produktion des Taylor-Stahls in großem Stil durchgesetzt, die dritte Million Tonnen Stahl wurde produziert.

1850 wurde das Patent für die Entwicklung von Lagern ausgegeben. Lager sind Maschinenelemente, die Wellen so zu tragen vermögen, daß diese sich drehen können. Lager bilden also tragende oder stützende Maschinenelemente. Die Produktion von Lagern – zunächst im wesentlichen Kugellagern – hat zum Aufbau einer ganzen Industrie – der Fahrradindustrie – geführt, die eng verknüpft ist mit dem Maschinenbau. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hat sich die Anwendung von Lagern in der Produktion durchgesetzt. Das Lager ermöglicht eine wesentlich höhere Präzision. Es ist die Grundlage für Präzisionsarbeiten. Gleichzeitig wird Energie freigesetzt und Haltbarkeit erzielt.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde das Getriebe (Stufengetriebe und später stufenloses Getriebe) entwickelt. Die mit Riemenantrieb ausgerüsteten Maschinen hatten Stufenscheiben mit Riemenverschiebung, sie konnten nur mit 4 bis 6 Drehzahlen laufen. Durch die Einführung der Getriebe konnten verschiedene Drehzahlbereiche bestrichen werden (bis 1:200 Drehzahlen). Die Fortentwicklung zum stufenlosen Getriebe hat dann auch den Energieverlust, der beim Schalten entsteht, vermindert. Das Getriebe hat der kapitalistisch betriebenen Produktion ermöglicht, Handwerksarbeiten und Kleinstserien ohne Zeitverlust produzieren zu können. Die Ersetzung von Handwerksarbeiten durch die Maschine, das war der Vorgang, der Tausende von kleinen Handwerkern ruinierte und sie in Arbeiterheere verwandelte.

Die entscheidende Umwälzung in der Produktion der Werkzeugmaschine war die Ablösung des Transmissionsriemens durch den Elektromotor. Die Werkzeugmaschinen wurden dadurch zu unabhängig angetriebenen Aggregaten. Jede Maschine hat einen eigenen Hauptantrieb, dadurch ist eine potenzierte Kraftentfaltung möglich. Die Leistungsfähigkeit der Maschine wird durch die Größe des Antriebsmotors bestimmt und geregelt.

1888 wurde der Asynchronmotor entwickelt, nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in großem Maßstab leistungsstarke Elektromotoren angewandt und der bisherige Transmissionsmechanismus abgelöst. In den letzten Jahren hat der Gleichstrommotor in bezug auf Antrieb der Schlitten, Tische oder Spindelkästen im wesentlichen den Drehstrommotor abgelöst. Der thyristorgesteuerte Gleichstrommotor hat den bestmöglichen Antrieb der Werkzeugmaschine ermöglicht, er kann äußerst präzise und weich steuern. Zusammen mit der Entwicklung der numerischen Steuerung ist er die Grundlage für die bevorstehende neue technische Revolution im Maschinenbau.

Alle bisherigen technischen Revolutionen im Werkzeugmaschinenbau waren mit verschärfter Ausbeutung und Rationalisierung verbunden. Unter der Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise haben diese technologischen Umwälzungen das Einsaugen von Arbeitern bei der Einführung der neuen Technologie und ihr Abstoßen in der Entfaltung dieser Technologie sowie verschärfte Ausbeutung zum Inhalt. – (Z-Red.)

Arbeitsbedingungen und Lohn diktieren die Automobolkapitalisten

VW, Ford, Opel ... kontrollieren Produktion der Zulieferer – sonst keine Aufträge

Hannover. J.H.Benecke produziert mit über 2000 Arbeitern zu einem großen Teil Innenausstattung für die Automobilkapitalisten: Himmel, Tür- und Seitenverkleidung, Polsterbezüge, Amaturenbrettfolie, usw. Ford, Opel, Daimler Benz, BMW, VW usw. werden beliefert, ebenso andere Zulieferer.

Nicht die Automobilkonzerne prüfen die Werkstoffe auf ihre Tauglichkeit, sie stellen Anforderungen. Die Zulieferer müssen die Nachweise über die Erfüllung der Lieferbedingungen erbringen. So unprofitliche Arbeiten wie Werkstoffprüfung, die zudem qualifizierte Arbeitskraft verlangt, ist vollständig in die Zulieferbetriebe verlagert. In regelmäßigen Abständen inspizieren „Herren" von Ford, BMW usw. die Produktion ihrer Waren vor Ort, besonders auch die Einhaltung der Prüfvoraussetzungen. Es ist gerade so, als sei Benecke Teil jeweils dieser Konzerne, diese „Herren" die obersten Vorgesetzten.

Diese Lage ist äußerst vorteilhaft für die Automobilkonzerne: „Entspricht eine Lieferung nicht der geforderten Qualität, behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung ganz oder teilweise abzulehnen. Die Rücksendung geht grundsätzlich zu Lasten des Lieferanten." So ähnlich heißt es in allen technischen Lieferbedingungen, wie sie die Monopole diktieren.

Die peinlichst genaue Einhaltung dieser Liefervorschriften widerspricht dem Profitstreben der Benecke-Kapitalisten. Bei vollständiger Abhängigkeit von den Automobilkonzernen und scharfer Konkurrenz um die Aufträge schindet Benecke Profit durch die Verdichtung des Arbeitstages, Drei-Schichtarbeit und der Verbilligung der Produktion durch Drücken auf den Lohn und durch Verwendung billigerer Rohstoffe. Heraus kommt Pfusch. In den Abteilungen Werkstoffprüfung soll dann festgestellt werden, ob die Ware den Lieferbedingungen noch entspricht oder nicht.

Dort ist die Arbeit nicht zu schaffen. Folie für Amaturen bricht bei der Prüfung, wenn nicht schon vorher. Die Dehnung von Polsterbezugsware entspricht nicht dem Soll. Gleich hinterher noch einmal prüfen, um Prüffehler auszuschalten. Gleiches Ergebnis. Was „hinkommt", wird freigegeben, der Rest gesperrt, geht zurück in die Produktion, Nacharbeit. Noch vor einigen Wochen galt als ausgeschlossen, daß z.B. die Polsterbezugsware bei BMW bei der Brennprüfung brennt. Heute brennen Teile lichterloh. Oder farbiger Himmel brennt oft mit einer Geschwindigkeit bis zu 350 mm in der Minute. Für die Arbeiter heißt das dann Nacharbeit, zweite, dritte, vierte Prüfung, oft auch fünfte und sogar sechste.

Im Betrieb wundert sich keiner, daß die Reklamationen zunehmen. Wütend sind die Arbeiter darüber, daß sie Schund produzieren müssen, wo sie es besser können und gleichzeitig gezwungen sind, diesen Schund zu kaufen. Die Arbeitsbedingungen werden dadurch unerträglich. Reklamationen kommen immer zusätzlich zur laufenden Arbeit, sie sollen sofort erledigt werden. Denn selbst am Wochenende jagen die Kapitalisten ihre Leute hinter den Prüfergebnissen her.

Sind die Aussichten für die Benekke-Kapitalisten gut, viel Ware schnell und profitabel loszuschlagen, werden oft einzelne Prüfergebnisse gar nicht abgewartet oder es wird über von Prüfern festgestellte Mängel hinweggesehen. Zur Zeit sind die Profitaussichten für Benecke nicht schlecht. Sie lassen samstags „freiwillige" Sonderschichten fahren und vieles nur reduziert prüfen, „aus Zeitgründen", wie es heißt.

Die Retouren werden nicht lange auf sich warten lassen. Es werden die Arbeiter sein, die diese Zeche wieder bezahlen sollen. Mit der Drohung, daß sonst die Aufträge verloren gehen und wieder kurzgearbeitet werden muß, sollen die Arbeiter weiter gedrückt werden. Mit diesen Argumenten werden auch gegenwärtig die Arbeiter von den freiwilligen Zusatzschichten „überzeugt". Der geringe Lohn hilft nach. Heute muß ein Arbeiter bei Benecke drei Schichten arbeiten, um auf den Lohn zu kommen, den die VW-Arbeiter sich für die Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft bei zwei Schichten erkämpft haben. – (N-Red.)

VW – zweitgrößter Auftraggeber für die westdeutsche Industrie

„Neben der öffentlichen Hand ist die VW AG der größte Auftraggeber für die westdeutsche Industrie. 1973 gleich 7000 Lieferverträge über Einkauf von Rohstoff, Halbzeug-, und Fertigwaren. 39% der Gesamtleistung fließen in die Kassen der Zulieferbetriebe". (Zitat aus VW – Partner der Welt, 1973)

Über die Hälfte der 5000 bis 6000 Einzelteile der VW-Modelle wird nicht in den VW-Werken und auch nicht von anderen Arbeitern der Automobilindustrie produziert, sondern von Arbeitern in Zulieferbetrieben.

Das beginnt bei den Blechen für die Karosserie. Sie werden von den Stahlarbeitern hauptsächlich bei Peine und Salzgitter in Salzgitter und Peine hergestellt. Die Bleche werden in den VW-Preßwerken in Wolfsburg, Hannover und Kassel zu Kotflügeln, Dächern, Bodenblechen geformt und anschließend im Rohbau zusammengeschweißt und geschliffen.

Die fertigen Karrosserien kommen sodann in die Lackiererei, wo sie grundiert und lackiert werden und der Lack eingebrannt wird. Die Lacke selbst werden nicht bei VW, sondern bei den Farbwerken Hoechst hergestellt.

Über Förderband gelangen die lackierten Karrosserien an die Endmontagebänder, wo die Autos montiert werden. Die Achsen werden im VW-Werk Braunschweig hergestellt, die Felgen in Wolfsburg. Die Reifen allerdings produzieren wiederum die Arbeiter von Conti, Phoenix, Fulda. 1973 gingen 53% der Gesamtproduktion von Conti an VW, heute kommen die Reifen für VW USA, Kanada, Brasilien dazu. In der letzten Zeit werden häufig Reifen aus Jugoslavien geliefert. Die Bremsen produziert die Firma Tewes in Gifhorn.

Ebenso wird der größte Teil der Innenausstattung in den VW-Werken nur montiert. Tachometer und andere Meßinstrumente, Fensterscheiben, Polster, Sicherheitsgurte, Ablagen, Kunstoffverkleidungen, Dämmpappen, Teppiche, Himmel, Radios, um nur die wesentlichen Teile der Innenausstattung zu zu nehmen, werden in Zulieferbetrieben gefertigt. Ebenso die Scheinwerfer und Rückleuchten, Stoßdämpfer und der größte Teil der elektrischen Anlage. Die Lenkräder werden z.B. von der Petri-AG Aschaffenburg hergestellt, die ausschließlich für VW produziert.

Motoren und Getriebe werden zum größten Teil in der Gießerei in Wolfsburg und Hannover gegossen, der Rohguß kommt aus den Stahlkonzernen und Aluminiumwerken. Lager für Motoren und Getriebe, Einspritzpumpen und Vergaser kommen ebenso aus der Zulieferindustrie wie sämtliche Schrauben und Unterlegscheiben für die Montage der Motoren sowie des gesamten Autos. Die Dieselmotoren für den Leichttransporter produzieren die Arbeiter von Hanomag Hannover. Die VW AG erwägt, diese Motoren, sobald es für sie profitabler ist, in der VW-Montagestätte in Jugoslawien fertigen zu lassen.

Als Zweck dieser Organisierung der Produktion geben die VW-Kapitalisten die „Erhöhung der Produktivität" an, was nichts anderes als Schürung der Konkurrenz unter den Arbeitern bedeutet. –(Zelle VW Wolfsburg)

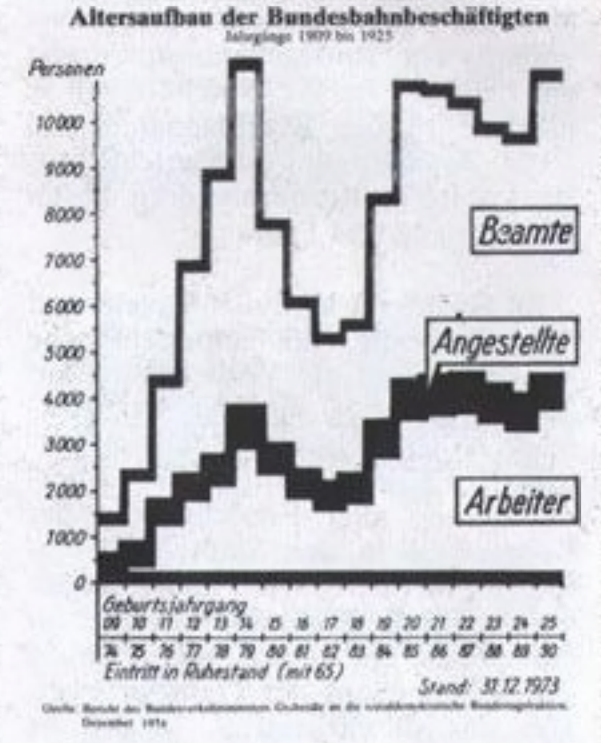
An den Defiziten der Bundesbahn stoßen sich die Kapitalisten gleich zweimal gesund

Der Bundesrechnungshof bemängelt „Personalüberbestand" und noch zu geringe Zahl von Antreibern

Bundesverkehrsminister Gscheidle als der Bourgeoisverantwortliche für die Deutsche Bundesbahn versucht gern den Eindruck zu erwecken, als sei die Bahn in der Hauptseite ein Personenbeförderungsmittel. Er verfolgt damit den Zweck, die steigenden Defizite der Bahn von den Volksmassen bezahlen zu lassen. Im Juli 1977 antwortete Gscheidle auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der CDU/CSU: „Wagenladungsverkehr und Personenverkehr der Bundesbahn haben ihre Gesamtkosten zu erwirtschaften." Womit er meint, daß aus den Einnahmen nicht nur die laufenden Betriebskosten, sondern insbesondere auch die Mittel für Investitionen herauskommen müssen. Und die sind gewaltig. Für 1976 bis 1985 sind 17,7 Mrd. DM vorgesehen. Die „Sachanlagen" der Bundesbahn, also das konstante Kapital, hatten 1975 den Wert von 42,5 Mrd. Mark. Davon haben sich die Kapitalisten entlastet. Diese gewaltige Anhäufung von Kapital würde ansonsten auf ihre Profitrate drücken. Trotz des krisenbedingten starken Rückgangs des Güterverkehrs betrugen die Einnahmen aus dem Personen-, Expreßgut- und Gepäckverkehr lediglich knapp 40% der gesamten Einnahmen der Bahn. Im wesentlichen befördert die Bahn nicht Personen, sondern Güter, ca. 330 Millionen Tonnen 1975. Den Löwenanteil davon wiederum, nämlich 192 Mio. Tonnen, bilden Steinkohle, Eisen-Stahl-Halbzeug, Eisenerze, Kraftstoffe, Heizöl, Koks und Steine und Erden. Die seit 1973 rapide ansteigenden Defizite der Bahn gehen auf das Konto dieses Gütertransports. Sie betragen jetzt insgesamt 13,5 Mrd. Mark, die Verschuldung der Bahn ist auf 30 Mrd. Mark angewachsen, darin sind noch enthalten 13 Mrd. als „Kriegsfolgekosten" für den Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Gleisanlagen und Bahnhöfe.

Auf der einen Seite also Entlastung der Kapitalisten von den fixen Kapitalkosten. Und auf der anderen Seite kassieren sie 2,3 Mrd. Mark an Zinsen für die gerade aus dieser Entlastung resultierenden Schulden. Verantwortlich für die Schulden aber macht die Bourgeoisie und ihr Verkehrsminister die Beschäftigten bei der Bahn. Auf sie zielt das sogenannte Sanierungskonzept der Bundesbahn. „Durch Rationalisierung auf Grund der Zielvorgabe des Bundesverkehrsministers ist es den Organen der Deutschen Bundesbahn gelungen, von 1974 bis heute die Zahl der Bediensteten um über 50000 zu verringern", brüstete sich der SPD-Abgeordnete Müller aus Nordenham in der Bundestagsdebatte über den Verkehrshaushalt 1978 am 25. Januar. Aber: „Die Zusage, daß kein Eisenbahner entlassen werden solle, gelte nach wie vor. Sie habe jedoch zur Voraussetzung, daß der Fortgang der Rationalisierungsmaßnahmen ausgerichtet bleibe an dem natürlichen Altersabgang des Personals", läßt die Regierung in „Die Woche im Bundestag" vom 7.3.77 verkünden. Das Schaubild verdeutlicht ihre Rechnung. Danach

Altersaufbau der Bundesbahnbeschäftigten



werden alleine 1978/79 rund 32000 Bahnbedienstete in Rente gehen. Daß der Bourgeoisie dieser „natürliche Abgang" noch nicht schnell genug geht, stellt der Bundesrechnungshof am 6.10.77. zum Haushalt der Bundesbahn von 1975 fest: „Die Bemühungen der Deutschen Bundesbahn um einen Abbau des Personalbestandes brachten demnach 1975 einen beachtlichen Erfolg ... Der tatsächliche Personalbedarf war jedoch noch stärker rückläufig ... Insgesamt waren also rund 27000 Dienstkräfte überzählig." (Bundesratsdrucksache 540/77) Und weiter: „Der Abbau des hohen Personalüberbestandes stellt die Deutsche Bundesbahn vor ein besonders schwieriges Problem, zumal sie durch die dem Personal gegebenen Beschäftigungsgarantien und durch dienstrechtliche Regelungen in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt ist. Die Bundesbahn wird aber weiterhin dafür sorgen müssen, daß alle Möglichkeiten zum Abbau des Überbestandes ausgeschöpft werden." Keinerlei „Überbestand", sondern Unterbestand stellt der Rechnungshof bei den Antreibern vom „Fachausschuß für Personalbemessung" fest. Dieser hat die Aufgabe, durch Verkürzung der Vorgabezeiten aus den verbliebenen Beschäftigten noch mehr rauszuholen und weitere Arbeitskräfte überflüssig machen zu können. Alleine im Wagenreinigungsdienst seien die Bemessungswerte noch um 50% zu hoch angesetzt. Bei Kürzung wären 1600 Kräfte einzusparen. In den Ausbesserungswerken werde das Arbeitsaufkommen lediglich nach drei Stufen unterschieden. „Diese wenig differenzierte Methode führt zu ungenauen und zum Teil überhöhten Personalzuweisungen." Rabiate Steigerung der Ausbeutung der 214000 Beamten, 9000 Angestellten und 164000 Arbeiter bei der Bahn ist das Konzept der Bourgeoisie, sich von den Kosten ihres fixen Kapitals zu entlasten. Um dies durchzusetzen, hat das für die Finanzen zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn Hans Reschke versucht, die Eisenbahner als faul hinzustellen, sie seien zu hoch bezahlt und leisteten zuwenig. Dies erklärte er vor Frankfurter Wirtschaftsjournalisten. In Heidelberg führten daraufhin die Eisenbahner spontane Personalversammlungen durch. Der 1. Bevollmächtigte der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) Reiner Nimis hat darauf geantwortet: „Wenn Herr Reschke zu hoch bezahlte Eisenbahner kenne, so seien diese sicherlich in seiner näheren Umgebung zu finden." – (Z-Red.)



Das Rationalisierungskonzept der Bourgeoisie sieht vor, die Ausbeutung der Bahnarbeiter, wie z.B. dieser Gleisarbeiter zu erhöhen.

IG Chemie Hessen kündigt Lohntarifvertrag

Darmstadt. Die hessische Tarifkommission der IG Chemie ist am Samstag dem 11. Februar, zusammengetreten. Sie hat den Lohntarifvertrag fristgerecht gekündigt. Eine Lohnforderung hat sie nicht beschlossen. Stattdessen hat sie – bei drei Gegenstimmen – sinngemäß beschlossen:

1. Das Vorgehen des Hauptvorstands, die Frage der Arbeitsplatzsicherung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in dieser Tarifrunde in den Vordergrund zu stellen, wird begrüßt.

2. Im Moment werden zentrale Verhandlungen über Lohntarif und Manteltarif nicht befürwortet, da die Arbeitgeber in den Manteltarifverhandlungen erst einen Tag Urlaub angeboten haben.

Der Beschluß der Tarifkommission läuft darauf hinaus, daß bei einem weiteren „Angebot" der Kapitalisten beim Manteltarif dies bei der Lohnforderung „berücksichtigt" werden muß, außerdem dann auf zentraler Ebene zwischen Hauptvorstand und Arbeitsring Chemie verhandelt werden soll.

Altes Konzept neu verschnürt

Hannover. Auf der Bezirksmitgliederversammlung der IG Druck und Papier Hannover mit ca. 300 Druckarbeitern und Journalisten stellte der Hauptvorstand sein „neues" Konzept in Sachen Tarifvertrag Neue Technik vor. Detlef Hensche vom Hauptvorstand war deswegen geschickt worden.

1. Die IG Druck hat 100 Druckkapitalisten angeschrieben und ihnen Firmentarifverträge angeboten.
2. In Schwerpunktbetrieben, wie Springer und Gruner und Jahr, soll die gesamte Belegschaft nach einer Urabstimmung streiken.
3. Ziel des Streiks ist der bundeseinheitliche Tarifvertrag.
4. Die anderen Druckbetriebe werden zu Protest- und Warnstreiks aufgerufen.
5. Sperren die Kapitalisten regional aus (was sie schon angekündigt haben), soll eine „totale Abwehrfront" errichtet werden.
6. Andere Gewerkschaften sollen zu Unterstützungsstreiks aufgerufen werden.

Ob mit diesem Konzept das Ziel eines einheitlichen Tarifvertrags erkämpft werden kann, daran haben die Druckarbeiter Zweifel. Ein Arbeiter bezeichnete es als Manöver, als Trick, den die Kapitalisten auch durchschauen werden, und wo es auch durchschauen werden, und wo es nicht klar ist, wie es für die Arbeiter ausgehen wird, weil die Spaltung zwischen den Belegschaften vertieft wird.

Geschlagen werden muß die Auffassung, die die Sozialdemokraten vertreten, daß es von diesem Tarifvertrag abhängt, ob die Druckarbeiter in den nächsten Jahren überhaupt noch etwas gegen die Kapitalisten durchsetzen können.

Dieser Tarifvertrag ist ohne Zweifel wichtig. Aber wenn jetzt ein Korrektor z.B. 600 DM Lohneinbußen hat durch Wegfall von Zulagen und Zuschlägen, dann ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Lohnpolitik, wo der Tariflohn nicht ausreicht zum Lebensunterhalt. Davon versuchen die Sozialdemokraten abzulenken und stattdessen die Arbeiter in solche Abenteuer zu stürzen. Entscheidend ist der Lohnkampf, sowohl in der Herstellung der Einheit der Arbeiter als auch um Erfolge gegen die Kapitalisten zu erzielen, er ist die Basis, um den Tarifvertrag zur Neuen Technik durchzusetzen.

Baukapitalisten lehnen Schlichtungsvorschlag für den Rahmentarif Bauindustrie ab

Der Kompromiß, auf den sich die IG-Bau in den Tarifverhandlungen über den Rahmentarif für die Bauindustrie mit dem Schlichter geeinigt hat, wurde am 10.2. von den Baukapitalisten abgelehnt, obwohl er in der Frage des Urlaubsgeldes auf die Interessen der Baukapitalisten abgestellt ist: So waren 30% Urlaubsgeld vorgesehen, wenn in der Zeit vom 1. April bis 1. Dezember Urlaub genommen wird, 50% wenn die Arbeiter in der ruhigen Zeit auf dem Bau in Urlaub gehen. Für 1979 war ein Tag, für 1980 zwei Tage und für 1981 drei Tage mehr Urlaub vorgesehen, ebenfalls für Arbeiter, die ihren Urlaub in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember oder vom 1. Januar bis 31. März anmelden; die Kündigungsfristen sollten von sechs auf 12 Werktage erhöht werden für Bauarbeiter ab 18 Monaten Beschäftigung beim gleichen Kapitalisten, an Fahrkostenerstattung sollte ein täglicher Zuschlag von drei bis zehn DM gezahlt werden.

Dieser Kompromiß „harmonisiert" nicht mit den Vorstellungen des Baukapitals zur „Überwindung des Tiefs". Seit Januar herrscht bereits tarifloser Zustand, mit 18800 Kurzarbeitern und 99100 arbeitslosen Bauarbeitern in der Reserve hoffen die Baukapitalisten, die Arbeitsbedingungen weiter drücken zu können. Sperner von der IG-Bau setzt auf neue Angebote, dabei kann nichts rauskommen. Die Bauarbeiter gehen an die Aufstellung der Forderungen für den Lohnkampf. Wird der Kampf für Schranken in der Ausbeutung damit verbunden, können durch Streik die Foderungen für den Lohn und für den Rahmentarif durchgesetzt werden.

Durch Berufsgrundbildungsjahr die Ausbeutung der Arbeiterjugend verschärft

Hamburg. Die Schulbehörde preist in ihrer Informationsschrift über das Berufsgrundbildungsjahr Elektrotechnik dieses wie folgt:

„Kostenersparnis: Die Firma erhält einen Auszubildenden, der in fundierter Weise die Grundfertigkeiten kennengelernt hat. Angesichts der erhöhten Ausbildungsanforderungen in bezug auf Umfang der Ausbildung und Ausbildungspersonal bietet das Berufsgrundbildungsjahr besonders den mittleren und kleineren Betrieben große Vorteile. Da gerade in dieser Phase die Ausbildung kostenintensiv ist, bedeutet die Übernahme eines BGJ-Schülers eine Erleichterung."

Nur knapp die Hälfte, 45,6%, haben das Schuljahr im Berufsgrundbildungsjahr 1975/76 erfolgreich abgeschlossen. Die großen Industriekonzerne zwingen sie zum frühzeitigen Abbruch, damit sie länger für die Produktion zur Verfügung stehen und sie nicht das Jahr anerkennen müssen, während das Handwerk aus Gründen der Kostenersparnis für Ausbildung sie gerne nimmt, weil man sie gut ausbeuten kann.

Aktionsausschuß beschließt Kleber zum Lohnkampf

Braunschweig. Der auf der Gesamtauszubildendenversammlung der Stadt Braunschweig gebildete Aktionsausschuß hat auf seiner ersten Sitzung am 14.2. unter anderem beschlossen:

Anfang nächster Woche wird ein Kleber mit den Forderungen:
- Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen!
- Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen!
- 120 DM für alle sofort!
- Kein Angebot unter 7%, Keine Kürzung der Ausbildungsvergütung, sonst Streik!

Weiter ist beschlossen worden, am ersten Verhandlungstag in der ÖTV-Tarifrunde eine Veranstaltung durchzuführen, auf der Stadtdirektor Lamberg erscheinen soll.

Demonstration am 25.2. in Hannover für die Forderungen:

Einstellung aller Grohnde-Prozesse

Kein Atomkraftwerk in Grohnde, Brokdorf und auch nicht anderswo

Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien

Mit der Demonstration vom 21.1. gegen die Grohnde-Prozesse konnte erreicht werden, daß Albrecht alle Haftbefehle gegen die Angeklagten aufheben lassen mußte. Schikanen und Drohungen der Richter, Staatsanwälte und Polizeioffiziere konnten nicht verhindern, daß die Prozesse zur Propagandaaktion gegen die Bourgeoisherrschaft und das imperialistische Energieprogramm wurden. Die Prozesse müssen eingestellt werden, dies zu erreichen ist die Demonstration am 25.2. in Hannover ein richtiger Kampfschritt, den wir unterstützen. 60 Bürgerinitiativen, die VV und der AStA der Fachhochschule Hildesheim, SVen und Schülerredaktionen mehrerer Gymnasien in Hildesheim, die Fachschaftgruppe in der IG Bau-Steine-Erden, Hannover rufen ebenfalls zur Teilnahme auf.

Beginn 11 Uhr am Kröpcke in Hannover, Abschlußkundgebung 13 Uhr

Grohnde-Prozesse

Die Bourgeoisie hatte vor, am 16.2. in das 6. Verfahren am Landgericht einzusteigen. Das ist ihr nicht gelungen. Keiner der laufenden Prozesse konnte von ihr beendet werden. Das zeigt schon, daß sie gezwungen worden sind, einen Schritt zurück zu machen. In den Prozessen, die in der letzten Woche stattgefunden haben, konnte nachgewiesen werden, daß der Polizeieinsatz in Grohnde dazu da war, die Grohnde-Demonstration zu zerschlagen und zwar von vornherein. Der Plan war von Polizeidirektor Juretzki mit Ministerpräsident Albrecht und Innenminister Groß vorher besprochen worden. Die Badeanstalt Hameln, die der Polizei als – wie sie so schön sagen – Gefangenensammelstelle gedient hat, war ohne Genehmigung der Gemeinde dazu gemacht worden. Albrecht hatte siegessicher abends im Fernsehen verkündet, er hoffe, „daß die Justiz diese Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuführt".

In den Prozessen wird immer mehr deutlich, daß alle Anklagen hergeholt sind. Sie wollen aber die Angeklagten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilen, auch wenn jedem offensichtlich ist, daß die Anklagen nicht haltbar sind. Hindern wird sie nur der Zusammenschluß für die Forderung nach Einstellung aller Verfahren. Das sehen viele so, deshalb wird die Demonstration am 25.2.78 in Hannover vorbereitet.

Der „sichere" Beruf

Nach „Bild"-Zeitung zum Beispiel Holzmechaniker – Möbel selbst geschreinert / Schustern und Brötchenbacken für den Hausgebrauch?

„Als die Menschen der Urzeit aus ihren Höhlen krochen, entdeckten sie das Holz. Daraus entwickelte sich ein neuer Beruf – der Tischler." So das „Bild"-Idyll „Die 100 sichersten Berufe". Diese Werbeserie für Berufe wie Verkäufer, Koch, Gebäudereiniger und Panzer-Zugführer bei der Bundeswehr erhielt schon Beifall von höchster Stelle. Außenminister Genscher: „Verdienstvoll, weil sie eine differenzierte Beurteilung der Berufschancen für junge Menschen ermöglicht."

Die 100 sichersten Berufe

Bergmann

Er schwitzt tief unter der Erde – damit wir es auf der Erde schön warm haben.

Bäcker

Deutschlands Bäcker sind Weltmeister – mit 200 Brotsorten

Berufssoldat

Er arbeitet mit dem gefährlichsten „Raubtier" der Welt – mit dem Panzer „Leopard"

„Bild" stellt vor: Günther Schnabel, 27, Möbeltischler, verdient 2254 DM im Monat, baut sich seine ganzen Möbel selbst, seine Arbeit macht ihm Spaß. Die 2254 DM brutto machen ca. 1600 DM netto. Günther Schnabel hat Weib und Kind. Zu dritt könnten sie von dem Geld Gras fressen. Wahrscheinlich arbeitet die Frau mit. Trotzdem liegt dieser vorgestellte Tischler noch nicht in den untersten Lohngruppen. Der Facharbeitrecklohn beträgt brutto 1534,72 DM nach dem neuen Tarifabschluß, im Gebiet Weser-Ems beispielsweise noch darunter. Solche Löhne brauchen die Kapitalisten, weil sonst kein Arbeiter Akkord- und Schichtarbeit für sie machen würde. In der Holzindustrie ist in den letzten Jahren der sogenannte „workfactor" eingeführt worden. Aus Tabellenzeiten von bis zu 10.000tel Minuten wird die Ausführung von bestimmten Arbeiten anhand von Bewegungsanalysen errechnet. Selbst die Gewerkschaftssozialdemokraten geben zu, daß ein sehr hohes Erfahrungsniveau für das Erreichen der Tabellenzeiten vorausgesetzt ist. Bis zu 40 % mehr Arbeitsleistung haben die Holzkapitalisten mit diesem Akkordsystem aus den Arbeitern herausgepreßt.

Die Ausbildung zum Tischler dauert drei Jahre. In Hamburg gab es bisher für Tischlerlehrlinge fachpraktischen Unterricht an der Gewerbeschule für das Erlernen gewisser Grundkenntnisse; die Schulbehörde hat ihn gezahlt. Mit dem neuen Schulgesetz soll damit jetzt Schluß sein. Die Betriebe sollen den Unterricht organisieren und zahlen. Folge wird sein, daß er nicht mehr stattfindet. Der Schülerrat der Gewerbeschule 6 fordert: Keine Streichung der Fachpraxis. Die Gewerkschaftsführung fordert Einführung des Berufsgrundbildungsjahres. Der Schülerrat hält dem entgegen: Das Berufsgrundbildungsjahr ersetzt das erste Lehrjahr. Damit fallen alle tarifvertraglich erkämpften Rechte der Lehrlinge weg: Ausbildungsentgelt, Urlaubsgeld, Urlaubsdauer. Stattdessen erhält man eine Beihilfe vom Staat. Oder auch nicht, je nach Lohnhöhe der Eltern. Außerdem weigern sich die Kapitalisten im ganzen Bundesgebiet, das Berufsgrundbildungsjahr auf die Lehrjahre anzurechnen, sondern fordern die drei Jahre billiger Arbeitskraft der Lehrlinge. Konsequenz: die Lehrlinge im Berufsgrundbildungsjahr brechen kurz vor Ende ab, damit sie überhaupt eine Lehre bekommen.

Die meisten Lehrstellen gibt es im Handwerk. Dort ist die Konkurrenz zur Industrie enorm. Von 1968 bis 1976 ging die Zahl der Betriebe in der holzbearbeitenden Industrie um 15% zurück. Das Handwerk braucht die Lehrlinge als billige Arbeitskräfte, um gegen die Industrie durchstehen zu können. In der Holzindustrie dagegen wird wenig ausgebildet. Die bürgerliche Presse spricht von Strukturkrisen und drohenden Entlassungen. Von wegen sicherer Beruf! Die Werbekampagne der „Bild"-Zeitung ist perfiderweise sogar noch darauf berechnet, den Arbeitsplatz der Holzarbeiter noch zügiger unsicherer zu machen. Denn was den Holzkapitalisten nicht gefällt, ist, daß die Konkurrenz unter den Holzarbeitern verhältnismäßig gering ist aufgrund der geringen industriellen Reservearmee unter ihnen. Das wirkt sich günstig auf ihre Kampfkraft aus und ungünstig auf den Geldsack des Kapitalisten. Nachwuchs und Überangebot an Arbeitskraft sollen geschaffen werden. „Bild" hilft nach.

3,5 % haben die Holzkapitalisten in den diesjährigen Tarifverhandlungen angeboten. Die Holzarbeiter haben überall mit über 90 % für Streik gestimmt und z.B. in Westberlin auch gestreikt. Daß sie ihre Kampfkraft nicht bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen entfalten konnten, liegt an der reformistischen Gewerkschaftsführung, die sich nicht darauf stützt, sondern umgefallen ist, als die Kapitalisten ein bißchen die Zähne gefletscht haben.

Die Holzarbeiter sind Teil der Arbeiterklasse. Ihre Existenz ist so unsicher wie die aller Arbeiter im Kapitalismus, ihr Kampf ist an der Seite aller Arbeiter gegen die Ausbeuterherrschaft. „300 Holz-Techniker im Jahr zu wenig – da sollten Sie einen Nagel einschlagen", schreibt „Bild". Mit dem Nagel sollte man Springer sein Lügenmaul zunageln.

Ölkavernen für Kriegsreserven

Die Bundesregierung bereitet ein neues Gesetz über die Bevorratung von Erdöl und Erdölerzeugnissen vor. Danach wird die Vorratshaltung auf eine öffentlich-rechtliche Körperschaft übertragen mit dem Namen „Erdölbevorratungsverband". Die Bevorratung ist ein weiteres Mittel zur Ausplünderung des Volkes. Formal zahlen die Hersteller und Importeure von Mineralölerzeugnissen, die Mitglieder dieses Verbandes werden, Beitrag. Sie sind berechtigt, diese Beiträge auf die Öl- und Bezinpreise abzuwälzen. Sie „gehen als Kostenbelastung in die jeweiligen Verkaufspreise ein", wie es im Gesetzesentwurf heißt.

Zunehmend wird die Erdöl- und Erdgasbevorratung ausgebaut. Ausgangspunkt dafür ist der Erdölhafen Wilhelmshaven und die eigenen Erdöl- und Erdgasvorkommen vor allem im nordwestlichen Niedersachsen. Von Wilhelmshaven aus lassen die Monopole, die den Energiesektor fest in der Hand haben, das Öl über zwei Pipelines ins Ruhrgebiet pumpen. Extra dazu haben sie sich eine eigene Firma geschaffen, die Nordwest-Ölleitungsgesellschaft. Hinter dieser Gesellschaft stehen Esso, BP, Veba und einige kleinere Firmen. Ca. 25% der gesamten Kapazität gehen auf die an diese Pipelines angeschlossenen sechs Raffinerien. Die Leitungen sollen auf 80 Millionen Tonnen ausgebaut werden.

Große Teile des Erdöls werden in Vorratslagern als Reserve angelegt. Das gleiche geschieht mit Erdgas. Für die Einlagerung des Erdöls haben sich die gleichen Konzerne die Nordwestdeutsche Kavernengesellschaft geschaffen. Die Bevorratung wird vor allem in Kavernenspeichern vorgenommen, die in geeigneten Salzstöcken angelegt werden. Die Nordwestdeutsche Kavernengesellschaft plant insgesamt 42 Kavernenprojekte. Die größte Kaverne liegt in Rüstringen in unmittelbarer Nähe Wilhelmshavens, die zweitgrößte liegt in Etzel bei Friedeburg. Hier lagern über 60% der Erdölreserven der Imperialisten. 400000 cbm Erdöl fassen die großen Kavernen. 90 sollen insgesamt ausgebaut werden mit einem Gesamtvolumen von 35 Mio. cbm.

Ähnliche Kavernen gibt es für Erdgas. Auch sie liegen vor allem im nordwestlichen Niedersachsen, in Oldenburg und Ostfriesland, die größten davon bei Nüttermoor (Leer) und Huntorf (Wesermarsch). Sie liegen in unmittelbarer Nähe reichhaltiger Erdgasvorkommen. Die beiden Kavernen in Nüttermoor und Huntorf werden gegenwärtig vergrößert. Die Energieversorgung Weser-Ems (EWE), einer Tochtergesellschaft der Preußenelektra, welche wiederum zu 86,5% in den Händen des staatseigenen Veba-Konzerns ist, hat eigens zum Ausbau dieser Kavernen zum Jahresbeginn die Stom- und Gaspreise erhöht. Die Anstrengungen des westdeutschen Imperialismus sind an der Geschwindigkeit des Ausbaus der Kavernen zu erkennen. Ende 1977 sollten in Huntorf 100 Mill. cbm Gas lagern, das ist fast eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Von 1975 auf 1976 wurden die Reserven um fast 30% gesteigert.

Es sind unmittelbare Vorbereitungen auf den Krieg, die die Imperialisten zu diesen Maßnahmen treiben. Die Vorratspflicht für Öl wurde durch Bundesgesetz von 60 auf 90 Tage erhöht. Daß sich die Bourgeoisie davon größeren Nutzen verspricht, kann man an folgendem Zitat aus einer Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums erkennen: „Mit Hilfe dieser Vorratshaltung wäre die Versorgung selbst bei völligem Lieferausfall für mehr als drei Monate gesichert. Da aber auch in schweren Krisensituationen nicht damit gerechnet werden kann, daß alle Ölhähne gleichzeitig zugedreht werden, sichern uns diese Vorräte tatsächlich auf Monate, wenn nicht Jahre hinaus ab."

Daß das Spekulationen der Kapitalisten bleiben, dafür wird die Arbeiterklasse sorgen. – (N-Red.)

Constructa 1978: Das stimmt die Bauindustrie „vorsichtig optimistisch"

Hannover. Am letzten Tag seiner Amtsgeschäfte als Bundesbauminister eröffnete Ravens am letzten Mittwoch die „Constructa 78". „Die Bauwirtschaft blickt in diesen Tagen gespannt nach Hannover, die Stimmung der Bauwirtschaft wird als ‚vorsichtig optimistisch' bezeichnet. Der schwierige Prozeß der Anpassung und Umorientierung ist im gesamten Wirtschaftsbereich weit vorangeschritten." (Nieders. Wirtsch. 3/78).

Die Bourgeoispresse bemüht sich zu verbreiten, es ginge um „Verbesserung der Wohnqualität" für die Massen: „Wir wollen nicht nur Wohnungen bauen, sondern bewohnbare Städte schaffen" (Ravens). Es interessiert die Baukapitalisten, daß die Regierung zügig weitere Maßnahmen und Gesetzesinitiativen ergreift, für die Kapitalanlage im Bausektor hohe Profite in Aussicht stellt – gleichzeitig loten sie ihre Stellung in der Konkurrenz untereinander und gegenüber dem Baukapital des Auslands aus.

Baupräsident Brunner in seiner Eröffnungsrede: „... besonders drastisch ist die Reduzierung des Anteils der staatlichen Aufwendungen für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand; (...) Die vom Bundesforschungsministerium für die Entwicklung von Solaranlagen zur Verfügung gestellten Fördermittel von jährlich 55 Mio. für die nächsten vier Jahre reichen nicht aus" (HAZ, 16.2.). Frankreich wende dafür jährlich 150 Mio., die USA 700 Mio. DM auf. Den starken Einbruch im Mietwohnungsbau führt er auf die Mietgesetzgebung zurück, „vergeblich warte man auf die Lösung des Problems fehlbelegter Sozialwohnungen."

Staatliche Förderung und Hilfe verlangt das Baukapital unter Hinweis auf die schärfere Konkurrenz auf den Auslandsmärkten, wo den BRD-Baukapitalisten innerhalb von zwei Jahren eine Ausweitung ihrer Marktanteile um mehr als 100% auf 12,3 Mrd. DM bis 1976 gelungen ist und im Durchschnitt Profitsteigerungen von 28% im letzten Jahr. Bauaufträge in großem Umfang, rasche Durchsetzung des Energieprogramms – Beseitigung aller Hindernisse, die einer Ausweitung der Bauaufträge im Wege stehen oder die Rendite auf dem Wohnungsmarkt einschränken könnten.

Für die Dringlichkeit und Berechtigung der Interessen des Baukapitals verweist Brunner auf die 450000 wegrationalisierten Bauarbeiter seit 1972; es könnten auch mehr werden, soll das heißen. Der Bundeskanzler hat für diese Probleme Verständnis: „Heutzutage kann kaum noch eine Stadt oder ein Land oder der Bund eine neue Straße bauen oder eine neue Bahnstrecke ..., ohne daß man sich alsbald vor Gericht in endlosen Verfahren wiederfindet ... dem müssen wir entgegentreten" und „gemeinsam den Kampf um sichere Arbeitsplätze führen."

Ravens, entschiedener Verfechter des von der Schmidt-Regierung vorgelegten „Energiesparprogramms" versicherte auf der Constructa, daß die Regierung auch die künftigen Mittel bereitstelle. „Künftig stehen Stadterneuerung und Modernisierung im Vordergrund. Rund 10 Mio. Wohnungen der Bundesrepublik sind modernisierungsbedürftig ..., das jetzt erreichte Niveau der Bauwirtschaft müsse erhalten bleiben, um die Aufgaben der Zukunft zu lösen". Einen Tag drauf sprachen die Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein „sich übereinstimmend für eine Verminderung der investitionshemmenden Vorschriften" aus (Berichte vom Tage, 16.2.).

Albrecht will der Bundesregierung eine Liste von Regelungen als Grundlage für Änderungen vorlegen. Innenminister Titzck, Schleswig-Holstein, hat bereits Vorschläge zur Vereinfachung des Baurechts vorgelegt, u.a. Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren, leichtere Änderungsmöglichkeiten von Bebauungsplänen, Verzicht auf Rohbau- und Schlußabnahme bei Einfamilienhäusern, Verkürzung der Einspruchsfristen. Querelen, wie es sie gegenwärtig im Bremer Senat um die Standortentscheidung für eine Niederlassung des Daimler-Konzerns gibt, wo Bäume, ein Sportplatz, breite Bewässerungsgräben, ein Tankstellenbesitzer und ein Landwirt im Wege stehen, soll es nicht mehr geben: Beschlagnahme und fertig! Beschäftigung der Gerichte statt Bau weiterer Kernkraftwerke kostet Platzvorteile und Profite.

Im Grundsatz sind sich Ravens und Albrecht einig, die imperialistische Expansion und die Vorbereitung auf den Bürgerkrieg mit der westdeutschen Arbeiterklasse und den imperialistischen Krieg erfordern die Verbarrikadierung aller Einrichtungen der Bourgeoisie in den Städten, Stromsperren für die Massen und Energievorräte für die Kapitalisten, Hebel für einheitliche und weiträumige Planung zur Sicherstellung der Transportwege. Um das durchzusetzen, macht die Bourgeoisie in Sorge um „die wohlige Wärme daheim", „Nutzung der umweltfreundlichen Sonnenkollektoren" und will den Einbau von Doppelfenstern, Wärmeplatten usw. zu drastischen Mieterhöhungen erzwingen. Ausplünderung und Kontrolle, Spaltung der politischen Kämpfe gegen das Energieprogramm und gegen die Kriegsvorbereitungen sind die politischen Absichten. – (N-Red)

Mit 4% weiter in den Lohnabbau?

Die Tarifkommission der IGM trägt die Verantwortung für die weitere Entwicklung

Kurt Herb, Verhandlungsführer der IGM im Stahltarifkampf, hat einem Schlichtungsergebnis von 4% für die Stahlindustrie zugestimmt. Macht die Große Tarifkommission der IG Metall diesen Abschluß mit, dann trägt sie nicht nur die Verantwortung für weitere Lohnsenkung in der Stahlindustrie, dann verspielt sie auch den Erfolg, den die Hafenarbeiter in ihrem Streik für die ganze Arbeiterklasse erstritten haben. Auch die Stahlarbeiter können streiken und brauchen sich nicht den Absichten der Stahlkapitalisten beugen. Nicht umsonst hat Minister Farthmann gesagt, „er sei vor allem froh, daß mit diesem Ergebnis ein Arbeitskampf vermieden werde, der ‚unabsehbare politische Risiken' in sich geborgen hätte".

Die Verhandlungskommission der IG Metall hat es verstanden, den Erfolg der Hafenarbeiter einerseits auszunutzen für ihren traurigen Abschluß und ihn gleichzeitig kaputtzumachen. Es ist offensichtlich, daß die Stahlkapitalisten ohne Streik noch nicht einmal den 4% zugestimmt hätten, wenn sie nicht bei den Hafenarbeitern gesehen hätten, wie wirksam die Arbeiter den Kampf für den Lohn zu führen wissen. Der Verhandlungsführer der Stahlkapitalisten Weisweiler macht gar kein Geheimnis daraus, welche Bedeutung der Streik der Hafenarbeiter und die Warnstreiks der Stahlarbeiter für sie hatten. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Kapitalisten ihr Verhandlungsziel erreicht hätten, antwortete er in den ARD-Nachrichten: „Nein, wir waren ganz zweifellos der Meinung, daß wir niedriger abschließen sollten, aber wir haben diesem Vermittlungsvorschlag des Herrn Ministers zugestimmt. Wir standen schließlich vor der Frage, ob wir diesen Vorschlag ablehnen sollten und damit einen Arbeitskampf auslösen sollten, und wir haben uns angesichts dieser Frage und der Tatsache, daß inzwischen auch andere Tarifabschlüsse in der Vergangenheit gemacht worden sind und Daten gesetzt haben, angesichts dieser Tatsache haben wir uns entschlossen, diesem Vermittlungsvorschlag zuzustimmen."

Vier Prozent, das sind für die meisten Stahlarbeiter netto noch keine 40 Mark, die Erhöhung der Zulagen mitgerechnet. Ermutigt durch eine Zustimmung der Tarifkommission zu diesem Abschluß kann dann Ehrenberg mit um so größerer Hoffnung darangehen, die Zulagen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit versicherungspflichtig zu machen und zu versteuern. Vier Prozent Abzug würde diese Ausdehnung der Beitragspflicht im Durchschnitt bedeuten. Sind also die vier Prozent Erhöhung auch nur dazu gedacht, in Ehrenbergs Kasse zu landen, damit die Versicherungskasse bei gleichzeitiger Rentenkürzung den Kapitalisten wieder mehr Versicherungsgelder als Kapital zur Verfügung stellen kann? Janzen, vom Hauptvorstand der IG Metall, hat sich bereits für den geplanten Ehrenberg-Raubzug ausgesprochen.

Selten hat eine Tarifkommission eine so wichtige Entscheidung zu treffen gehabt wie die Tarifkommission der IG Metall am Montag. Wird der durch den Streik der Hafenarbeiter erfolgreich begonnene Kampf fortgesetzt, um den dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre einen Riegel vorzuschieben, oder stellen sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Tarifkommission den Arbeitern dabei direkt in den Weg? Nimmt die Tarifkommission das Schlichtungsergebnis an, dann wird es in der Metallindustrie nochmal schwerer, einen ausreichenden Abschluß mit einem Mindestbetrag durchzusetzen. Der Tarifkampf im öffentlichen Dienst würde isoliert.

Die Tarifkommission kann sich nicht herausreden auf die besondere Lage in der Stahlindustrie. Besonders ist, daß die Stahlkapitalisten den Tariflohn der Stahlarbeiter bereits seit Jahren besonders heftig drücken. Sie konnten das, weil Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in dieser Industrie zum Normalzustand geworden sind. Profite haben die Stahlkapitalisten in den letzten Jahren mehr als genug gemacht. Geld für Lohnerhöhungen ist da. Das zeigen schon die Dividende der Stahlindustrie und die weiter geplanten Rationalisierungsinvestitionen. Eine weitere Besonderheit ist, daß sich die Stahlkapitalisten mit Hilfe der Montanmitbestimmung und der Arbeitsdirektoren direkt in die Gewerkschaft eingekauft haben. Das kostet die Stahlarbeiter Tarifkampf für Tarifkampf.

Wenn die Tarifkommission dem Schlichtungsergebnis zustimmt, dann stellt sie sich angesichts der von den Kapitalisten geplanten Exportoffensive auf die Seite der westdeutschen Stahlkapitalisten und der Regierung und fällt den Stahlarbeitern in Westdeutschland, der ganzen westdeutschen Arbeiterklasse und dem internationalen Proletariat in den Rücken. Kann sein, daß es der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften noch einmal gelingt, den Kampf der Stahlarbeiter zu unterdrücken. Vermeidbar wird dadurch der Kampf keineswegs. Der Versuch der Klassenversöhnung zahlt sich einzig und allein für die Kapitalisten aus. Einen neuen Beweis braucht es nicht. Etwas anderes weiß man auch: 3% weniger Lohnerhöhung kosten die Mitbestimmung und die Arbeitsdirektoren die Stahlarbeiter zur Zeit. Das sind rund 181 Millionen für 1978, wenn man die Lohnsumme von '77 der Berechnung zugrundelegt. Und 3%, die Differenz von 4 auf 7%, bringt gegenwärtig ein einwöchiger Streik. Das lohnt sich unbedingt. – (Z-Red.)

Lehrlinge bei P & S gegen Provokation der Stahlkapitalisten

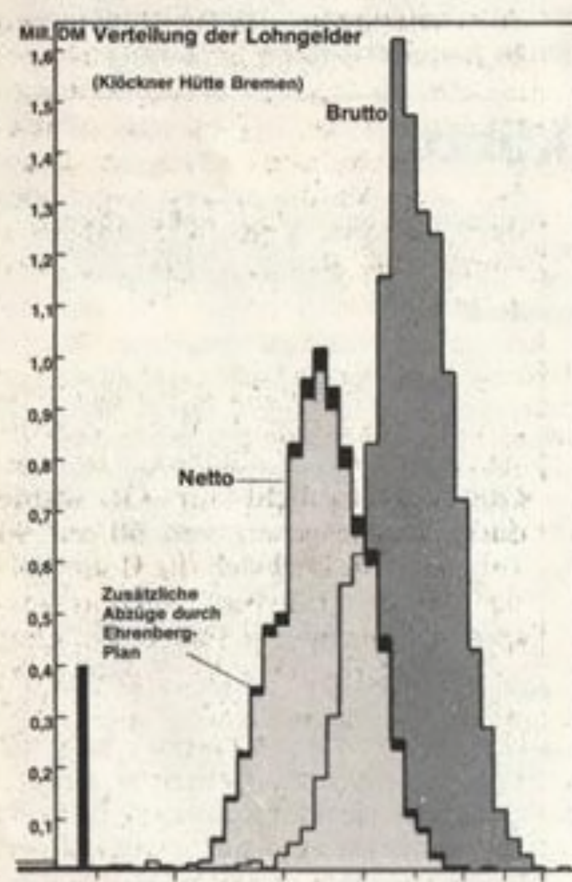
Auf einer der vier Jugendversammlungen am 17.2. verabschiedeten ca. 100 Lehrlinge aus dem Werk Salzgitter folgende Erklärung an den P & S-Vorstand: „Wir protestieren gegen die vom Vorstandsvorsitzenden Adams angekündigte Lohnsenkung. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß bisher kein Angebot gemacht wurde. Wir meinen, daß alle Kollegen die 7% mindestens brauchen. Darüberhinaus sind wir der Auffassung, daß für die Auszubildenden kein Angebot unter 50 DM drin liegt. Sonst sind wir dafür, daß die Verhandlungen abgebrochen werden." Einig waren sie sich, daß nur durch Streik die eigenen Interessen durchgesetzt werden können. So sind die Vertrauensleute beauftragt worden, am 19.2., dem Tag nach der nächsten Tarifverhandlung, eine Sitzung einzuberufen, um die nächsten Kampfschritte zu beraten.

Ehrenbergs neueste Lohnraubpläne

Schon Ende 1977 erklärte Ehrenberg im Süddeutschen Rundfunk, besonders unbefriedigend sei es, daß bis zu einem Drittel der Löhne der Stahlarbeiter nicht sozialversicherungspflichtig sei. Keine generelle Beitragserhöhung der Sozialversicherungen sei vorerst geplant, aber Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sollen künftig abgabenpflichtig sein, kündigte er an. Berechnet hat Ehrenberg, daß sich mit diesem Coup an die 2 bis 3 Milliarden DM Lohngelder in erster Linie von den Conti-Schichtarbeitern aus der Stahlindustrie einstreichen lassen.

Die niedrigen Tarife in der Stahlindustrie zwingen die Arbeiter zur Mehrarbeit in der Nacht, an Sonn- und Feiertagen. Ohne den Lohn für die Mehrarbeit und die Zulagen ist mit dem Lohn von durchschnittlich 1400 DM nicht auszukommen. Der Ehrenbergsche Plan bedeutet für jeden Stahlarbeiter bei Klöckner Bremen einen Lohnabzug von rund 80,10 DM zusätzlich zur Lohnsteuer und den Sozialversicherungsabgaben. Bezogen auf die gesamte Nettolohnsumme bei Klöckner von Mai 1977 bedeutet der Ehrenberg-Plan eine Lohnsenkung von über 4%.

Aus: Materialblatt zur Lohnbewegung in der Stahlindustrie, Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Auflage: 20000, verteilt an die Stahlarbeiter am 16. und 17.2.78)



Streiks in der Metallindustrie



Vor dem Verhandlungsgebäude in Hannover demonstrieren über 250 Metallarbeiter ihre Entschlossenheit, die dauernden Lohnsenkungen nicht hinzunehmen.

Hamburg. Im Fahrzeugwerk der Firma Still haben die Arbeiter vom KIII-Band an eine Gitterpalette ein Schild gehängt, auf dem steht: „Gestern Hafen – morgen wir – Volle Durchsetzung der 8%!". Es hängt da immer noch.

Hannover. Im Anschluß an die Frühstückspause wurde in allen Werkstätten bei Hanomag 20 Minuten bis zu 40 Minuten gestreikt.

Hannover. Am 16. Februar fand in Hannover die dritte Verhandlung im Tarifbezirk Niedersachsen statt. Am Vormittag, nach der Frühstückspause, wurden in 10 hannoveranischen Betrieben von acht- bis zehntausend Metallarbeitern Warnstreiks durchgeführt.

Gestreikt wurde für eine halbe Stunde unter anderem bei Hanomag, Varta und Siemens.

Bei Hanomag-Perkins bekamen die Meister von den Geschäftsleitung den Auftrag, den Streik zu unterbinden, indem die Namen der Streikenden aufgeschrieben werden sollten. Die Geschäftsleitung gab kurz vor Feierabend bekannt, daß allen eine halbe Stunde Lohn abgezogen wird. Um 15.30 Uhr fanden sich vor dem Verhandlungsgebäude, dem Hotel Kronsberg, über 250 Metallarbeiter ein, darunter Betriebsräte und Vertrauensleute von den großen Betrieben in Hannover (VW), zu einer Kundgebung gegen das 3-%-Angebot. Die Verhandlungen wurden unterbrochen. In Sprechchören wurde gerufen: „Verhandeln, das bringt uns nicht weiter, wir machen's wie die Dockarbeiter!" „Von Schmücker, Schmidt und den fünf Weisen lassen wir uns nicht mehr bescheißen!" „3 Prozent, das ist ein Hohn, wir brauchen 7,8% mehr Lohn!".

Grußadressen an die Kundgebungsteilnehmer gegen das 3-%-Angebot der Metallkapitalisten wurden von folgenden Betrieben verlesen:

Vertrauensleute und Betriebsrat von Hanomag-Perkins und Hanomag-Henschel, Gildemeister, Telefunken, BBC, Varta, Schörling, IG-Metall-Mitglieder von Wohlenberg und von einem Lehrgang der Volkshochschule Springe.

Wagner, Bezirksvorstandsvorsitzender, wies das 3-%-Angebot der Metallkapitalisten zurück. Er betrachtet das als Provokation. Nach der Kundgebung wurden die Verhandlungen mit den Metallkapitalisten weitergeführt. Sie wurden am Abend ohne Ergebnis bei einem 3-%-Angebot der Metallkapitalisten abgebrochen.

Osnabrück. Am 15. Februar fand bei Klöckner eine Vertrauensleutesitzung statt, die kurzfristig von einem Tag auf den anderen einberufen wurde. Es ging um die von den Klöckner-Kapitalisten geplanten 460 Entlassungen in beiden Werken. Der Betriebsratsvorsitzende gab einen Bericht über die beabsichtigten Maßnahmen. Die Sitzung dauerte gut eine Dreiviertelstunde. Ein Vertrauensmann sagte danach: „Die sollen doch den Laden auflösen, es stand doch viel besser in dem Blatt." (Er meinte die Betriebsausgabe Klöckner Osnabrück und Georgsmarienhütte der Kommunistischen Volkszeitung.) Ein Betriebsrat, angesprochen, was denn jetzt passieren soll, sagte: „Erst einmal abwarten. Wir wollen einen detaillierten Plan, zu dem man was sagen kann." Es soll also wieder abgewartet werden. Diese Taktik haben die Sozialdemokraten bereits im letzten Jahr praktiziert. Die Klöckner-Kapitalisten machen weiter Druck. So wird jetzt genau auf die Einhaltung der Arbeitszeit und der Pausen geachtet. Trotz der geplanten Entlassungen werden die Sonderschichten im Stahlwerk und Überschichten vor allem in der Vergüterei gefahren.

Dillenburg. Der Vertrauensleutekörper der Stahlwerke Südwestfalen, Werk Dillenburg, hat in einem Telegramm in der letzten Woche den Hauptvorstand der IG Metall aufgefordert, sofort die Urabstimmung für Streik einzuleiten.

Hannover. An fast allen Bändern der Fertigmontage bei VW wird über das 3-%-Angebot der Metallkapitalisten diskutiert und wie man einen Warnstreik durchführen kann. Er soll als Versammlung nach der Pause durchgeführt werden. Dies wird auch von Betriebsräten und Funktionären der IG Metall unterstützt. Ziel des Warnstreiks soll sein, Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung und Streik durchzusetzen.

Wolfsburg. Auf der Vertrauensleutesitzung Halle 12 Schicht 1 von VW wurde vom Betriebsrat bekanntgegeben, daß die nächsten Tarifverhandlungen am 24. und nicht am 26. Februar stattfinden.

Gegen dieses Hinauszögern gab es Proteste von Vertrauensleuten, die sagten, daß man bei VW nicht warten dürfe, weil sicher genauso schnell wie in den Häfen ein ausreichendes Ergebnis erstreikt werden könne.

Dortmund. Die in der IG Metall organisierten Kfz-Schlosser fordern eine Lohnerhöhung von 9% ab 1. Februar. Auf der Branchenversammlung für die in der IG Metall organisierten Kfz-Schlosser in Dortmund und Lünen (etwa 1800 Organisierte) erklärten die Anwesenden, daß sie für die Durchsetzung der Lohnforderung zum Streik bereit seien.

Essen. Falls am 16. Februar nicht mehr als 4,75% von den Kapitalisten angeboten werden, sind Kampfmaßnahmen erforderlich, erklärten die gewerkschaftlich organisierten Kfz-Schlosser.

Köln. Kurz vor der dritten Verhandlungsrunde im Kfz-Handwerk in Nordrhein-Westfalen am 16. Februar hat es erste Warnstreiks in Kölner Kfz-Werkstätten gegeben. So bei Fleischhauer (VW) in Mülheim.

Wolfsburg. Die Arbeiter der Firma Schubert, die für VW Wolfsburg Elektroinstallationen durchführt, haben nach dem 4,6-%-Abschluß im Metallhandwerk Niedersachsens eine Betriebsversammlung durchgeführt, um von ihrem Kapitalisten eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 87 Pfennig pro Stunde zu fordern. Der Kapitalist zahlte sofort. Die Arbeiter konnten ausnutzen, daß er zur Zeit viele Aufträge von VW hat und in der Klemme sitzt, wenn er sie nicht einhalten kann.

Sindelfingen. Am Donnerstag, dem 16. Februar, haben die Arbeiter bei Daimler-Benz in Sindelfingen zwischen einer und drei Viertelstunden gegen das 3,5-%-Angebot der Kapitalisten gestreikt.

Kfz-Handwerk: Das „neue" Angebot der Kapitalisten wird von den Arbeitern abgelehnt

Bochum. Am 16. Februar waren erneut Verhandlungen zwischen der IGM (Kfz-Branche) und den Kapitalisten der Kfz-Branche. Die Kapitalisten machten ein „neues" Angebot von 6,2 Prozent ab 1. März. Das entspricht genau den 4,65 Prozent auf das Jahr gerechnet, die die Kapitalisten schon einmal angeboten haben. Aus den Betrieben sind Telegramme an die Tarifkommission gegangen, daß die Grundlage für die Verhandlungen die beschlossene Forderung von 9 Prozent bleibe. Nach Bekanntwerden des Kapitalistenangebots bei Ford Fischer in Bochum haben die Arbeiter den Betriebsrat verpflichtet, die Verhandlungskommission anzurufen, daß auf keinen Fall zugestimmt werden darf. Laut IGM hat es keine Einigung gegeben und sollen die Verhandlungen weitergeführt werden.

Österreichische Stahlkonzerne verschärfen Ausbeutung

Die ORF-Nachrichten (Österreichischer Rundfunk) vom 17. Februar berichteten von Stillegungen des Stahlkonzerns VÖEST-Alpine in der Steiermark. Mehrere Werke, in denen an die 1500 Arbeiter beschäftigt sind, sollen stillgelegt werden oder „werden vom Markt her ihr Ende finden", wie der Generaldirektor von VÖEST im ORF sagte. Die Arbeiter sollen entweder durch „natürliche Fluktuation", „frühzeitige Pensionierungen" entlassen oder nach Planungen der VÖEST in später neu aufzubauenden Werken unterkommen. Bei diesen Stillegungen handelt es sich um Konzentrationsbewegungen innerhalb der österreichischen verstaatlichten Stahlkonzerne, die ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Stahlmarkt durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter durchsetzen wollen.

Seit Monaten wird in Österreich ein wüstes Rationalisierungsprogramm durchgeführt, Sanierungsprogramme „zur Rationalisierung und Modernisierung der Produktion". Die österreichischen Stahlimperialisten waren angesichts der EG-Maßnahmen zur Festsetzung der Stahlmindestpreise aufgescheucht. 48% der österreichischen Stahlexporte gehen in die EG. Die österreichischen Stahlimperialisten waren in den letzten Monaten durch den scharfen Konkurrenzkampf auf dem Weltstahlmarkt von ihren Konkurrenten geschlagen worden, vor allem von Italien. Gleichzeitig sind sie selbst darum bestrebt, unter den EG-Preisen auf dem EG-Markt zu verkaufen.

Fürchteten sie durch die EG-Maßnahmen eine Einschränkung ihres Exports und sind schon „Stimmen nach Gegenmaßnahmen laut geworden", so sind die österreichischen Stahlkonzerne mit der EG-Preispolitik auf dem Stahlmarkt doch einverstanden, weil in erster Linie *ihre* Konkurrenten getroffen werden. Gegenwärtig wollen sie erreichen, daß die österreichische Stahlindustrie bis zu 4% unter dem EG-Mindestpreis ihre Produkte verkaufen kann auf dem EG-Markt.

Die Hauptkonkurrenten der Österreichischen Edelstahlwerke (VEW) sind die Japaner und Koreaner. Dieser Konzern führt gegenwärtig ebenfalls ein riesiges Rationalisierungsprogramm durch. Vor Wochen fand ein „Krisengespräch in Karpfenberg" zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat statt. Herausgekommen ist folgendes: „Ab sofort gilt im Unternehmen für Arbeiter und Angestellte ein lückenloser Aufnahmestopp, zunächst für sechs Monate. Zweitens werden die Überstunden reduziert (Halbierung der Lohnkosten, indem nur noch die Zuschläge ausbezahlt werden, während der Rest durch Zeitausgleich abgegolten werden soll), drittens wird der Vorstand die Möglichkeit prüfen, gemeinsam mit den zuständigen Bundesstellen das Pensionierungsalter im Unternehmen bei männlichen Mitarbeitern auf 59 Jahre, bei weiblichen Mitarbeitern auf 54 Jahre zu reduzieren. Viertens haben wir mit dem Zentralbetriebsrat vereinbart, daß im Jahre 1978 alle Belegschaftsmitglieder, beginnend von den Vorstandsmitgliedern bis hinunter zu den kleinen Angestellten und Arbeitern, alle zehn Tage unbezahlten Urlaub haben sollen." (ORF-Interview mit VEW-Direktor).

Dieses Programm der Lohnsenkungen und Zwangspensionierungen wird noch durch Kurzarbeit unter dem Titel „Schulungen" verstärkt. Das entspricht einem Programm, das die VÖEST-Alpine schon seit Monaten durchführt. Es ist vor Tagen von einer Betriebsrätekonferenz von einem Teil der sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte angenommen worden. Sie „halten diese Maßnahmen für vertretbar". Elf Betriebsräte haben dagegen gestimmt, ca. 100 sich enthalten. „Gegen die vom Konzern geplanten ‚Strukturverbesserungsmaßnahmen' gab es im Laufe der Betriebsrätekonferenz heftige Proteste", schreibt der „Klassenkampf", Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs.

Weitere solche Maßnahmen sind auch bei den VÖEST-Alpine-Werken in Vorbereitung. Wichtiges Mittel zur Steigerung der Ausbeutung sind Nacht- und Schichtarbeit. Nach Berichten aus dem Hauptwerk der VÖEST-Alpine wird die Ausbeutung dort ungeheuer gesteigert. Die Schichten werden meist unter dem Vollstand gefahren, es gibt keinen Reservestand mehr, meist sind nur zwei Springer im Einsatz, wie zum Beispiel an den Walzstraßen. Dauernde Lohnsenkungen, Nacht-, Schicht- und Akkordsystem, die österreichischen Arbeiter sollen die Konkurrenzschlachten der imperialistischen Konzerne mit ihrem Schweiß tragen. Lohnkämpfe in fast allen Schlüsselindustrien stehen bevor. Die Sozialdemokraten sind es, die diese Rationalisierungsprogramme durchsetzen wollen und auch die Forderung der Kapitalisten nach Lohnverzicht durchzusetzen versuchen. Ein harter Kampf steht bevor. – (Korrespondentenbericht Wien, 18.2.1978)

Schweigepflicht zur Vertuschung von Gasbrand

Heidelberg. Am 13. Januar wurde in der Orthopädischen Klinik ein Mann mit einem geschlossenen Oberschenkelbruch operiert. Der Zustand des Mannes verschlechterte sich in der folgenden Nacht. Er wurde auf Alkoholdelirium behandelt und dann in die Uniklinik verlegt. Die Pfleger und Schwestern vermuteten Gasbrand. Der Arzt meinte: Gasbrand gibt es nicht mehr. Am 16. Januar starb der Mann an Gasbrand. Gasbrand ist eine gefährliche Infektion, die man aus Kriegszeiten kennt. Sie tritt auf, wenn unsauber gearbeitet wird oder Dreck in die Wunde kommt. Erst am 16. Januar wurde der OP geschlossen, die Operationen vom Vormittag sind alle noch gemacht worden in der Orthopädie. Ein weiterer Verdacht bei einem Mädchen trat auf. Die Behandlung ist nur in speziellen Sauerstoffdruckkammern möglich. Als man sie verlegen wollte, stellte sich heraus: in Mainz hatte man zwar eine Kammer, aber das Personal war nicht ausgebildet worden dafür. In Freiburg war das Personal da, aber die Kammer war kaputt. Erst in Würzburg konnte der Fall behandelt werden. Ist es erstaunlich, wenn in der Krankenpflegeschule zur Zeit das Kapitel „Schweigepflicht" behandelt wird?

GdED Nürnberg weist die Äußerungen Reschkes zurück

Nürnberg. In den 12 großen Dienststellen der Bundesbahn in Nürnberg arbeiten rund 11000 Beschäftigte. In Briefen und Resolutionen haben sie gegen die Äußerung des DB-Vorstandsmitglieds Reschke, daß die Forderungen der Beschäftigten bei der Bundesbahn zu hoch seien, protestiert. Das Bahnbetriebswerk Nürnberg Hauptbahnhof schrieb in einem Brief:

„Die über 1000 Beschäftigten des Bahnbetriebswerks sind empört und zugleich entsetzt über das Verhalten des Bundesvorstandsmitgliedes Hans-Hermann Reschke."

Die Nürnberger Gewerkschaftsmitglieder unterstützen die Forderung des Hauptvorstandes der GdED, der Reschke nachdrücklich auffordert, sich bei den Eisenbahnern zu entschuldigen.

Hafenkapitalist Busse versucht vergeblich Streikposten loszuwerden

Der Hafenkapitalist Busse hatte noch während des Hafenarbeiterstreiks den ÖTV-Vertrauensmann Dibbern entlas-

Hafenkapitalist Busse versucht vergeblich Streikposten loszuwerden

Der Hafenkapitalist Busse hatte noch während des Hafenarbeiterstreiks den ÖTV-Vertrauensmann Dibbern entlas-
sen, der als Streikposten nachprüfen wollte, ob bei der Firma Busse gearbeitet wird.

Sogleich verwies ihn der Betriebsleiter des Geländes und Dibbern hatte dann versucht, über den Zaun in das Werksgelände einzusehen. Wenige Stunden später bekam er die fristlose Kündigung – der Kapitalist hatte festgestellt, daß ihm auch das Gelände außerhalb des Zaunes gehört und daraus einen Fall von unerlaubtem Betreten von Privateigentum konstruiert.

Am 9. Februar mußte das Gericht für den Vertrauensmann entscheiden, der eine einstweilige Verfügung gegen den Kapitalisten für sofortige Weiterbeschäftigung erreicht hatte: „Nun für mich ist es natürlich wichtig, daß ich so schnell wie möglich wieder in den Betrieb komme – außerdem war ich Sprecher der Kollegen" (Dibbern im Nordschaumagazin vom 10. Februar).

Erst am 17. Februar gelang es ihm jedoch wieder in die Firma reinzukommen – unter dem fadenscheinigen Vorwand, die Post habe die einstweilige Verfügung des Gerichts noch nicht zugestellt, hatte der Kapitalist die sofortige Weiterbeschäftigung verzögert. Die Kapitalisten versuchen, ihre Niederlage im Lohnkampf durch verschärfte Unterdrückung gewerkschaftlicher Freiheiten wettzumachen, sie stiften erneut Unruhe und wollen einschüchtern. Das mit der Unruhe ist ihnen zwar gelungen, durchsetzen konnten sie ihre Interessen aber nicht.

Der Arbeitsgerichtstermin, wo in der Sache entschieden wird, ist noch nicht bekannt. Die Hafenarbeiter werden dieses Verfahren vor dem bürgerlichen Gericht aufmerksam verfolgen – wie immer diese Entscheidung dann aussieht, eine Entlassung werden sie sich nicht bieten lassen.

Arbeitsämter wollen gesetzliche Urlaubsschranken einreißen

Wuppertal. Die Arbeitsämter Wuppertal-Velbert wollten für eineinhalb Jahre Dauer eines Umschulungskurses der Metallverarbeitung ganze 15 Tage Urlaub zugestehen. Daß sie damit einverstanden waren, mußten die Schüler der Gemeinschaftslehranstalt Velbert vor Kursantritt unterschreiben. Diese Senkung des Urlaubsanspruchs selbst unter den gesetzlichen Mindesturlaub stößt auf großen Widerstand. Für manche bedeutet sie drei Jahre keine ausreichende Reproduktionsmöglichkeit. Bis September 1977, dem Kursbeginn, hatten längst nicht alle den vollen Urlaub gehabt. Im Jahr 1978 waren es gerade die drei Wochen, und 1970 ist der früheste Arbeitsbeginn ab April, d.h. wieder nur Anspruch auf drei Viertel eines Jahresurlaubs. Die Umschüler schrieben einen Brief ans Arbeitsamt, in dem sie die Angliederung an den Tarifvertrag Metall für richtig erklären und auf ihrem gesetzlichen Mindesturlaub bestehen. Das Arbeitsamt mußte daraufhin zwischen Weihnachten und Neujahr 1977/78 und 78/79 Urlaub geben, was insgesamt 7 Arbeitstage sind. Es fehlen aber immer noch fünf Tage, die man sich erkämpfen muß.

„Ihr freßt, was auf den Tisch kommt!

Aufbereitung des „neuen Fisches"

„Hering überfischt". „Die deutschen Verbraucher werden sich umstellen müssen". Diese Verfügung kommt aus dem Hause Oetker oder Unilever, wahrscheinlich beiden. Es sind die führenden Lebensmittelkon-



Ob Fisch oder Fleisch, was die Bourgeoisie frißt ist gut und teuer

zerne in der Fischfabrikation. Die Herrschaften haben Sorgen, die wir zahlen sollen. Sie gelten nicht dem Fisch oder etwa der Frage, ob er uns in Zukunft weiter ausreichend zur Verfügung stehen wird. Mit Hering und Ölsardine wird der erlesene Gaumen eines Dr. Oetker sowieso kaum in Berührung kommen. Die vornehme Umschreibung der „Überfischung" des Herings meint die maßlose Raub- und Profitgier der Imperialisten, von denen behutsamer Fischfang, der auf ausreichenden Nachwuchs achtet, sowieso schon einmal zuviel verlangt ist. Was für sie zählt, ist allein das Geschäft, bedenkenloser Raubbau an den Schätzen des Meeres ist das Ergebnis: während es vor 10 Jahren in der Nordsee noch 1,5 Millionen Tonnen Hering gab, stehen zur Regenerierung der Bestände heute nur noch 150000 Tonnen zur Verfügung. Die Sozialimperialisten

des Meeres ist das Ergebnis: während es vor 10 Jahren in der Nordsee noch 1,5 Millionen Tonnen Hering gab, stehen zur Regenerierung der Bestände heute nur noch 150000 Tonnen zur Verfügung. Die Sozialimperialisten

sind gegenwärtig dabei, täglich 600 Tonnen Fischmehl aus Nordmeer-Kabeljau, einem Speisefisch bester Qualität, machen zu lassen, weil ihnen der Fischmehlankauf aus Peru zu teuer geworden ist.

Seit die Länder der Dritten Welt ihre 200-Meilen-Zonen in den letzten Jahren für die Plünderung durch die Imperialisten Zug um Zug sperren und im letzten Jahr auch Island dicht gemacht hat, Großbritannien seine Wirtschaftszone von 12 auf 50 Seemeilen ausgedehnt hat, Dänemark und die DDR ihre Fischereigrenzen erweitert haben, läuft die Propagandamaschine der BRD-Imperialisten auf vollen Touren. Die Tatsache, daß die unterdrückten Völker Schutzmaßnahmen vor den Raubtierkrallen der Imperialisten verlangen und vornehmen, was die imperialistischen Länder wiederum in schärfere Konkurrenz gegeneinander treibt, bringt sie auf die Palme. „Versorgungsengpässe", „Fisch wird knapper und teurer", „Fisch bald nur noch seltene Delikatesse", krakeelen sie und verlangen „Disziplin vom Verbraucher". Was sie so aufbringt, ist, daß sie weitere Transporte und Erforschung und Anschaffung neuer Fangapparaturen und -techniken ins Auge fassen müssen. Das geht auf den Geldsack.

Also verordnen sie: „Die deutschen Hausfrauen werden sich an kleine Fische gewöhnen müssen." Woran sie dabei denken, ist, daß sie sich an Preissteigerungen und Qualitätsminderungen gewöhnen sollen. Das ist auch der eigentliche Sinn und Zweck der 18 Millionen-DM-Werbekampagne für „Sardinops" und Pilchard", den „neuen Fisch". Pilchard ist die englische Bezeichnung für Sardinen in Dosen, er kommt vor allem aus den Gewässern vor Peru und Marokko, der Sardinops aus Südamerika und Südafrika. Der Geschmack von „Surrogat" soll ihnen schon anhaften, er wird aber in den Fabriken von Unilever,

sen, er kommt vor allem aus den Gewässern vor Peru und Marokko, der Sardinops aus Südamerika und Südafrika. Der Geschmack von „Surrogat" soll ihnen schon anhaften, er wird aber in den Fabriken von Unilever,

Oetker etc. gebraut. Wir haben in der Fischfabrik Westfalia in Bremerhaven nachgefragt. Dort wird der Fisch im Akkord geschnitzelt. Frauen, die dort gearbeitet haben, haben uns erzählt, daß der Fischabfall, der früher ins Gammelfaß gekommen ist, jetzt in die köstliche Fischstäbchen- und Seelachsschnitzelproduktion eingeht. Wenn nicht genug Fisch da ist, werden Kopf, Schwanz und Gräten eingemantscht. Vorgekommen ist auch, daß ausgelaufener Essig wieder vom Boden aufgewischt und eingefüllt wurde, daß, als an einer Abfüllmaschine Gläser kaputtgingen, keine Zeit war, sie zu entfernen und dann wahrscheinlich irgendeinem Arbeiter den Gaumen aufgeritzt haben. Die Arbeiter werden angetrieben und gehetzt und sind so gezwungen, den letzten Ramsch zu produzieren. Die Lebensmittelbeanstandungen haben insgesamt in den letzten Jahren zugenommen. Da die Kontrolle staatlich organisiert ist, kann man ruhig nochmal das Doppelte und Dreifache zuschlagen, denn wenn es um die Lebensmittel der Massen geht, ist die Großzügigkeit der Bourgeois grenzenlos. Von 1971 bis 1976 ist die Zahl der Beanstandungen (bei Probenzahlen von 8400 bis 10000) von 1974 auf 2085 hochgegangen, das entspricht einer Steigerung von 18,8% auf 24,1%. Die Beanstandunggründe sind v.a.: verdorben (32,2%), verfälscht (18,2%) und irreführende Angaben (23,8%). Der stellvertretende Leiter der Landesanstalt für Lebensmittel-, Arzneimittel- und gerichtliche Chemie teilte uns auf Anfrage mit, daß keine neueren statistischen Daten mehr veröffentlicht würden, sie gingen jetzt nur noch an die Ministerien. Die Devise ist offenbar: Ihr freßt, was auf den Tisch kommt. – (N-Red.)



So wie in Hannover führte der Kommunistische Bund Westdeutschland in vielen Städten der Bundesrepublik am 18.2.78 Kundgebungen mit Foto-Ausstellung durch, um Geld für die Ausrüstung einer Kompanie für die Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe zu sammeln.

So wie in Hannover führte der Kommunistische Bund Westdeutschland in vielen Städten der Bundesrepublik am 18.2.78 Kundgebungen mit Foto-Ausstellung durch, um Geld für die Ausrüstung einer Kompanie für die Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe zu sammeln.

Strafgefangene fordern das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung

„Arbeit, arbeitstherapeutische Beschäftigung, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere dem Ziel, Fähigkeiten für eine Erwerbstätigkeit nach der Entlassung zu vermitteln, zu erhalten oder zu fördern. Die Vollzugsbehörde soll dem Gefangenen wirtschaftlich ergiebige Arbeiten zuweisen und dabei seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen berücksichtigen." (Strafvollzugsgesetz § 37)

Für einen Untersuchungsgefangenen in der Untersuchungsanstalt Siegen heißt das: drei Kästen in der Zelle. Einen mit Schraubenmuttern, einen mit Messingkugeln, einen mit Gummireifen. Messingkugel in die linke Hand. Mit der rechten Hand eine Gummischeibe aufschieben. Dann die zweite. Schraubenmutter draufsetzen, festschrauben. 2300 Teilstücke für Wasserhähne am Tag.

„Das ist das festgesetzte Arbeitsmaß, das er an einem Arbeitstage zu leisten hat. Dabei wird die mittlere Leistung eines gesunden und eingearbeiteten freien Arbeiters zugrundegelegt." (Dienst- und Vollzugsordnung)

Die Arbeit des gefangenen Arbeiters unterscheidet sich nicht von der eines „eingearbeiteten freien Arbeiters", der seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkauft, sofern er einen findet, der sie kauft. In der Gefängnisarbeit tritt der Zwangscharakter der Lohnarbeit am schärfsten hervor. In den Gefängnissen, aller gewerkschaftlichen und politischen Rechte beraubt, von ihren Klassenbrüdern gewaltsam getrennt, beschlagnahmt der bürgerliche Staat die Arbeitskraft der Arbeiter.

„Jeder zu Zuchthaus, Gefängnis, Strafarrest oder verschärfter Haft verurteilte Gefangene ist zur Arbeit verpflichtet . . . Der Ertrag der Arbeit fließt in die Staatskasse." (Dienst- und Vollzugsordnung)

Der Tagesverdienst des oben erwähnten Gefangenen beträgt vier Mark und 20 Pfennig. Die Gefangenen von 24 Stunden 23 ohne jeden menschlichen Kontakt einzusperren, zu wagen, ihnen einen Tag Arbeit mit 4,20 DM zu „entlohnen", kann der Staatsapparat nur unter äußerster Gewalt und Brutalität gegen den Willen der Gefangenen durchsetzen. Ein ganzes Arsenal von Sicherungsmaßnahmen und Hausstrafen haben die Folterknechte am Schreibtisch dazu ausgebrütet:

– *„Beschränkung oder Entziehung der Zellenbeleuchtung bis zu vier Wochen"*

– *„Hartes Lager bis zu einer Woche"*

– *„Entziehung des Bettlagers"*

– *„Entziehung der Bewegung im Freien"*

– *„Schmälerung der Kost oder Beschränkung der Kost auf täglich siebenhundert Gramm Brot und das übliche Getränk"*

– *„Beschränkung des Verkehrs mit der Außenwelt auf dringende Fälle bis zu drei Monaten, wenn der zu ahndende Verstoß damit in Zusammenhang steht."*

– *„Fesselung"* (Dienst- und Vollzugsordnung)

In Aussicht dieser hier unvollständig aufgeführten widerwärtigen Foltermethoden soll es dem Gefangenen als Glück erscheinen, sich für 4,20 DM am Tag in Anwendung der stupidesten Handgriffe ausbeuten zu lassen. Nicht arbeiten dürfen wird zur härtesten Strafe und vom Staatsapparat wohlweislich als Disziplinarmaßnahme angewendet.

„Entzug der zugewiesenen Arbeit oder Beschäftigung bis zu vier Wochen unter Wegfall der in diesem Gesetz geregelten Bezüge." (Strafvollzugsgesetz § 103)

Gegen diese schamlose Ausbeutung und Unterdrückung in den Gefängnissen gibt es Kampf. In der Strafvollzugsanstalt Butzbach fordern Gefangene das Recht auf Organisierung in der Gewerkschaft ÖTV. In einer von den Gefangenen erzwungenen Veranstaltung in der Strafvollzugsanstalt, bei der Vertreter der Gewerkschaft ÖTV anwesend waren, griffen sie die Arbeitssituation als „frühindustriell" an. Sie wandten sich dagegen, daß gegenwärtig in Butzbach rund um die Uhr in den Zellen von Gefangenen für einen Tageslohn von rund 3,80 DM Tüten geklebt, Netze gestickt und andere Handarbeiten gemacht werden. Auf der Veranstaltung erklärte ein Vertreter der Gewerkschaft ÖTV, Hindernis für die Aufnahme der Gefangenen sei die Satzung der Gewerkschaft ÖTV.

Tatsache ist, daß die Gefangenen, die Teil der Arbeiterklasse sind, das Recht auf uneingeschränkte Koalition brauchen, um gegenüber dem bürgerlichen Staat die Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft tariflich auszuhandeln. Sie brauchen die gewerkschaftlichen Körperschaften, um den Kampf gegen die Unterdrückung und Entrechtung in den Gefängnissen organisiert führen zu können.

Es sind noch keine 45 Jahre vergangen, daß die Bourgeoisie derartige Zuchthausgesetze in allen Lebensbereichen der Arbeiterklasse zur Anwendung bringen konnte. Gegenwärtig macht sie wiederum unter Ausnutzung der Spaltung der Arbeiterklasse größere Anstrengungen, die Gesellschaft zuchthausmäßig zu organisieren. Die organisierte Arbeiterbewegung hat dagegen alles Interesse, diese Absichten zu verhindern und die gerechten Forderungen der Strafgefangenen zu unterstützen. – (Z-Red.)

Nun wird überprüft und gekürzt

Das Arbeitsvermittlungsförderungs- und -erleichterungsgesetz ist ein vielseitiges Instrument, um die Löhne der Arbeiter zu senken und die staatliche Schikane auszuweiten. Die einzelnen Bestimmungen sehen vor eine Vermittlung an geringer entlohnter Tätigkeit, die Einbeziehung der Sperrzeit in die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, das Senken des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe für Berufsanfänger auf die zuvor bezogene Ausbildungsvergütung. Ein weiterer Abschnitt dient gegenwärtig dazu, die Arbeitslosenhilfe zu senken. Dieser Abschnitt lautet: „Es sollen insbesondere . . . das Fortbestehen der Anspruchsvoraussetzungen bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe regelmäßig überprüft werden." Jetzt wird überprüft und gekürzt. Auf Ehrenbergsche Weise:

– Der Fall einer arbeitslosen Lehrerin. Nach dem Referendariat 1976 wurde sie nicht eingestellt. Die Arbeitslosenhilfe wurde auf der Grundlage eines wöchentlichen Einkommens von 540 DM auf unbegrenzte Zeit berechnet. Die Berechnungsgrundlage entsprach dem, was sie nach dem Referendariat in A 13 bekommen hätte. Nach der Entlassung aus dem Schuldienst 1977 bekam sie im Januar 1978 einen Bescheid vom Arbeitsamt über die Bewilligung von Arbeitslosenhilfe. Die Berechnungsgrundlage wurde ohne Angabe von Gründen gekürzt. Sie beträgt nur noch 465 DM die Woche, d.h. sie erhält wöchentlich 176,40 DM für die Monate November und Dezember '77, vom Januar '78 an erhält sie 181,20 DM. Begründung im Leistungsbescheid: „Ihr Leistungssatz wurde durch die Leistungsverordnung 1978 erhöht." Der Bewilligungsbescheid ist diesmal nicht unbegrenzt, sondern auf ein Jahr begrenzt. Widerspruch ist dagegen eingelegt.

– Ein Arbeiter hatte vor mehreren Jahren einen schweren Betriebsunfall und konnte in seinem Beruf als Zimmermann und Polier nicht mehr arbeiten. Zuletzt erhielt er Arbeitslosenhilfe von wöchentlich 211,80 DM, wobei sein letzter Lohn zur Grundlage genommen wurde (wöchentlich 535 DM). Mitte Januar wurde er zur LVA zitiert und bei einer ärztlichen Untersuchung stellte man fest, daß er in seinem Beruf nicht mehr arbeitsfähig ist. Dann wurde er zum Arbeitsamt zitiert. Dort spielte sich folgendes ab:

Arbeitsamt: Sie können in Ihrem Beruf nicht mehr arbeiten. Wir haben hier eine Stelle in einem Maschinenbaubetrieb für einen Hilfsarbeiter in Hude, Stundenlohn 8,40 DM.

Arbeiter: Ja, das will ich wohl ausprobieren, ob ich die Arbeit machen kann, aber wie soll ich nach Hude und zurück kommen?

Arbeitsamt: Nein, darum geht es gar nicht. Sie brauchen die Stelle gar nicht anzunehmen, aber da Sie in Ihrem Beruf nicht mehr arbeiten können, müssen wir in Zukunft Ihr Arbeitslosengeld nach dieser Stelle berechnen. Entweder Sie unterschreiben, oder Sie haben überhaupt keinen Anspruch auf Leistung.

So hat man den Arbeiter gezwungen, zu unterschreiben. Seine Arbeitslosenhilfe wird jetzt nach 325 DM Arbeitsentgelt berechnet und beträgt nur noch 144 DM pro Woche. Im Monat bekommt der Arbeiter jetzt 270 DM weniger. Von 576 DM Arbeitslosenhilfe und 28 DM Sozialhilfe und 980 DM Kindergeld muß er sich und seine sieben Kinder ernähren.

Erkämpfung eines ausreichenden Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und die Verwaltung der Versicherung durch die Versicherten, die Durchsetzung dieser Forderungen wird mit dem Anwachsen der Reservearmee und den immer unverschämteren Raubzügen der Kapitalistenklasse auf die Existenz der Arbeiterklasse immer notwendiger. – (Bezirk Weser-Ems/N-Red.)

Demonstration gegen das Abtreibungsgesetz in fast allen Bundesländern der USA

Seit Bestehen des 1973 vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten erlassenen Abtreibungsgesetzes arbeitet die US-amerikanische Bourgeoisie daran, die staatliche Unterdrückung auf möglichst große Teile der Arbeiterklasse und der Volksmassen per Strafverfolgung auszuweiten.

Am 7. Dezember 1977 haben nun das Abgeordnetenhaus und der Senat eine Regelung beschlossen, die vorsieht, daß die Kosten für eine Abtreibung nur dann vom Staat getragen werden, wenn nachgewiesenermaßen Vergewaltigung oder Blutschande vorliegt. Nachgewiesenermaßen, das heißt, daß die Frau verpflichtet ist, die Vergewaltigung sofort bei einer staatlichen Vollzugsbehörde oder beim Gesundheitsamt anzuzeigen. Die Unterbrechung der Schwangerschaft aus lebensbedrohenden Gründen für die Frau wird nur dann bezahlt, wenn die Lebensbedrohlichkeit durch zwei Ärzte bescheinigt werden kann.



Tatsache ist, daß mit diesem Gesetz die Abtreibung für die Masse des Volkes praktisch verboten ist. Dazu weigern sich immer mehr Ärzte, den Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, da die Finanzierung ungesichert ist. Für die werktätigen Massen ist es unmöglich, vom Lohn die Kosten für eine Abtreibung zu zahlen. Gesetzliche Krankenversicherungen gibt es nicht.

Während der Zwang, auf Kinder zu verzichten, mit der wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse in den USA beständig steigt, sind immer mehr Frauen gezwungen, sich auf Kurpfuschertische zu legen und ihr Leben und ihre Gesundheit dabei aufs Spiel zu setzen.

Durch die gesetzliche Meldepflicht wird die Polizeischikane ausgedehnt.

Die Bewegung gegen die Gesetzgebung der US-Regierung und die im Dezember beschlossene Verschärfung wächst unter den amerikanischen Volksmassen.

Nachdem im Oktober letzten Jahres bereits über 130000 Frauen bundesweit an Protestaktionen, Kundgebungen und teach-ins beteiligt waren, unternehmen die bürgerlichen Politiker allerhand Anstrengungen, die Kämpfe der Massen zu lähmen.

Allen voran der US-Präsident Carter, der im November 1977 für 5 Mio. Dollar in Houston eine Propagandashow mit dem Titel „Nationale Frauenkonferenz" veranstaltete. Ziel dieser Veranstaltung war es, „den Fortschritt, der in der Förderung der Gleichheit zwischen Mann und Frau in allen Bereichen des Lebens in den USA gemacht worden ist, zu umreißen". (nach: The Call, 31.10.77)

Das ist ein Hohn auf die tatsächlichen Verhältnisse. Ist es doch beständig das Bestreben der Kapitalisten, die Spaltung zwischen Frauen und Männern zu betreiben und insbesondere die Frauen zu Niedrigstlöhnen auszubeuten. So liegen z.B. die Stundenlöhne, die in der Textilindustrie, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, gezahlt werden, um mehr als 3 Dollar niedriger als Löhne in der Autozulieferindustrie.

Am Wochenende des 21.-23. Januar 1978 hat der Kampf gegen das Abtreibungsgesetz seinen bisherigen Höhepunkt gefunden.

In fast allen Bundesländern wurden dagegen Demonstrationen, Kundgebungen, Autokorsi und Versammlungen organisiert, die den Kampfeswillen der Massen zum Ausdruck brachten. Die größte Demonstration fand in Richmond, Virginia, statt mit 4000 Teilnehmern. In Washington D.C., New York City, Columbus (Ohio), San Francisco, Hardford (Connecticut) und einer Reihe anderer Städte gab es ähnliche Aktionen. Unterstützt wurden sie von einer Koalition der Gewerkschaften. – (e.s., Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

Die Rentenpolitik der Bourgeoisie war stets Betrug von A bis Z

Anläßlich eines Irrtums des Genossen C. Semler / Was nicht ist, kann auch nicht „demontiert" werden!

Auf einer Veranstaltung in Frankfurt zum Thema „Wer betreibt die Reaktion? Wem dient sie und wie dagegen kämpfen?" hat der Genosse C.Semler, Vorsitzender des ZK der KPD, gezwungenermaßen auch etwas dazu gesagt, wer die Rentenkürzung betreibt und was davon zu halten ist. Dabei mußte man folgendes hören:

„Es ist tatsächlich wichtig, auszuge-

koalition einst bei ihrem Regierungsantritt angekündigt hatte. Zweifellos mußte Walter Arendt dafür den Weg frei machen durch seinen Rücktritt, so wie jetzt Georg Leber. Aber ist es deshalb richtig, von „sozialer Demontage" zu reden?

Das ist sicherlich nicht richtig. Denn schon immer war es das Bestreben der

Haushaltsgesetz stundete sich die Regierung Zahlungen aus dem Haushalt an die Rentenversicherungen in Höhe von 2,5 Milliarden DM zinslos bis zum Jahre 1981. Der Zinsgewinn für den Bundeshaushalt wird von der Rentenversicherung mit 3 Milliarden DM beziffert. 1974 zahlte die Bundesregierung 650 Millionen nicht, 1975 wurde im §20 des Haushaltsgesetzes festge-

sten des Sozialbudgets ist daher schwergewichtig nur im Bereich des Konsums möglich und dort wiederum unvermeidlich im Bereich des Massenkonsums."

Drittens wird verlangt, wenn der Arbeiter aus der Versicherung etwas haben will, muß sie auch Kapitalspender sein – woher sollen sonst die „Ansprüche" befriedigt werden?

Die Rentenpolitik der Bourgeoisie war stets Betrug von A bis Z

Anläßlich eines Irrtums des Genossen C. Semler / Was nicht ist, kann auch nicht „demontiert" werden!

Auf einer Veranstaltung in Frankfurt zum Thema „Wer betreibt die Reaktion? Wem dient sie und wie dagegen kämpfen?" hat der Genosse C.Semler, Vorsitzender des ZK der KPD, gezwungenermaßen auch etwas dazu gesagt, wer die Rentenkürzung betreibt und was davon zu halten ist. Dabei mußte man folgendes hören:

„Es ist tatsächlich wichtig, auszugehen vom generellen *Abbau* der *Sozialleistungen* der BRD ... vom *sogenannten Zerreißen des Netzes der sozialen Sicherheit.* Es ist notwendig, diesen *forcierten sozialen Abbau,* die forcierte *soziale Demontage* zu analysieren ..."

Ohne kleinlich zu sein, muß man den Genossen fragen: Wenn die Bourgeoisie jetzt „abbaut", wann hat sie dann wie aufgebaut? Wenn es jetzt „Demontage" gibt – und der Genosse Semler dies beklagt – wem hat dann die Montage gedient? Wenn nunmehr das Netz der sozialen Sicherheit zerrissen werden soll, gab es also bis vor kurzem Sicherheit für die Arbeiter in Westdeutschland – dank der sozialen Einrichtungen des Staatsapparates?

Nach dem bislang üblichen Verfahren der Rentenanpassung hätten die Renten zum 1. Juli 1978 um 8,5% erhöht werden müssen. Vor gut einem Jahr haben die Regierungsparteien dann erklärt, die Renten könnten nun erst ein halbes Jahr später – am 1. Januar 1979 – und dann nur um 7,2% erhöht werden. Dann war eine Zeitlang große Ruhe, bis vor einigen Wochen aus der regierungsamtlichen Gerüchteküche die Ankündigung quoll, die Renten würden nun doch Anfang 1979 nur um 5% angepaßt. Nun hat die Bundesregierung verkündet: Es wird zum 1. Januar 1979 nicht um 8,5 und nicht um 7,2 und nicht um 5, sondern um 4,5% erhöht. Die feste Regierungsabsicht ist, mindestens drei Jahre lang die Renten unter die Preissteigerungen zu drücken.

Man erinnere sich etwas zurück: Es gab heftigen Streit unter den Bourgeoispolitikern, ob nun besser die Rentenberechnung zu ändern, die Renten durch einen Krankenversicherungsbeitrag zu kürzen oder ob vielleicht nicht besser der Beitragssatz zu erhöhen sei. Und was ist dabei herausgekommen? *Alles zusammen* wollen die Betrugskünstler im Bundestag, die sich ihre fette Pension schon gesichert haben, nun durchpeitschen. Ab 1981 sollen die Beiträge von bisher 18 auf 18,5% erhöht werden, ab 1982 soll die Rente auch noch um einen Beitrag zur Krankenversicherung gekürzt werden.

Zweifellos ist dies eine härtere Gangart, als die sozialliberale Regierungskoalition einst bei ihrem Regierungsantritt angekündigt hatte. Zweifellos mußte Walter Arendt dafür den Weg frei machen durch seinen Rücktritt, so wie jetzt Georg Leber. Aber ist es deshalb richtig, von „sozialer Demontage" zu reden?

Das ist sicherlich nicht richtig. Denn schon immer war es das Bestreben der Politiker der Finanzbourgeoisie, die Versicherungen der Arbeiter, deren Existenz die nicht verhindern konnten, unter ihrer Fuchtel zu halten und in ihr Gegenteil zu verkehren. Die Bourgeois haben seit jeher aus den Versicherungen ein Mittel des zusätzlichen Lohnraubs und der Unterdrückung gemacht.

Die bisherige Berechnungsformel der Rentenversicherung, an deren Beseitigung sich Ehrenberg und Schmidt gemacht haben, wurde 1957 mit der großen Rentenreform eingeführt. Ihre hauptsächlichen Bestandteile sind die allgemeine Bemessungsgrundlage und der individuelle Prozentsatz. Letzterer drückt das Verhältnis des jeweiligen Lohnes zum Durchschnittslohn aller Versicherten aus. Die größten Betrugsmöglichkeiten bietet die „allgemeine Bemessungsgrundlage". Sie ändert sich jährlich und bestimmt das Niveau der Renten. Sie errechnet sich als durchschnittlicher Lohn des dreijährigen Zeitraums, der dem betreffenden Kalenderjahr vorausgeht. Damit sind die Renten bereits von der Entwicklung der Löhne und damit der Kampf um Lohn und der Kampf um Renten getrennt. Da die Bemessungsgrundlage drei Jahre hinter den Löhnen herhinkt, ist gesetzlich festgelegt, daß die Renten immer weiter hinter den Löhnen zurückbleiben, immer mehr durch die Inflation gekürzt werden. Nie hat die durchschnittliche Versichertenrente in der Arbeiterrentenversicherung mehr als 30% des Durchschnittslohnes betragen. Durch die Differenz zwischen den Einnahmen der Versicherung und den Ausgaben für die Renten hat die Bourgeoisie unter dem Deckmantel des Versicherungszwecks bis Ende 1974 ein Versicherungsvermögen in Höhe von 47 Milliarden DM angehäuft. Um dieses Vermögen bangt sie, denn es bildet für sie billiges Kapital. 1973 mußten die Versicherungen im Rahmen der Programme der Bundesregierung und der Bundesbank um die „Wiedergewinnung der Stabilität des Geldwertes" für 1,5 Milliarden DM Schatzanweisungen der Bundesregierung kaufen und damit diesen Geldbetrag für die Regierungsgeschäfte zur Verfügung stellen. Im Haushaltsgesetz stundete sich die Regierung Zahlungen aus dem Haushalt an die Rentenversicherungen in Höhe von 2,5 Milliarden DM zinslos bis zum Jahre 1981. Der Zinsgewinn für den Bundeshaushalt wird von der Rentenversicherung mit 3 Milliarden DM beziffert. 1974 zahlte die Bundesregierung 650 Millionen nicht, 1975 wurde im §20 des Haushaltsgesetzes festgelegt, daß weitere 2,5 Milliarden DM nicht gezahlt werden. Ende 1976 schließlich waren die direkten Schulden der Bundesregierung bei den Rentenversicherungen auf 9 Milliarden DM gestiegen. Nicht gerechnet die Milliardenbeträge, für die die Versicherungen Staatsanleihen kaufen mußten. In der Reichsversicherungsordnung hat sich die Bundesregierung festlegen lassen, daß Staatspapiere zu den liquiden Reserven der Versicherung zu rechnen seien. 1972 wurden in den sozialen Wohnungsbau 445 Millionen DM investiert, 1973 waren es 680 Millionen DM, 1974 708 Millionen DM, 1975 302 Millionen DM, und 1976 waren es noch 110 Millionen DM. Zur Finanzierung von Investitionen der Gemeinden haben die Versicherungen in dieser Zeit für rund 2,3 Milliarden DM Pfandbriefe und Kommunalobligationen gekauft.

In der Sozialenquête von 1966, noch in Auftrag gegeben von der CDU-Regierung Erhards, liest man die bürgerliche Ansicht über die Rentenversicherung kurz so: „Einzelwirtschaftlich ist jede Ansammlung von Ansprüchen an die Zukunft ein Kapitalanspruch ... denn diese Ansprüche müssen immer aus der Wertschöpfung der dann aktiven Produktionsfaktoren bezahlt werden."

Mindestens dreierlei wird hiermit gesagt. Erstens: Der Arbeiter gilt nur in der Gegenwart etwas, nur solange er Arbeitskraft (für den Kapitalisten) verausgabt. Zukunft hat er keine. Dies ist eine Eigenschaft, die dem Kapital vorbehalten bleibt. Vergänglich ist die Arbeitskraft – doch ewig sei das Kapital.

Zweitens: Wenn der Arbeiter auch nach Abnutzung seiner Arbeitskraft noch leben will, so muß er wissen, daß die „dann aktiven Produktionsfaktoren" es ihm geben müssen. Wenn auch sonst das Kapital als Produktionsfaktor gilt, hier ist ausschließlich der Arbeiterlohn gemeint. Denn „die Aufrechterhaltung der Investitionen ist sowohl im Interesse des Wachstums der Gesamtversorgung als auch im Interesse der Vollbeschäftigung erforderlich ... Eine Kürzung ... zugunsten des Sozialbudgets ist daher schwergewichtig nur im Bereich des Konsums möglich und dort wiederum unvermeidlich im Bereich des Massenkonsums."

Drittens wird verlangt, wenn der Arbeiter aus der Versicherung etwas haben will, muß sie auch Kapitalspender sein – woher sollen sonst die „Ansprüche" befriedigt werden?

So steht es in dem Gutachten, das die Bourgeoisie noch vor der Großen Koalition als Geburtshelfer von „Sozialbudget" und „sozialem Netz" erstellen hat lassen. Ist es nicht ehrlich, wenn die bürgerliche Ökonomen längst dazu übergegangen sind, die Versicherungsbeiträge in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu behandeln wie indirekte Steuern?

Von jeher also war die Politik der Bourgeoisie gegenüber den Versicherungen durch und durch reaktionär. 1973 landete sie mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze ein Musterbeispiel an Demagogie und Hinterlist. Scheinbar kam dies der Forderung der Arbeiter nach einer früheren Altersgrenze entgegen. Tatsächlich aber handelte es sich um eine Maßnahme der allgemeinen Rentensenkung. Da nämlich die Versicherungsjahre in die Berechnung der Rente eingehen, sinkt die Rente um 5 bis 10 Prozent, wenn die vorgezogene Rente in Anspruch genommen wird. Dazu muß man wissen, daß 1972 knapp die Hälfte aller Neurenten Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit waren. Diese Arbeiter haben die Altersgrenze ohnehin nicht erreicht. Sie können jetzt vorgezogene Rente beantragen und erhalten dann eine niedrigere Rente, als sie nach der alten Regelung erhalten hätten.

Sicherlich sind die jetzigen Reformen der Rentenversicherung noch von anderem Schrot als die Reform von 1973 etwa. Aber es ist sehr schädlich für den Kampf der Arbeiter, wenn Illusionen über den Charakter der staatlichen Sozialmaßnahmen verbreitet werden und so getan wird, als gebe es im Kapitalismus für die Arbeiter Sicherheit und Wohlergehen. Es ist eine Gesetzmäßigkeit, daß derartige Reformmaßnahmen im Bereich der gesellschaftlich organisierten Reproduktion, wenn sie vom bürgerlichen Staatsapparat übernommen werden, zum Ausbau des Unterdrückungsapparates führen. Propaganda für Versöhnung mit der Bourgeoisie wirkt ausgesprochen peinlich bei einem Vorsitzenden des ZK einer KPD. Man sollte sie doch besser einstellen. – (Z-Red.)

Hans Koschnicks Reisetätigkeit im Auftrage des Imperialismus

„In Südkorea waren wir zum erstenmal. Wir haben mit der Insutrie gesprochen. Wir haben die verschiffende und die umschlagende Wirtschaft darstellen können, und wir haben mit unseren Exporteuren und Importeuren in diesem Raum gemeinsam unseren Raum präsentiert. Ich sehe in der südkoreanischen Entwicklung eine ganz wichtige Entwicklung für den ostasiatischen Bereich und sehe neue Handels- und Warenströme kommen, die wir sehen müssen und in die wir uns möglicherweise einschalten müssen."

In ähnlicher Weise äußerte sich der SPD-Vize auch in Japan und Neuseeland: „In Neuseeland wurde über die Ausweitung des Wollhandels und der Fruchtimporte und Verstärkung der Erforschung der Fischgründe gesprochen." Die Imperialisten, so Koschnick, „können davon ausgehen, daß wir zunächst einmal ein Fischereifabrikschiff mit Forschungskräften in den Raum entsenden ..., um später einmal Halbfertigware, Fertigware in unseren Raum einfließen zu lassen".

In Anknüpfung an die alten Ziele des Kolonialismus geriet Koschnick über den „vergessenen Kontinent" Australien ins Schwärmen: „Dieses Land ist unwahrscheinlich reich an Rohstoffen." Eine einmalige Chance sieht er für deutsches Kapital, denn die „ Australier möchten nicht in Abhängigkeit geraten und waren wegen unserer traditionellen Rolle und Verbindung – Bremerhaven war alter Hafen der deutschen Emigranten nach Australien – daran interessiert, diesen Kontakt zu verstärken." Japan und der US-Imperialismus, das sind die Gegner, mit denen sich die westdeutschen Imperialisten schlagen wollen, die Engländer haben dagegen an Boden verloren, sie müssen dem deutschen Expansionismus weichen.

Rechtzeitig war Koschnick aus den fernen Kontinenten zurück, mit Aufträgen für die Werften, für die Stahlkapitalisten und die Fisch- und Wollkapitalisten. Billige Erze, riesige Fischgründe, Verkauf von Kriegsschiffen, alles das konnte Koschnick auf dem Bremer „Schaffermahl" – einem Festfressen der Kapitalisten, das zum 434. Mal stattfand – vorweisen. Auf dem „Schaffermahl" wurde dann noch der richtige politische Rahmen dargelegt, in dem der westdeutsche Imperialismus seine weltweiten Expansionspläne verwirklichen kann. Drei Hauptpunkte nannten die Redner:

1. „Nur ein starkes Europa kann seiner Aufgabe gerecht werden". (so Gaston Thorn, luxemburgischischer Ministerpräsident). 2. Die Länder der Dritten Welt müssen gezwungen werden, von ihrem „Preisdiktat" bei Rohstoffen abzulassen.

3. Expansion ist nur möglich, wenn „übermäßige Steigerungen der Produktionskosten vor allem durch die Löhne"(Bremer Nachrichten 11.2.78) verhindert werden.

schnick auf dem Bremer „Schaffermahl" – einem Festfressen der Kapitalisten, das zum 434. Mal stattfand – vorweisen. Auf dem „Schaffermahl" wurde dann noch der richtige politische Rahmen dargelegt, in dem der westdeutsche Imperialismus seine weltweiten Expansionspläne verwirklichen kann. Drei Hauptpunkte nannten die Redner:

1. „Nur ein starkes Europa kann seiner Aufgabe gerecht werden". (so Gaston Thorn, luxemburgischischer Ministerpräsident). 2. Die Länder der Dritten Welt müssen gezwungen werden, von ihrem „Preisdiktat" bei Rohstoffen abzulassen.

3. Expansion ist nur möglich, wenn „übermäßige Steigerungen der Produktionskosten vor allem durch die Löhne"(Bremer Nachrichten 11.2.78) verhindert werden.

Streik der Fernmeldetechniker in der Republik Irland

Seit dem 11. Februar sind in Irland fast alle Telex- und Telefonleitungen außer Betrieb. Fernmeldetechniker streiken gegen die Arbeitsorganisationspläne und vorgesehenen Produktivitätsregelungen. Seit mehr als neun Monaten gibt es darum Kampf. Die Regierung hat wegen des Streiks in der Fernmeldezentrale mehrere hundert weitere Techniker suspendiert wegen der Gefahr der Sabotage. Es sei bereits Sabotage verübt worden. Die Beschäftigten haben erklärt, Zerstörungen im Netz seien das Ergebnis des Einsatzes von Streikbrechern durch die Regierung, die keine Ahnung gehabt hätten.

Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt verweigern Mitarbeit an neuem Bespitzelungsinstrument Basisdokumentation

Hagen. 6 Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt haben in einem Brief an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe abgelehnt, an der Erhebung für eine „Basisdokumentation für Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern" mitzuwirken. Diese „Basisdokumentation" wird als Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit erstellt und ist auf eine Ausweitung der Bespitzelung der Familien und der Beschäftigten dieser Beratungsstellen selbst angelegt.

Für jedes Kind oder jeden Jugendlichen, der sich an die Beratungsstelle wendet, sollen in einem für Lochkarten aufbereiteten Erhebungsbogen 35 Merkmale erhoben und erfragt werden, vom Stadtteil, in dem er wohnt, bis zu „Auffälligkeiten der psycho-sozialen Bedingungen in der Familie" und „Problemen im Sexualbereich", die wie folgt aufgeschlüsselt werden:

- ungewollte Schwangerschaft,
- ungewollte Zeugung,
- Schwangerschaftsabbruch,
- Sonstiges.

Die Beschäftigten der Beratungsstellen werden einer scharfen Kontrolle unterworfen, indem sie die jeweils ergriffenen „diagnostischen Maßnahmen" bis ins einzelne gehend angeben müssen, um die „Art der Behandlung / Behandlungskontakte" zu verfolgen. Von den Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt wurden gleichzeitig mit dem Brief an den Landschaftsverband die Beschäftigten von etwa 130 weiteren Beratungsstellen angeschrieben und diese aufgefordert, diese Aktion zu unterstützen.

Der neue Bildungsminister ist fromm wie Gustav Heinemann

Am Donnerstag letzter Woche ließen sich die „vier Neuen" in Helmut Schmidts Kabinett von Bundestagspräsident Carstens „vor Gott" und der sich anschließenden „Terrorismus-Debatte" vereidigen. Einzig Jürgen Schmude als junger, aktiver Protestant der „Bekennenden Kirche" Gustav Heinemanns leistete seinen Eid unter „Verzicht auf Gott". Aus Prinzip. Er ist so fromm, daß er gar nicht mehr auf Gott zu schwören braucht. Wollte er damit vielleicht dokumentiert wissen, daß der Apfel nicht weit vom Stamm zu fallen gedenkt? Fromm war auch, wie sich jedermann gut zu erinnern vermag, Schmudes seliger Sozius, Gustav Heinemann. Der „bekennende" Heinemann hatte es seinerzeit sozusagen aus Prinzip verstanden, Gott aus den Geschäften des Präsidialamtes herauszuhalten.

Beileibe nicht das *Bekenntnis* prädestiniert ihn für Schmidts Kabinett. Schmidt, der sich rühmt, in 24 Stunden schneller als jeder Großkonzern sein Management auswechseln zu können, eine neue Crew an Deck geholt zu haben, schätzt Schmudes prinzipienfeste Einstellung zum „Urgedanken des Unternehmertums".

Der junge Bildungsminister, der nach einsemestrigem Studium des Bauingenieurwesens auf die Rechtswissenschaften umgestiegen ist, verdiente sich in der Essener Kanzlei von Gustav Heinemann und dem Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Dieter Posser, seine Sporen. Diese Kanzlei, die sich in der Vertretung des DGB bei Kündigungsverfahren gegen DGB-Rechtssekretäre hervorgetan hat, tritt gemeinhin als DGB-Kanzlei in allen Fällen auf, wo der gewerkschaftliche Justitiar nicht vor Gericht auftreten darf. Schmude, der sich wegen seiner ostpreußischen Herkunft als „innerdeutsch kompetent" versteht, ist ein fleißiger Verfechter der sozialen Marktordnung. In seiner 1968 abgelieferten Dissertation über den „Unternehmensbegriff im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" preist er den „Urgedanken des Unternehmens" als „Willensakt", um aus „nahezu jedem Tätigkeitsbereich eine Art Unternehmen" zu machen. Dieser Urgedanke soll sich nach dem „Bekenntnis" von Schmude jedes „körperlichen" und „nichtkörperlichen" Gegenstandes bemächtigen, „der einen eigenen, in sich geschlossenen wirtschaftlichen Wert und eine eigene wirtschaftliche Selbständigkeit hat, der Gegenstand einer Herrschaft und Verfügung sein kann, und der als solcher geeignet ist, im Geschäftsverkehr veräußert und erworben zu werden".

Die im Zweiten Weltkrieg niedergeschlagene deutsche Reichsbourgeoisie bemühte sich energisch, wegen der chaotischen Wirtschaftsverhältnisse und der fortdauernden Zwangswirtschaft für die Betätigung von Kartellen ... Raum" zu schaffen. (Drsh. 1158/2. Wahlperiode) Lange hat die westdeutsche Bourgeoisie gebraucht, um den Kapitalinteressen einen rechtlichen Rahmen zu verpassen.

Das 1955 von Dr.h.c. Blücher endlich vorgelegte „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" wird von der Bourgeoisie als „eine der wichtigsten Grundlagen zur Förderung und Erhaltung der Marktwirtschaft" gepriesen. Nach Verabschiedung der EWG-Verträge war es für die westdeutschen Imperialisten von größter Bedeutung, dem Expansionsdrang des Kapitals Raum zu verschaffen. Schmude läßt sie „von einem siebenjährigen Krieg um das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" sprechen. „Die *freie* Betätigung des einzelnen Unternehmens ist unmittelbarer Schutzgegenstand ..., der davon spricht, daß Unternehmen nicht zu einem bestimmten Verhalten veranlaßt werden dürfen."

In der ersten schweren Krise des westdeutschen Imperialismus von 1966/67 meldet sich Schmude zu Wort. Die Bewältigung der Krise führt nur über die drastische Senkung der Reallöhne der Arbeiter, Unterwerfung der Arbeiterklasse und Modernisierung des Produktionsapparates.

„Sehr viel eindeutiger ist der Wirkungszusammenhang zwischen Arbeitgebervereinigung und Wettbewerbsbeschränkung dann, wenn die Beteiligten sich verpflichten, bestimmte Arbeitskräfte überhaupt nicht anzustellen. Hier kommt es ganz auf die praktische Auswirkung der Absprache (zwischen den Kapitalisten) im Einzelfall an. Betrifft die verhängte Sperre nur einen Personenkreis, der im Verhältnis zur Menge der potentiellen Arbeitskräfte unbedeutend ist, etwa als Sanktion gegen *Vertragsbrüchige*, so ist der Umfang der unternehmerischen Betätigung dadurch nicht betroffen und die Vereinbarung kartellrechtlich unbedenklich." (Dissertation)

„Eine derart geordnete Wirtschaftsverfassung", so schreibt das Gesetz von 1955, „bildet das wirtschaftspolitische Gegenstück zur politischen Demokratie." Zum Zweck der Unterwerfung der Arbeiterklasse wurden 1968 die Notstandsgesetze beschlossen. Schmudes Sozius, Jürgen Glückert, promovierte über dieses Zwangsgesetz.

Auch wenn Schmude in der Bildungspolitik wie „Die Zeit" meint, keine Ahnung hat, ist er der passende Mann des Finanzkapitals gerade dafür. Er versteht sich glänzend auf die Unterdrückung der Volksmassen, was er gegen Schüler und Studenten nachweisen will. – (Z-Red.)

Studentenschaftsgesetz: RCDS und LHV wollen die Studenten der Reaktion unterwerfen

Am 22./23.2. 78 will die Landesregierung NRW das Studentenschaftsgesetz verabschieden. Gegen dieses Vorhaben, die Unterdrückung und Entrechtung an den Hochschulen zu verschärfen, hat die Studentenbewegung im bundesweiten Streik die Forderung erhoben: Anerkennung der Verfassten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat.

Der RCDS, der als Stroßtrupp der Bourgeoisie in der Studentenbewegung die Absicht verfolgt, diese zu spalten, sie dem bürgerlichen Staat zu unterwerfen und der Reaktion in die Arme zu treiben, muß diese Forderung wenigstens in Worten anerkennen, um seine Geschäfte machen zu können:

„Die Verfasste Studentenschaft wird in NRW gesetzlich verankert. Dabei bleiben die Säulen der VS, die Beitragshoheit, Satzungsautonomie und das politische Mandat erhalten," schreibt er im Wahlprogramm für die Wahl zum Studentenparlament an der Uni Bonn.

Wohlgemerkt, es handelt sich um den Gesetzentwurf der Landesregierung vom 14.9.77. Dieser Entwurf unterstellt die Verfasste Studentenschaft der Rechtsaufsicht des Minister für Wissenschaft und Forschung. „Die Satzung der Studentenschaft ist vom Studentenparlament mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder zu beschließen. Sie bedarf der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft und Forschung." (§47.3) Auch die Beitragsordnung bedarf der Genehmigung des Ministers. Das regelt § 47j2.

„Insbesondere begrüßt der RCDS die Festschreibung der demokratischen Wahlgrundsätze auf Uni-Ebene". Tatsache ist, daß mit diesen §§ die Satzungs- und Finanzhoheit verboten wird.

„Die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung" (§47b4) muß gefördert werden. Deshalb ist der AStA-Vorsitzende auch verpflichtet, „Beschlüsse oder Maßnahmen, die geltendes Recht verletzen, zu beanstanden." (§47f6) Auf die Wahrnemung dieser Aufgaben ist in dem Studentenschaftsgesetz NRW die Verwendung der Gelder festgelegt: „Bei der Festsetzung (der Beiträge) sind der finanzielle Bedarf für die Erfüllung der Aufgaben ... zu berücksichtigen." (47j2)

Die Landesregierung will mit dem Studentenschaftsgesetz die Vertreter der Studenten zu Hilfspolizisten machen. Der RCDS greift die Forderungen der Studentenbewegung zu keinem anderen Zweck auf, als sie diesem Gesetz, das den Organen der Studentenschaft alle Rechte nimmt, zu unterwerfen.

Nicht anders ist es mit der Forderung: Weg mit dem Ordnungsrecht, die die Studenten im Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat an den Universitäten erheben.

Das Ordnungsrecht "bedeutet ein Sonderrecht für Studenten, wenn sie z.B. für Gewaltanwendung nur nach diesem Ordnungsrecht und nicht nach dem Strafrecht belangt werden, damit also ganz im Gegensatz zu anderen Bürgern, die für die gleiche Straftat sich nach dem Strafgesetzbuch verantworten müssen, in der Regel ohne Eintragung einer Vorstrafe davonkommen".

Die Forderung „Weg mit dem Ordnungsrecht" nimmt der RCDS also zu keinem anderen Zweck auf, als die Unterdrückung der Studentenmassen direkt mit Staatsanwalt und ordentlichem Gericht zu verlangen. Nicht per Ordnungsrecht von der Uni fliegen, wegen Vorlesungsstörung, sondern mit Hilfe ordentlichen Gerichtsurteils ins Gefängnis wandern und vorbestraft werden sollen die Studenten.

Die Studentenmassen bekämpfen Verelendung und Abhängigkeit durch das Bafög. Mindestens in Worten müssen selbst die offen reaktionären Studentenorganisationen diese Kämpfe unterstützen, um spalten zu können.

In seinem Bonner Wahlprogramm schreibt der RCDS: „Trotz einiger ermutigender Ansätze verschlechtert sich die soziale Lage der Studenten und die Durchsetzbarkeit studententischer Forderungen." Die Reform von 1976, wonach der Anteil, den die Eltern zahlen müssen, vom bürgerlichen Staat zwangseintreibbar ist, war einer der „ermutigenden Ansätze", mit denen die Bundesregierung die Unterdrükkung und Ausplünderung der Volksmassen mit Hilfe des Bafögs verschärft hat.

„Der Vorschlag der Bund-Länder-Kommission ist ein Schritt in die richtige Richtung", schreibt der RCDS.

Mit dem Entwurf der Bund-Länder-Kommission soll die Schikane und Abhängigkeit des Bafög vervollkommnet werden. 170 DM soll jeder Student bekommen. Zuzüglich Sockelzuschlägen als Darlehen. Dafür werden den Eltern Kindergeld und Steuerfreibeträge gestrichen. Berücksichtigen soll man, so preist die Bund-Länder-Kommission ihren Plan, daß die Zahl derjenigen, die den Sockelzuschuß bekommen geringer ist, als die Zahl derjenigen, deren Eltern Kindergeld und Steuerfreibeträge hatten. Denn der Sockelzuschuß setzt verschiedene Prüfungen voraus, in denen die Studenten „Studienfortschritt" nachweisen müssen – ein weiteres Mittel der Spaltung und Unterdrückung.

Der Liberale Hochschulverband (LHV) schreibt: Langfristige Forderung des LHV bleibt die kostendekkende, familienunabhängige Förderung, um finanzielle und daraus resultierende geistige das Selbstbewußtsein und die persönliche Entwicklung des Einzelnen oft hemmende Abhängigkeitsverhältnisse vom Elternhaus zu verhindern." Die Ausplünderung der arbeitenden Volksmassen und die Abhängigkeit ihrer Kinder vom bürgerlichen Staat verdreht der LHV in ein Abhängigkeitsverhältnis von den Eltern.

Das geistige Individuum, das sich in seiner persönlichen Entwicklung nicht durch den bürgerlichen Staat, sondern durch die finanzielle Abhängigkeit von den Eltern beeinträchtigt sieht, soll sich mit Hilfe des bürgerlichen Staates von dieser befreien, ist der Vorschlag des LHV.

Die von dem bürgerlichen Staat unterdrückten Studentenmassen sollen dahin geführt werden, sich mit diesem gegen die Eltern, gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen zusammenzuschließen.

„Eine Ausweitung des Bildungshaushalts ist Voraussetzung jeder vernüftigen Bildungspolitik." Vor allem ist sie Vorwand jeder Steuerausplünderung, hinter deren Karren Genschers Jünger die Studentenbewegung bringen wollen, um sie nicht nur untereinander zu spalten, sondern direkt gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen aufzubringen. – (b. Sprecherrat Mitte)

Die politische Ökonomie des Westberliner Wissenschaftssenators Glotz

Der Wissenschaftssenator von Westberlin, Dr. Peter Glotz, hat jetzt im Februar auf einige Briefe der Studenten geantwortet, die diese im Streik an ihn geschrieben hatten und worin ein Angebot auf die Forderungen des Streiks verlangt wurde:

„Lassen Sie mich aber auch sagen, daß mir Formulierungen wie die folgende völlig unverständlich sind. Sie schreiben: ‚Wir haben Ihre Gesetze (gemeint ist das BAFöG) satt und fordern ausreichende Bezahlung unserer Arbeitskraft.' (...) Sie stehen nicht als Arbeitnehmer einem Unternehmer gegenüber, der den Mehrwert Ihrer Arbeit abschöpft; Sie werden von anderen Bürgern, die zumeist nicht studieren konnten, bis weit in die 20er Jahre alimentiert. Wieso können Sie ‚eine ausreichende Bezahlung' Ihrer Arbeitskraft fordern?"

So der Senator Dr. Glotz. Es ist eine neue Rechtfertigung des alten Bedürfnisses nach unbezahlter Zwangsarbeit, die der Senator vorträgt. Das Prinzip der kapitalistischen Ökonomie, das für alle gilt, mit Ausnahme der Kapitalisten, nämlich, daß nicht essen soll, wer nicht arbeitet, erfährt eine Erweiterung. Es soll, so der Senator, nicht mehr essen, wer nicht einem Kapitalisten Mehrwert schafft. Gerade 42% aller „abhängig Beschäftigten" hätten nach dieser Auffassung überhaupt ein Recht auf einen Lohn. Soviele nämlich schaffen einen Mehrwert, den ein Kapitalist „abschöpft", die übrigen schaffen keinen, und doch kaufen die Kapitalisten deren Arbeitskraft.

Was Glotz hier theoretisch veranstaltet, um praktisch die Studentenmassen um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft, die sie dem Staat zwecks Ausbildung überlassen, zu betrügen, ist so etwas wie die linke Variante des Arbeitsdienstes. „Links" insofern, als der Senator den Tatbestand der Ausbeutung offensichtlich anerkennt.

Im Imperialismus ist die Masse des Volkes ohne jeden Besitz, außer dem Vermögen, zu arbeiten, der Arbeitskraft. Diese Arbeitskraft wird verkauft. Sie muß verkauft werden, damit man leben kann. Sie wird auch gekauft. Sie wird gekauft, damit der Käufer sie für seine Zwecke, die Verrichtung von Arbeit, verwende. Verkaufen tun die Arbeiter und Angestellten. Kaufen tun die Kapitalisten und der Staat. Hat der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, so hat er damit ihren Gebrauch verkauft. Für was sie gebraucht wird, das geht ihn ökonomisch gar nichts an. Was ihn angeht, ist, daß er den Wert der Ware erhält, nämlich soviel, wie zu ihrer Wiederherstellung erforderlich ist. Und daß der Kapitalist diese Ware nicht unmäßig vernutzt, durch überlangen Arbeitstag z.B. Welche Tätigkeit aber verrichtet wird, das bestimmt allein der Käufer, der Kapitalist.

Eine immer schwellende Zahl von Arbeitern und Angestellten wird gezwungen, gerade nicht produktiv zu arbeiten, immer mehr in Verwaltungen und sogenannten „Dienstleistungsberufen" angestellt. Sie erhalten dennoch Lohn, und das aus gutem Grund. Denn weder sie noch irgendwer verkauft einem Kapitalisten den Mehrwert, damit dieser ihn abschöpfe, sondern was verkauft wird, ist Arbeitskraft. Daß es den Kapitalisten gefällt, daß es eine Gesetzmäßigkeit ihrer Produktionsweise ist, daß sie einen immer größeren Teil dieser von ihnen gekauften Arbeitskraft unproduktiv, allein zur Aufrechterhaltung ihrer überlebten Produktion, verwenden müssen, das ändert nichts daran, daß sie den Wert der Arbeitskraft zahlen müssen. Was dazu zwingt, ist der Klassenkampf der Arbeiterklasse.

Die Kapitalisten wollen stets die Arbeitskraft nicht zahlen und sinnen auf Methoden, die Zahlung zu ersparen. Eine Methode sind Arbeitslager. Eine andere ist die Glotzsche. Er vertritt, daß die Studenten, die nichts haben als ihre Arbeitskraft und deren Arbeitskraft der bürgerliche Staatsapparat in einer Ausbildung bis zu 80 Stunden die Woche vernutzt, um sie hinterher in Staats- und Aufsichtsfunktionen weiter zu vernutzen, daß diese Studenten nichts zu erwarten hätten. Würden sie doch nicht ausgebeutet.

Im Gegenteil, so Glotz, seien sie privilegiert, erführen sie doch eine Ausbildung bis „weit in die 20er Jahre". Doch weder ist das Hochschulstudium ein Privileg noch ein Grund, auf das Recht auf die Bezahlung der Arbeitskraft zu verzichten, noch ist das Glotzsche Argument, daß nur die Arbeiter, die ausgebeutet werden, einen Lohn verdient hätten, für diese ein Grund, nicht den Kampf der Studentenmassen für die Zahlung eines ausreichenden Ausbildungsentgelts zu unterstützen. – (Bezirk Westberlin)

Kampf gegen Prüfungs- und Studienverschärfung

Hannover. Technische Universität. Nachdem mehrere Professoren am Fachbereich Lehramt für Berufsbildende Schulen als Eingangsvoraussetzungen für ihre Seminare im SS 78 mehrere Referate, Thesenpapiere und andere Scheine zur Bedingung gemacht hatten, ist der FSR zu ihnen in die Seminare gegangen. Die Professoren haben darauf ihre „Eingangsbedingungen" auf ein Referat oder Protokoll reduziert. Prof. Tschammer-Osten hat allerdings gleich durchblicken lassen, daß er wegen zu hoher Studentenzahlen im nächsten Semester Klausuren erwäge. Zwei Vertreter des FSR gehen deshalb im SS in sein Seminar, um seine Wissenschaft zu untersuchen und den Kampf gegen die Prüfungsverschärfungen, die Tschammer-Osten am Fachbereich führend betreibt, zu unterstützen.

Dr. Rolf Bergers Rache

Westberlin. TU-Präsident Berger hat vorige Woche die Entlassung des kommunistischen Assistenten Anton Mlynczak, Institut für Metallforschung, beantragt. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der Entlassungen an der TU, daß der Präsident persönlich die Entlassung beantragt. Der Personalrat der TU hat sich geweigert, der Entlassung zuzustimmen, die Berger begründet mit KBW-Mitgliedschaft, Verurteilung wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und einem laufenden Verfahren wegen Freiheitsberaubung.

Es handelt sich um Bergers Rache, daß seine wissenschaftlichen Tätigkeiten für den Schutz der Kapitalanlagen der westdeutschen Imperialisten im Ausland angegriffen, und die imperialistischen Forschungsprojekte gerade an der TU gegen die Völker im südlichen Afrika auf einer Kundgebung des KHG und der KBW-Zelle TU enthüllt worden sind. Berger denkt, er könne mit dieser Entlassung der Bewegung im öffentlichen Dienst einen Schlag versetzen. Die Beschäftigten am Institut und die Studentenvertreter des FB Werkstoffwissenschaften, an dem A. Mlynczak beschäftigt ist, fordern, daß Berger an den Fachbereich kommt und öffentlich seine Maßnahmen rechtfertigt.

Neuer AStA gegen Festlegung auf Regierungskurs

Bremen. Am 14.2. zu Beginn der Ferien trat zum ersten Mal der neue Studentenrat zusammen. Die Listen der Marxistischen Gruppe, der Basisgruppen, des KB und „Gemeinsamer Kampf" (KSB, KSV, Unorganisierte), die nach der Wahl zusammen 13 von 25 SR-Sitzen haben, hatten beschlossen, den AStA zu bilden, obwohl man sich nicht auf ein Aktionsprogramm geeinigt hatte, um die auf Staatstreue gehende Politik des alten AStA (NSB, SHB, Juso) zu beenden.

Durch Verfahrenstricks ließen Revisionisten und Reformisten die SR-Sitzung platzen, um eine AStA-Wahl vor der VDS-MV zu verhindern. Die 13 SR-Mitglieder der vier Listen bildeten trotzdem einen neuen AStA und beschlossen, die Bremer Uni-Studenten auf der VDS-MV zu vertreten. Diese Delegation wird dort „gegen die geplante Festlegung der VDS auf Regierungskurs" stimmen. Der alte AStA betrachtet sich als nach wie vor im Amt. Der neue AStA hat seine Legitimation jedoch auf Grund des Wahlergebnisses und wird Dienstag ein teach-in veranstalten, auf dem dies bestätigt wird und die VDS-Delegation aus den vier Listen ein Votum der versammelten Studenten erhält.

Italienische Berufsschüler streiken gegen Notensystem

Mailand. Gegen die Unterdrückung und Auslese durch die bürgerliche Schule demonstrierten am Donnerstag vergangener Woche Berufs- und Oberschüler in Mailand. Bereits zwei Tage zuvor waren alle Schüler der Stadt in den Streik getreten, um die Berufsfachschüler der Schule „Cesare Correnti" zu unterstützen.

Mehr als 2000 besuchen diese Schule. Viele müssen neben der Schule für Hungerlöhne arbeiten gehen. Vor drei Jahren hatten die Schüler durchgesetzt, daß jeder versetzt wird und keine Noten unter der „Sechs" (entspricht der Vier in Westdeutschland) vergeben werden. Ende Januar weigerte sich eine Lehrerin, einem Schüler die „politische Sechs" zu geben. Die Schüler traten sofort in den Streik. Das Erziehungsministerium hat einen Kommissar aus Rom nach Mailand geschickt, um zu untersuchen, wie die Schüler drei Jahre lang erfolgreich schlechte Noten verhindern konnten. „Niemals eine garantierte Sechs", hat er gleich bei der Ankunft erklärt. Um die Schüler zu spalten, hat er vorgeschlagen, die Schule in mehrere Abteilungen aufzuteilen. Damit hat er sich eingehandelt, daß der Koordinationsausschuß aller Mailänder Oberschulen für diesen Fall die Besetzung aller Schulen der Stadt angekündigt hat.

Die Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien haben sofort gegen Streik und Demonstration Stellung genommen. Aber auch unter den revolutionären Schülern gibt es noch keine Einheit über die Forderungen gegen die Noten. Am 9.2. nahm eine Versammlung von Oberschülern aller Mailänder Schulen in der „Correnti" eine Resolution an, in der die Forderung nach der „politischen Sechs" nicht enthalten ist und stattdessen „gegen die Auslese" und „für eine neue Didaktik" eingetreten wird.

Mietsteik in Westberlin

Westberlin. 1710 von 3707 erfaßten Mietern beteiligen sich am Mietstreik in Westberliner Studentenheimen gegen die 5 bis 10%igen Mieterhöhungen vom 1.1.78. Das sind 64,1%. 850 zahlen überhaupt keine Miete, 860 die Mieterhöhung nicht. Im größten Studentenheim findet zur Zeit eine erneute Urabstimmung statt, daß alle keine Miete zahlen und stattdessen auf ein Sperrkonto unter Kontrolle der Selbstverwaltung einzahlen.

„Bei der Bundeswehr wird man voll verpflegt“

Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/5: „Die regelmäßige Einnahme der truppendienstlich bereitgestellten Verpflegung dient der Erhaltung der Gesundheit und der Diensttauglichkeit. Daher haben die Soldaten zu den festgesetzten Essenszeiten zu erscheinen ... Die Teilnahme an den Mahlzeiten, das Einhalten der festgesetzten Essenszeiten ... sind zu überwachen ...“

Zwang ist also nötig, damit die Soldaten die „bereitgestellte Verpflegung“ runterwürgen, trotz des elend niedrigen Wehrsolds. Warum? Sehen wir den Ablauf eines Tages in der Armee. Zwischen 6 und 7 Uhr steht Frühstück auf dem Dienstplan, obwohl erst um 7 bzw. 7.30 Uhr Dienstbeginn ist. Es gibt einen Kaffee, der kaum genießbar ist, und zwei Brötchen. Viele Soldaten verzichten und legen sich lieber noch eine halbe Stunde aufs Bett. In der NATO-Pause, gegen 9 Uhr, muß man sich dann ein Frühstück kaufen in der Kantine. 0,50 DM für einen Kaffee, 1,80 DM für drei halbe Mettbrötchen, macht 2,30 DM. Satt wird man davon noch nicht, noch zwei halbe Brötchen und ein Stück Kuchen, und schon ist man bei 4,50 DM, also das Verpflegungsgeld, das die Bundeswehr pro Tag für einen Soldaten rechnet.

Mittagessen, z.B. in der Boehnen-Kaserne, PzGrenBtl 173. Montags: Kartoffeln, Spinat und zwei kleine Bratwürstchen. Der Mannschaftsspeiseraum war mittags wie leergefegt, höchstens die Hälfte aß dort. Die Kartoffeln waren zerfallen und klebrig, der Spinat war wässrig, die Würste waren klein und schlecht durchgebraten. Die andere Hälfte stand beim Kantinenwirt Schlange. Für 3,10 DM Currywurst mit Pommes, so ziemlich das billigste, was es gibt. Oder bleibt auf der Stube und zieht sich für 1 DM eine Aldi-Schokolade rein. Abends gabs Gulasch – Fleischwurst mit Fettstückchen, Paprika und Zwiebeln. Dienstag gab es Steckrüben mit zwei Mettendchen. Mittwoch Schweinebraten mit Karotten und Kartoffelbrei. Das Fleischstück war so klein, daß man es mit zwei Bissen essen konnte, der Kartoffelbrei so wässrig, daß man beim besten Willen keinen Nachschlag holen konnte.

Daß die ZDv 10/5 z.B. beim Frühstück nicht verstärkt angewandt wird, erklärt sich einfach daraus, daß die übriggebliebenen Brötchen von der Küche an den Kantinenpächter und von diesem für 60 Pfennig an die Soldaten verkauft werden. Es gibt da ziemlich genaue Absprachen.

Ein Küchensoldat aus Braunschweig, Leutnant-Müller-Kaserne, berichtet: „Die Mannschaftsverpflegung war miserabel. Besonders oft gab es billige Speisen, z.B. Eintopf (meist EPA-Fleisch, Einsatzverpflegung) und Hackbraten (als Bratklops, Königsberger, falscher Hase usw.). In der Hackmasse waren ca. 40% Fett enthalten, zumeist vom Schwein. Eine besondere Behandlung genossen die Offiziere, die sich des öfteren von der Küche besondere Speisen, z.B. Filet-Steaks zubereiten ließen. Dabei mußten sie den gleichen Verpflegungssatz zahlen. (...) Die Offiziere haben auf Wunsch auch Nachschlag vom Fleisch gekriegt.“ Eine Ordonnanz im Offiziersheim Oldenburg, Hindenburg-Kaserne: „Das Offz-Heim hat eine eigene Küche, wo die Speisen weit besser und billiger sind als in der Mannschaftskantine. Die Offze können aus der normalen Verpflegung gehen und dann für dasselbe Geld hervorragendes Essen kriegen. Ich habe abends immer die Koteletts, die übrig waren, mit in die Kompanie gebracht. Sie kosten 1,60 DM und sind doppelt so groß und lang und nicht so fett wie in der Kantine, wo sie 2,90 DM kosten.“

Im Januar dieses Jahres wurde der Speisesaal der Saarpfalzkaserne in Oberbexbach/Saarland für drei Tage geschlossen, weil die Offiziere mit den örtlichen Honoratioren ein Saufgelage veranstalten wollten und dazu die Räume ausgeschmückt werden sollten. „Drei Tage haben wir nichts Warmes gekriegt, wir mußten die NATO-Pakete aufessen“, berichteten die Soldaten. Ein Soldat berichtet aus einem Manöver: „Für einen Tag war ich in der Küche eingeteilt. Seitdem esse ich hier nichts mehr. So ein Dreck. (...) Etwas übergelaufenen Spinat mußte ich mit der Schippe vom dreckigen Fußboden in den Spinattopf schaufeln.“ Ein Sanitäter der Brigade 32 aus Schwanewede/Bremen berichtete uns, daß bei längerdienenden Soldaten Magenerkrankungen an der ersten Stelle aller Krankheiten stehen. Besonders die Feldwebeldienstgrade, also länger als vier Jahre, seien davon betroffen. Bei Offizieren sind es meist andere Krankheiten.

Küchenbeschwerdebücher und Kantinen„reform“ war vor drei Jahren die Antwort der Offiziere auf die in vielen Standorten von den Soldaten organisierten Kantinenboykotts. Die jüngsten Erfahrungen zeigen, daß sich an der Verpflegung nichts gebessert hat, der Kommandeur des PzAufklBtl 2 in Hessisch-Lichtenau hat jetzt das Küchbeschwerdebuch wieder eingezogen, nachdem sich Eintragungen wie: „Abendessen Scheiße! Ihr Drecksäcke wollt uns vergiften! Freßt euren Mist selber!“ gehäuft hatten.

In einem unverschämten Leserbrief an „Bundeswehr aktuell“ vom 15.2.78 fragt Major M. Lenke aus Karlsruhe: „Doch wohin mit dem Geld?“ Zur monatlich Auszahlung des Wehrsolds ab 1.1.78 sagt er: „... vielleicht auch: An jedem Zahltag einen zünftigen Gemeinschaftsabend befehlen? (So wird der Barbestand auf die gemäß ZDv 10/5 Nr. 423 (200 DM, Red.) befohlene Höhe gesenkt, und zusätzlich kann der Kantinenwirt für den zweiten monatlichen Umsatzhöhepunkt, der künftig verloren geht, entschädigt werden).“

Kampf für Lohnfortzahlung, Kontrolle der Küchen und Speisepläne durch die Manschaften und Uffze sind die Antwort, auf die sich Mannschaften und Unteroffiziere einigen können.

Soldaten schreiben Leserbrief an die Bildzeitung gegen die Söldnerwerbung

Hamburg. Gegenwärtig führt die Bildzeitung eine Propagandaaktion für die Werbung von Söldnern für Somalia durch. „500 Hamburger als Söldner nach Mogadischu – Ex-Panzergrenadier wirbt gewerbliche Arbeitskräfte“, unter dieser Überschrift mit Angabe der Telefonnummer ging sie am 11. Februar auf Söldnerwerbung. Am 13. Februar ließ sie einen gewissen Jürgen Hinze berichten, warum er als Söldner nach Mogadischu gehe: Arbeitslosigkeit und Geldmangel. Die Kampagne dient der Vorbereitung der bewaffneten Intervention in Afrika.

Soldaten der Böhen-Kaserne Hamburg haben darüber beraten, und einer von ihnen hat folgenden Leserbrief an die Bildzeitung geschickt:

„Im Namen von sechs Soldaten schicke ich Ihnen folgenden Leserbrief: Wir Soldaten des Panzergrenadierbtl. 173 sehen keinen Grund, als Söldner nach Somalia zu gehen, im Gegenteil, wir sind ganz dagegen. Wir wollen nicht in Somalia kämpfen. (...) Daran haben wir kein Interesse, sondern vielmehr, daß dieses Volk sich seine Freiheit und Unabhängigkeit bewahrt. Wenn wir vom Bund zurückkommen, haben viele von uns einen Batzen Schulden, weil die paar Pfennige vorne und hinten nicht reichen, die man beim Bund bekommt. Uns droht eventuell Arbeitslosigkeit nach der Bundeswehrzeit. Vielleicht sollte uns der ‚Batzen' Geld locken, den man beim Söldnerheer bekommt, wie den Optiker Jürgen Hinze. Das ist aber nicht so. Vielmehr wollen wir dafür sorgen, daß die Auseinandersetzung geführt wird um einen ausreichenden Lohn und Arbeitslosengeld und daß während der Bundeswehrzeit der Lohn fortgezahlt wird.“

Vorbereitung polizeilicher Niederschlagung von Lohnkämpfen

Frankfurt. Planmäßig bereitet die Bourgeoisie die polizeiliche Niederschlagung der Lohnkämpfe vor. Teil dieser Vorbereitung sollen frühzeitige (vor Streikausbruch) Beratungen zwischen Polizeiführung und Betriebsleitung bzw. Arbeitgeberverband sein. In der Zeitschrift „Die Polizei“ wird für solche Gespräche folgende Checkliste vorgeschlagen:

„a) Wie ist die Stärke der Belegschaft und ihre Zusammensetzung? Wieviel Arbeitswillige, wieviel gewerkschaftlich Organisierte? Stärke und Herkunft ausländischer Arbeitnehmer.

b) Welche Arbeitnehmer sind als besonders radikal und aggressiv bekannt?

c) Woher stammen die Arbeitswilligen? (Wohngebiet, Werkssiedlung) Mit welchen Verkehrsmitteln gelangen sie zur Arbeitsstelle?

d) Steht eigener Transportraum zur Verfügung? Können Transportmittel angemietet werden? Ausländerwohnheime? (...)

e) Steht ein Lageplan des Betriebs für die Polizeieinsatzleitung zur Verfügung? (...)

f) Welche Stärke hat der Werksschutz? Ausstattung? Zuverlässigkeit? Führung?

g) Ist eine Werkfeuerwehr vorhanden? Stehen die Mannschaften zur Verfügung? (...)

h) Ist eine Begehung rund um das Werk möglich? Ist eine Außenbeleuchtung rundum vorhanden? (...)

k) Ist die Unterbringung von Einsatzkräften im Werk möglich? (...)

l) Welche Zugänge hat das Werk? Notausgänge? Sonstige Möglichkeiten des Zutritts (Bahnanlagen, Kanalisation, Schlupftore)? (...)

n) Wie ist das Arbeitsklima? Wie ist das Verhältnis zum Betriebsrat?“

Lustig ist eine Ballnacht ...

Offiziere verstehen zu feiern / Bourgeoisie stellt Töchter zur Verfügung

Göttingen/Hann.Münden. Jeden Winter lädt das Offiziers„korps“ zu warmen Festen die Bourgeoisie ein. Sie nennen das Brigadeball. Im Volksmund heißt diese Belustigung Kuppelball. Das trifft die Angelegenheit auch besser. Als Anerkennung dafür, daß das Offiziersgesindel mit ihrer Soldatenschinderei alles daransetzt, die jungen Arbeiter zu unterwürfigen Lohnsklaven zu erziehen, als Anerkennung für ihre feste Entschlossenheit, das kapitalistische Privateigentum mit Waffengewalt gegen die Arbeiterklasse zu verteidigen, stellen die Bourgeois einmal im Jahr ihnen ihre Frauen und Töchter zur Verfügung. So berichteten Soldaten aus Hann.Münden, daß auf den Einladungskarten ausdrücklich darum gebeten wird, die Töchter mitzubringen und damit es auch paßt, sollen Name, Größe und Alter der Tochter angegeben werden.

In der bürgerlichen Presse werden diese Feste als „rauschende Ballnacht“ bejubelt. Daß es sich um maßlose Besäufnisse handelt, erfährt man nur zwischen den Zeilen: „Die Brigade hatte wieder für einen – selbstverständlich kostenlosen – (Ab)transport gesorgt.“ Ein Reservist, der für einen solchen Kuppelball als Ordonanz abkommandiert wurde, berichtete darüber:

„Alles, was sich zur feinen Gesellschaft Hann.Mündens zählt, war angetreten, unter ihnen auch der Lehrlingsschinder Tauer, der den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lehrlinge durch Entlassungen zu zerschlagen versuchte. Der Polizeichef des Ortes ließ sich höchstpersönlich mit dem Streifenwagen vorfahren. Dann wurde richtig losgelegt. Während die Soldaten ständig mit dem übelsten Fraß abgespeist werden, und für einen Hungersold ihre Arbeitskraft und Gesundheit vernutzt wird, fraß diese Gesellschaft die besten Speisen von Spiegeln, die vorher in den Waschräumen abmontiert wurden. Der vollgefressenen Gesellschaft wurde ein Theaterstück vorgespielt, in dem das Soldatenleben während des deutschen Kaiserreichs, während der Zeit des Hitlerfaschismus und in der imperialistischen Bundeswehr dargestellt wurde. Kein Wort natürlich davon, wie sich die Soldaten gegen die Kasernenunterdrückung zur Wehr setzen, wie sie es nicht hinnehmen, mit einer Solderhöhung von einer Mark abgespeist zu werden. Nein, hier wurde es als höchstes Menschenglück hingestellt, für die räuberischen Expansionspläne der versoffenen Gesellschaft in den Krieg zu ziehen. Man kann gut verstehen, warum das dem Bourgeois Tauer gefiel, dessen faschistische Vergangenheit jeder in Hann.Münden kennt.



Drei Tage nach Aschermittwoch hat in der Mainzer Rheingoldhalle ein Haufen von Bourgeois samt Anhang den „Ball des Sports“ gefeiert. Nur geladene Gäste mit Eintrittskarte für 300 DM hatten Zutritt. „Die Max-Greger-Band hämmerte die Rhythmen wie Maschinengewehrsalven in den Ballsaal“, während z.B. Beitz, der Vorstandsvorsitzende von Krupp „als Rocktänzer im Dreieck sprang“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Das Tanzbein wurde vor einem Bild Moskaus geschwungen, wo die nächsten olympischen Sommerspiele stattfinden. Bei Wodkaumtrunk, Donkosakenchor und einer Ausstellung über die Sowjetunion haben sie vom „Raum im Osten“ geträumt.

Ein Teil der Gäste feierte bis zum nächsten Morgen durch, und beim Stuben- und Toilettendurchgang bekam der UvD und GvD einen rechten Eindruck davon, wie gefeiert wurde. Für die Soldaten bedeutete diese Belustigung der Offiziere, daß sie von Donnerstag an weder in die Küche, noch in die Kantine konnten. Das Essen gab es draußen im Blechnapf und mußte auf den Stuben runtergewürgt werden. Am Sonntagmorgen mußten die Soldaten den Dreck ihrer Schinder wegmachen. Sonderurlaub für diesen Zusatzdienst gab es keinen. Am Montag sollten wir wie die Hunde mit den Resten des kalten Buffets abgespeist werden. Davon wurde kaum etwas angerührt.

Für welche Traditionen das Offizierspack schwärmt, bekamen wir noch während des Abräumens des Festsaals mit. Er war als Rittersaal ausgebaut. Der Ostlandfeldzug des Deutschherrenordens ist diesem Gesindel weiterhin ein leuchtendes Vorbild, genau wie ihre Foltermethoden. So war ein Nebenraum als Folterkammer gestaltet, mit einem Galgen, einem Pranger und einer Streckbank und ähnlichen Folterinstrumenten.“

Nicht nur die Verrottetheit der Offiziere und der Bourgeoisie wird bei diesen Gelagen deutlich, sondern auch ihre heimlichen Wünsche, die auf nichts anderes hinauslaufen als die verschärfte Kasernenunterdrückung, um die Armee kriegsfähig zu machen, alles nur Gründe mehr, um ihrem Treiben schnell ein Ende zu bereiten. – (SRK Südostniedersachsen)

Söldnerwerbung für Rhodesien mit Unterstützung des westdeutschen Staatsapparates

In dem Maße, wie der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe voranschreitet, werden die Bemühungen der Imperialisten immer hektischer, das Smith-Kolonialregime aufrechtzuerhalten. Smith, dem Garanten für die hemmungslose Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes und der Bodenschätze von Zimbabwe muß der Rücken gestärkt werden. Da die Hoffnung der Imperialisten das Kolonialregime zu halten nur die militärische Niederschlagung des Befreiungskampfes ist, eine direkte Intervention in Zimbabwe jedoch nicht möglich ist, suchen die Imperialisten den Aufbau einer Söldnerarmee zu garantieren: Anzeigen in den bürgerlichen Zeitungen, die für den Eintritt in die rhodesische Armee werben, oder, wie jetzt bekanntgeworden ist, über Werbung und Anschreiben von Gefangenen in westdeutschen Gefängnissen. Folgendes Schreiben wurde einem Gefangenen zugestellt:

„Sehr geehrter Herr! Ich habe zur Kenntnis genommen, daß Sie nach einer Karriere bei der British-South Africa Police (rhodesische Polizei, Red.) streben und bedaure Ihnen keine Zusage machen zu können. Da Sie an einer militärischen Karriere interessiert sind, habe ich Ihren Brief an den Rekrutierungsoffizier der rhodesischen Armee weitergeleitet, der sich mit Ihnen in Verbindung setzen wird. Vielen Dank für Ihr Interesse an der Armee. Hochachtungsvoll Machan, Superintendent, Staff officer (Recruiting)“

Solche und ähnliche Briefe werden oft unaufgefordert den Gefangenen zugestellt, genauso wie Werbesendungen unaufgefordert an Haushalte geschickt werden und nur unter Zurücksendung der Kauf verhindert werden kann bei Zahlung des Portos.

Die „Grey Scouts“, eine berittene Infanterieeinheit, berichtet über ihre „Arbeit“: „Unsere Einheit besteht aus den verschiedensten Nationalitäten“, sagt Captain Frazer-Kirk, der diese Spezialmörderbande befehligt, „einer der Gründe, warum die berittene Infanterieeinheit erfolgreich ist, liegt in dem Umstand, daß jeder einzelne so ungeheuer wagemutig und einsatzfreudig ist.“ Ein dreißigjähriger weißer Ingenieur über sein Handwerk: „Wenn man schon einen Krieg führen muß, kann man es ebenso gut ordentlich tun. Unsere Hauptaufgabe besteht darin, Terroristen zu töten ...!“ – und das sind alle, die gegen das Kolonialregime kämpfen.

Die ganze Verkommenheit und Verfaultheit der Imperialisten tritt in der Werbung für diese Söldnertruppe des Smith-Regimes zutage. Offen in der westdeutschen Arbeiterklasse für rhodesische Söldner zu werben, können die westdeutschen Imperialisten sich nicht erlauben. Ohne Unterstützung bei ihren imperialistischen Zielen versuchen sie, die Lage der Gefangenen sich nutzbar zu machen. Die Gefangenen, die getrennt von ihrer Klasse und besonders unterdrückt nur unter schwierigen Bedingungen Kämpfe gegen den bürgerlichen Staatsapparat führen können und die nach ihrer Haftentlassung kaum eine Chance haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und wenn, nur unter den übelsten Bedingungen.

Über solcher Art Werbung haben die Imperialisten keinen Söldner bekommen, bewiesen durch die Tatsache, daß diese enthüllt und angegriffen wurde aus den Gefängnissen mit der Bitte, dies in der KVZ zu veröffentlichen. – (Z-Red.)

IN REPLY PLEASE QUOTE
REF. NO. 21/1./71

BRITISH SOUTH AFRICA POLICE GENERAL HEADQUARTERS,
P.O. BOX 8007, CAUSEWAY,
RHODESIA.

Polizeiausstellung im Kaufhaus Horten

Braunschweig. Vom 17. bis 25. Februar 1978 führt die Polizei in Zusammenarbeit mit Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei eine Ausstellung im Kaufhaus Horten durch. Sie wird vom niedersächsischen Innenminister Gross persönlich eröffnet. Sie findet in Niedersachsen erstmals in dieser Größenordnung statt, auf einer Ausstellungsfläche von 2000 Quadratmetern.

Einstellungsgespräch beim Wetteramt

Offenbach. Einem Meteorologen wurde beim Einstellungsgespräch beim Offenbacher Wetteramt folgendes eröffnet:

Er müßte damit rechnen, als Wetterbeobachter bei Manövern der Bundeswehr eingesetzt zu werden. Dabei würde es die Führung der Bundeswehr gerne sehen, wenn er diesen Dienst in Uniform leisten würde? Ob von seiner Seite dagegen Vorbehalte bestünden?

Die Bourgeoisie arbeitet zielstrebig dahin, alle Bereiche des öffentlichen Dienstes zu militarisieren und von vornherein Widerspruch und Kampf auszuschalten.

Demonstration gegen Kasernierung von ZDL'lern

Hamburg. Die Regionalkonferenz Nord der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hat am 15.2. beschlossen, am 25.2. in Hamburg zusammen mit der DFG-VK eine Demonstration gegen die geplante Kasernierung der Zivildienstleistenden durchzuführen. Aufgerufen wird zu dieser Demonstration in ganz Norddeutschland.

Streik finnischer Bauarbeiter in der Sowjetunion

In der zweiten Februarwoche sind ca. 1000 finnische Bauarbeiter, die zur Zeit die Erzgrubenstadt Kostamus auf der sowjetischen Seite Kareliens bauen, in den Streik getreten.

Im Mai vorigen Jahren hat Breshnew den finnischen Staatspräsidenten Kekkonen einen Vertrag unterzeichnen lassen, in dem Finnland sich verpflichtet, eine riesige Eisenerzmine mit entsprechenden Förderanlagen sowie Wohnblocks für 9000 Menschen im Werte von über 1,6 Mrd. DM zu bauen. Bereits 1982 soll dieses Projekt schlüsselfertig übergeben werden. Dies ist eine Rekordzeit, die selbst unter der Bauzeit der Reißbrettstädte liegt, die die Sowjetrevisionisten aus dem sibirischen Boden stampfen lassen. Weiter haben die Sozialimperialisten von den Finnen für den Teil ihrer eigenen Investitionen einen Kredit in Höhe von 30 Mio. Rubel abgepreßt.

Mit diesem bisher größten Projekt dieser Art zwingen die sowjetischen Imperialisten die finnische Bourgeoisie, ihr Handelsdefizit aus Erdöl- und Erdgaskäufen aus der Sowjetunion auszugleichen.

Die finnische Bourgeoisie versucht diesem Druck durch maßlose Ausbeutung und Ausplünderung der finnischen Arbeiterklasse auszuweichen. Doch dagegen gibt es Widerstand. Unter Führung des finnischen Bauarbeiterverbandes sind die Bauarbeiter in Kostamus in den Kampf getreten und fordern vom finnischen Staat die Streichung der Umsatzsteuer für finnische Waren, die sie in Kostamus kaufen müssen. Von den finnischen Bauunternehmern fordern sie Erhöhung der Tagegelder und kämpfen gegen Entlassungen.

Imperialisten unterdrücken die türkische Werftindustrie

Die türkische Regierung hat im Januar im Fünfjahrplan 1978 – 1982 beschlossen, vorrangig neben den Bereichen des Maschinenbaus, der Elektronik, der Agrarindustrie den Schiffbau zu entwickeln, um auf diesen Gebieten Autarkie zu erzielen. Die Werftindustrie in der Türkei, die früher über eine beachtliche Seeflotte verfügte, wurde von den Imperialisten, die sich in der Türkei eingenistet haben und für ihre Importe Zoll- und Steuervergünstigungen durchgesetzt haben, systematisch niedergehalten. Die Handelsflotte der Türkei, die aus 468 vielfach kleinen Schiffen besteht, mußte über Kredite mit Wucherzinsen von den Imperialisten gekauft werden. So hat z.B. Japan der Türkei einen Kredit von 23 Mio. Dollar zu einem Zinssatz von 7,75% mit einer Laufzeit von sieben Jahren gegeben. Mit solchen Methoden verhindern die Imperialisten den Aufbau einer Seeflotte der Türkei, die dazu beitragen könnte, den Mittelmeerraum gegen die Imperialisten zu sichern, und verteidigen auf diese Weise ihr Transportmonopol gegen die Länder der Dritten Welt.

Imperialistische „Ordnung“ des Weinmarktes

Länder der Dritten Welt.
Imperialistische „Ordnung“ des Weinmarktes

Letzten Montag hat die EG-Kommission für den Fall „schwerer Marktkrisen“ bei Wein vorgeschlagen, Mindestpreise für Weinexporte innerhalb der EG in Höhe von 70% der Richtpreise festzusetzen. Den Krisenfall soll der Ministerrat ausrufen können, in dem die westdeutschen und französischen Imperialisten den Ton angeben.

Was sich nach Schutz der Winzer vor Preisfall anhört, ist in Wirklichkeit zur Beschleunigung des Ruins der Weinbauern Italiens und der „beitrittswilligen“ Länder Spanien, Portugal und Griechenland gedacht.

Diese Länder nämlich, die wie Frankreich große Mengen Tafelwein produzieren, würden damit faktisch von den Märkten der anderen EG-Länder ausgesperrt. Nur zu niedrigem Preis ist ihr Wein überhaupt verkäuflich. Schon 1976 haben z.B. die italienischen Exporteure ihren Wein, weil er zu Wein minderer Qualität zählt, in Westdeutschland nur zu einem Durchschnittspreis von 78 Pfennig pro Liter absetzen können. Der damals gültige niedrigste Richtpreis war 72 Pfennig. Französischer Wein dagegen wurde für durchschnittlich 1,39 DM pro Liter importiert, westdeutscher sogar für 3,11 DM pro Liter ausgeführt. Die französischen Imperialisten wollen die Konkurrenten ihrer Weinkapitalisten gleich mit einem Schlag aus dem Markt werfen und fordern einen Mindestpreis von 93% des Richtpreises.

Den protestierenden italienischen Imperialisten hat die EG-Kommission zu verstehen gegeben, bei Widerstand gegen die vorgeschlagene Regelung könnten sie die erst im Dezember zugesagten über 2 Milliarden DM aus dem EG-Regionalfonds gleich in den Wind schreiben. Spanien, Griechenland und Portugal haben die westdeutschen und französischen Imperialisten damit demonstriert, was sie in der EG erwartet: als Kapitalanlagesphäre und Absatzmarkt offenzustehen. Wo sie selber konkurrenzfähig produzieren, ist nichts mit „gemeinsamem Markt“. – (Z-Red.)

Unerträgliche Bevormundung der Schwarzmeeranlieger durch die Sozialimperialisten

Bei ihren Kriegsvorbereitungen gegen die andere Supermacht USA um die Beherrschung Europas und im Ringen um die Seeherrschaft steigern die Sozialimperialisten die Ausplünderung und Bevormundung der Anliegerstaaten am Schwarzen Meer immer unverschämter. Gleichzeitig wird die Ausbeutung der sowjetischen Arbeiter verstärkt, um die eigenen Häfen und ihre Flotte am Schwarzen Meer, das sie als ihr „Binnenmeer“ behandeln, auszudehnen. Der „mangelnden Arbeitseffektivität“ der Transport-, Hafenarbeiter und Seeleute soll mit einem Aufruf zum „komplexen Wettbewerb“, der „von großer Bedeutung für die lückenlose Absicherung der Beförderung und Abfertigung der Frachten“ ist, beigekommen werden. (Außenhandel der Sowjetunion Nr. 1/1977)

Der Güterumschlag der sowjetischen Schwarzmeerreederei, die mit 23% den größten Anteil an der Güterbeförderung der Sowjetunion hat, soll um fast ein Drittel gesteigert werden. An der sowjetischen Schwarzmeerküste werden zahlreiche neue Häfen gebaut und die Umschlagplätze für Großraumcontainer erweitert. Bis 1980 sollen Schiffe mit einer Gesamttonnage von 5 Mio. tdw neu gebaut werden. 43% der Lieferungen dieser Schiffe müssen von den RGW-Ländern geleistet werden. Im vergangenen Planjahrfünft haben die Sozialimperialisten ein Kanalsystem ausbauen lassen, das ihre „fünf Binnenmeere“ (die Ostsee, das Weiße Meer, das Kaspische Meer, das Asowsche und das Schwarze Meer) miteinander verbindet. Entsprechende Frachtschiffe wurden gebaut, die Frachten ohne Umladungen z.B. von der Ostsee über das Schwarze Meer ins Mittelmeer transportieren können.

Auch die sowjetische Schwarzmeerflotte steht in ständiger Einsatzbereitschaft fürs Mittelmeer. Sie besteht aus insgesamt 425 Kriegsschiffen, darunter zahlreiche Kreuzer, Zerstörer und U-Jagdeinheiten. Eine Kampfgruppe der Schwarzmeerflotte, die 3. Eskadra, befindet sich ständig im Mittelmeer. Um für die andere Kriegsmarine den Zugang zum Mittelmeer zu sichern, sind die Sozialimperialisten bestrebt, die vollständige Herrschaft über den Schwarzmeerraum zu erringen.

Ihre Politik hat Tradition. Im achtzehnten, neunzehnten und bis zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts vergingen keine 25 Jahre ohne einen Krieg des zaristischen Rußland gegen die Türkei. Friedrich Engels charakterisierte 1890 die bisherige Politik des zaristischen Rußland:

„Zaregrad (Konstantinopel, d. Red.) als dritte russische Hauptstadt neben Moskau und Petersburg, das hieß nicht nur moralische Herrschaft über die orientalische Christenheit, das war auch die entscheidende Etappe zur Herrschaft über Europa. Das war die Alleinherrschaft über das Schwarze Meer, Kleinasien, die Balkanhalbinseln. Das war, sobald der Zar wollte, die Schließung des Schwarzen Meeres für alle Handels- und Kriegsschiffe außer der russischen, seine Verwandlung in einen russischen Kriegshafen und ein ausschließliches Manöverfeld der russischen Flotte, die aus dieser sicheren Reservestellung durch den befestigten Bosporus ausfallen und zu ihr zurückflüchten konnte, so oft es ihr gefiel.“ (Marx-Engels-Werke Band 22, Seite 17)

Erst die Oktoberrevolution setzte der zaristischen Expansionspolitik gegen die Türkei ein Ende. Die sozialistische Sowjetunion unterstützte die Interessen der Türkei, die türkischen Meerengen für Kriegsschiffe sämtlicher Staaten zu schließen, und setzte gemeinsam mit der Türkei 1936 diese Forderungen im „Vertrag von Montreux“ gegen die imperialistischen Mächte durch.

Heute wiederum, nachdem die Revisionisten den Kapitalismus in der Sowjetunion restauriert haben, versuchen sie die Türkei in immer größere Abhängigkeit zu bringen. Erst im Januar haben sie mit der Regierung der Türkei ein Abkommen über fünf gemeinsame Großprojekte geschlossen: die Verdoppelung der Aluminium-Kapazität des Werkes in Seydisehir, den Bau von zwei Wärmekraftwerken, die Kapazitätserweiterung der Erdölraffinerie in Ahaga und den Bau einer Erdölraffinerie an der Schwarzmeerküste, ein Kreditabkommen über den Ausbau des Stahlwerkes in Iskenderun und die Erweiterung der Eisenerz-Aufbereitungskapazität in Hasancelebi. Ebenfalls mit sowjetischer „Hilfe“ wurde an der türkischen Grenze zur Sowjetunion ein Faserplattenwerk gebaut, in dem die riesigen Waldbestände der türkischen Schwarzmeerküste verarbeitet werden. Die Türkei muß mit Lieferungen aus den von der Sowjetunion kreditierten Werken zahlen. Eigens für die Verschiffung von Tonerde und Bauxit, das im Werk von Seydisehir produziert wird, wurde z.B. an der sowjetisch-türkischen Grenze ein Hafen ausgebaut. Gleichzeitig ketten die Sozialimperialisten die Türkei immer fester an ihre Energieversorgung. Derart in Abhängigkeit gebracht, kann die Türkei den Sozialimperialisten auf keinen Fall die Durchfahrt durch ihre Meerengen verweigern, im Gegenteil, bei ihrem Flottenmanöver 1975 haben sie die Türkei genötigt, gegen die Bestimmungen des Vertrages von Montreux ihre Flugzeugträger die Meerengen passieren zu lassen. Diesen Kurs wollen sie ausbauen. Schon schielen sie auch auf die kürzlich vor der türkischen Schwarzmeerküste gefundenen Ölvorkommen.

Die vollständige Abhängigkeit, in die die Sozialimperialisten die Türkei noch bringen wollen, ist ihnen bei dem Schwarzmeeranliegerstaat Bulgarien sicher. Bulgarien, das als Land des RGW an die „Internationale Arbeitsteilung“ gebunden ist, mußte sich alle Wirtschaftszweige mit sowjetischen Maschinen ausrüsten lassen und ist fast vollständig von der Rohstoff- und Energieversorgung durch die Sowjetunion abhängig. Aufgrund der „Spezialisierung im Rahmen des Komplexprogrammes des RGW“ kann es keine eigenständige Industrie entwickeln. Welchen Raubbau die Sozialimperialisten an den natürlichen Reichtümern des Landes und der gesamten Schwarzmeerregion treiben, zeigt sich zum Beispiel daran, daß in Bulgarien, mit einer 378 Kilometer langen Schwarzmeerküste, keinerlei Fischfangergebnisse in die Statistiken eingehen, während die Sozialimperialisten das Schwarze Meer, sowie sie nur können, leerfischen.

Für die Lieferungen aus der Sowjetunion muß Bulgarien mit 40% des Gesamtexports der Maschinenbauerzeugnisse, großen Teilen der agrarischen Produktion, mit der Entsendung bulgarischer Arbeiter in die Sowjetunion zum Bau der dortigen Produktionsanlagen und in bar zahlen. Die bulgarische Beteiligung an den RGW-Projekten zum Aufbau von Produktionsanlagen in der Sowjetunion beträgt 1976 bis 1980 670 Mio. Lewa. Mehr als 13000 bulgarische Arbeiter müssen sich zur Zeit am Bau dieser Anlagen beteiligen. Aber auch in Bulgarien selbst muß zunehmend für Lieferungen an die Sowjetunion produziert werden. Im Schiffsbau wurden 1977 allein auf der Russener Werft mehrere große Tanker und Bunkerschiffe für die Sowjetunion gebaut. Für die Sozialimperialisten äußerst nützlich, für ihren Flottenaufmarsch in Richtung Mittelmeer nicht nur Stützpunkte in vorgeschobener Stellung zu haben, sondern auch dort direkt mit weiterem Kriegsmaterial versorgt zu werden. Ein großes Projekt ist hierbei auch die „größte Eisenbahnbrücke der Welt“, eine Fährschiffverbindung zwischen dem bulgarischen Hafen Warna und dem sowjetischen Hafen Iljitschowsk in der Nähe von Odessa, die in „gemeinsamer sowjetisch-bulgarischer Arbeit“ errichtet wurde und im ersten Halbjahr 1978 in Betrieb genommen wird. Sie besteht aus je zwei sowjetischen und bulgarischen Fährschiffen, die die Strecke in 48 Stunden zurücklegen können und eine Kapazität von jeweils 108 Eisenbahnwaggons und zahlreichen LKW, PKW und Containern haben. Mit dem Ausbau dieser Fährschiffverbindung erreichen die Sozialimperialisten eine gewaltige Beschleunigung für ihren Truppenaufmarsch in Richtung Mittelmeer.

Andererseits müssen sie damit den zunehmenden Bestrebungen Rumäniens, sich aus der Umklammerung durch die Sozialimperialisten zu lösen und eine eigenständige Politik zu entfalten, Rechnung tragen, das ihre Truppen auf dem Landweg nicht freiwillig passieren lassen würde. Die Bestrebungen Rumäniens, eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen, sind schmerzlich für die Sozialimperialisten, für die Völker sind sie erfreulich. Im Bereich des Schiffbaus z.B. hat Rumänien beschlossen, bis 1990 mit eigenen Mitteln seinen Seetransport zu sichern. Bis 1980 soll die rumänische Seeflotte mit 200 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 3 Mio. tdw ausgestattet sein, wobei vorwiegend Schiffe mit großer Tonnage gebaut werden. Das erste dieser Schiffe, mit einer Kapazität von 150000 tdw, ist im letzten Jahr vom Stapel gelaufen. Es trägt den Namen „Unabhängigkeit“. – (Korrespondentenbericht Wien)

zehnten, neunzehnten und bis zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts
baut, in dem die riesigen Waldbestände der türkischen Schwarzmeerkü-
Produktionsanlagen in der Sowjetunion beträgt 1976 bis 1980 670 Mio.
pondentenbericht Wien)

Die Sozialimperialisten verwandeln Bulgarien in ihren Hinterhof

In dem Komplex-Programm, das der von den Sozialimperialisten beherrschte Rat des RGW 1971 beschlossen hat, heißt es: „Um die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungs- und Genußmitteln zur Deckung des ständig steigenden Bedarfs der Bevölkerung sowie des Rohstoffbedarfs der Industrie kontinuierlich zu erhöhen, erachten es die Mitgliedsländer des RGW für notwendig, auf der Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit, der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen und natürlichen Bedingungen durch jedes Land, die Produktion der Landwirtschaft ... weiter zu intensivieren, die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften einzuführen, sowie den Nutzeffekt der gesellschaftlichen Produktion und die Arbeitsproduktivität zu steigern.“

Des weiteren wurde festgelegt, daß „Untersuchungen der Bedingungen und Möglichkeiten für eine Vertiefung der Spezialisierung und für die Anwendung anderer Formen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und abgestimmten Zweigen und Bereichen der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie“ zu beschleunigen sind.

Daß diese Festlegung in dem „Komplexprogramm“ nicht dazu dienen, den steigenden Bedarf der Bevölkerung zu decken, sondern einzig der Bereicherung der Sozialimperialisten und der Erhöhung der Abhängigkeit der RGW-Staaten von den Sozialimperialisten dienen, zeigt sich an der Entwicklung der bulgarischen Landwirtschaft.

Die Intensivierung der Landwirtschaft in Bulgarien besteht in der Durchführung eines umfangreichen Konzentrations- und Rationalisierungsprogramms, das Anfang der 70er Jahre dort eingeleitet und umgesetzt wurde. Die „Vertiefung der Spezialisierung“ endete in der Umstellung der Landwirtschaft auf einige wenige Monokulturen.

Die Konzentration des Bodens wurde durch die Zusammenlegung verschiedener landwirtschaftlicher Betriebe vollzogen. So wurden innerhalb von zwei Jahren 3300 genossenschaftliche Betriebe zu 800 Betrieben zusammengefaßt, von denen jeder eine Nutzfläche von mindestens 4000 Hektar umfaßte. Mit der Konzentration des Bodens einher ging die Entlassung der Bauern und Landarbeiter. Von 1960 bis 1975 sank die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft um die Hälfte, während der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am gesamten Nationalprodukt nur um 10 Prozent zurückgegangen ist. Eine weitere Folge der Zentralisation ist die erhöhte Kontrolle durch den Staat, da die vorher bestehenden Leitungsebenen abgeschafft wurden und durch einige wenige ersetzt wurden.

Der nächste Schritt in der Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe war die Integration der Zulieferbetriebe in die Landwirtschaftskomplexe, so daß nicht nur Obst angebaut wird, sondern in einem Komplex, die den Namen Agrar-Industriebetriebe tragen, sowohl die Düngung der Bäume als auch die Verarbeitung des Obstes zu Obstkonserven geregelt wird.

Als Beispiel soll der Agrar-Industrie-Komplex „Sedrez“ in der Nähe von Sofia angeführt werden. In diesem Agrar-Industrie-Komplex werden von einigen tausend Landarbeitern mehrere zehntausend Hektar Land bebaut. Es wird dort jetzt ein Rechenzentrum eingerichtet, mit dem die gesamte Anlage überwacht und kontrolliert wird. Der Betrieb ist auf die Zucht von Milchkühen, auf die Futtermittelproduktion und den Gemüseanbau spezialisiert.

Mittlerweile gibt es in Bulgarien 144 solcher Betriebe. Da sie alle auf ganz bestimmte Monokulturen spezialisiert sind, die zu großen Teilen für den Export bestimmt sind, kommt es immer wieder zu Versorgungsschwierigkeiten der Bevölkerung mit den nötigsten Grundnahrungsmitteln, die teilweise sowieso nur über die von einigen Bauern nebenbei privat betriebene Landwirtschaft gesichert werden kann. So betrug die privatwirtschaftliche Produktion von Milch 19% an der Gesamtversorgung der Bevölkerung im Jahre 1976, die an Eiern sogar 25%. Bulgarien ist der Hauptlieferant der Sozialimperialisten von Obstkonserven, Tabak, Gemüse und Wein. Die Sozialimperialisten profitieren vor allem an der Umstellung der bulgarischen Landwirtschaft und waren auch maßgeblich an ihrer Durchführung beteiligt, da sie ähnliches im eigenen Land jetzt durchführen wollen und ihnen Bulgarien als Versuchskaninchen gerade recht war.

Der gesamte Außenhandel Bulgariens ging zu 79% in die Mitgliedsstaaten des RGW, wovon allein 54,4% an die Sozialimperialisten gehen, was die extreme Abhängigkeit der bulgarischen Wirtschaft von den Sozialimperialisten kennzeichnet.

Der starken Spezialisierung in der Landwirtschaft folgte die Spezialisierung in der Herstellung bestimmter landwirtschaftlicher Maschinen. Der Spezialisierung auf Gemüsebau entspricht die Tatsache, daß Bulgarien der Hauptlieferant für Treibhäuser ist. Entsprechend der Spezialisierung für Weinanbau werden in Bulgarien Weinbauschlepper und Maschinen zur Veredelung von Rebstöcken produziert. Während hier einerseits hochentwickelte Maschinerie hergestellt wird, ist Bulgarien nicht in der Lage, den Eigenbedarf an Energie oder z.B. die für die Landwirtschaft notwendigen Traktoren zu decken. Diese müssen sie aus der Sowjetunion importieren.

Für die Spezialisierung der Landwirtschaft und der entsprechenden Industrie schicken die Sozialimperialisten Berater und Wissenschaftler nach Bulgarien. In den letzten beiden Jahren haben in Sofia und Plovdiv 60 sowjetische Professoren an den dortigen Universitäten Lehrveranstaltungen durchgeführt. Die bulgarische Zeitschrift „Bulgarischer Außenhandel“ schreibt: „Dutzende bulgarische Institute arbeiten gegenwärtig mit entsprechenden sowjetischen Instituten und Organisationen von Problemen und Themen in den grundlegenden Richtungen der Wissenschaft und Technik zusammen ... Nach der Durchführung gemeinsamer wissenschaftlicher Untersuchungen und experimenteller Forschung wurden Vorschläge zur Spezialisierung und zur Produktionskooperation in der Reihenfertigung von Maschinen und verschiedenen Erzeugnissen unterbreitet.“ Der Vorteil für die Sozialimperialisten besteht darin, daß sie die Entwicklung neuer Maschinerie und Anlagen nicht zu zahlen brauchen und sich zudem als Gegenleistung die Lieferung sowohl von Maschinerie und Anlagen als auch der Arbeitskräfte ausbedingen. So bauen bulgarische Arbeiter in der sowjetischen Republik Usbekien gegenwärtig eine Treibhausanlage, die als die größte in ganz Mittelasien betrachtet werden kann. Ebenso beteiligt sich Bulgarien an dem Aufbau eines Werkes zur Herstellung von Düngemitteln in der UdSSR, von wo aus zukünftig Bulgarien selbst wie auch die übrigen RGW-Staaten beliefert werden sollen. Zunehmend holen sich die Sozialimperialisten ausländische Arbeitskräfte ins Land, die meisten – gegenwärtig ca. 70000 – sind Bulgaren. Sie werden hauptsächlich in den unwegsamen Gebieten im Nordwesten und in Sibirien eingesetzt.

Mit ihrer „internationalen Arbeitsteilung“, die die Sozialimperialisten in den RGW-Staaten durchführen, haben sie Bulgarien in ihr Hinterland verwandelt. – (Z-Red.)

Zimbabwe: Der bewaffnete Volkskrieg wird die „interne Lösung“, die Abmachung der Imperialisten mit einer Handvoll Marionetten, zerschlagen

Am Donnerstag, dem 16.2. haben sich der Statthalter des rhodesischen Kolonialregimes Ian Smith sowie die aus dem Befreiungskampf des Volkes abgespaltenen Marionettenführer Sithole, Muzorewa, Chirau auf einen Plan für den hoffnungslosen Versuch einer neokolonialen Lösung in Zimbabwe geeinigt.

Dieses Projekt der Imperialisten und ihrer kolonialen Statthalter zur Spaltung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe und zur Spaltung der Patriotischen Front ist Makulatur, noch ehe die Tinte trocken ist. Parallel zu den Verhandlungen für die Innere Lösung in Salisbury zwischen Smith und seinen zukünftigen Kabinettsmitgliedern Sithole, Muzorewa und Chirau hatten die Vertreter des britischen und US-amerikanischen Imperialismus, Owen und Young, in Malta Gespräche mit den Vertretern der Patriotischen Front geführt.

Der bewaffnete Befreiungskampf hatte die Spitzenvertreter des britischen und US-Imperialismus an den Verhandlungstisch gezwungen. Sie hatten versucht die Patriotische Front zu spalten und die ZANU zu Zugeständnissen zu zwingen, den bewaffneten Befreiungskampf einzustellen. Aber der bewaffnete Befreiungskampf wird erst aufhören, wenn sein Ziel erreicht ist, die Befreiung Zimbabwes vom Imperialismus. Das haben die Vertreter der Patriotischen Front in Malta eindeutig klargelegt. Sie haben aufgerufen, den bewaffneten Befreiungskampf mit aller Kraft fortzusetzen.

Deshalb werden die Imperialisten der Vereinbarung in Salisbury auch nicht so recht froh. Geklärt ist für sie überhaupt nichts. Jedermann weiß, daß Sithole, Muzorewa und Chirau dem bewaffneten Befreiungskampf nicht Einhalt gebieten können. Zur Spaltung des Volkes wollen sie diese Vereinbarung einsetzen. Smith hat erklärt, alle wohlmeinenden Befreiungskämpfer könnten zurückkommen und würden gute Aufstiegschancen in der rhodesischen Armee haben. Aber etwas ganz anderes wird eintreten. Die Fortführung des bewaffneten Befreiungskampfes wird dazu führen, daß sich die rhodesische Armee, soweit sie Afrikaner unter die Knute der Armee zwingen konnte, spalten wird.

Denn nach diesen Verhandlungen in Salisbury sind auch die Fronten klarer, gerade weil die Patriotische Front keinerlei Zugeständnisse gemacht hat. Das wissen auch die Vertreter des britischen und US-Imperialismus, und deshalb verhalten sie sich abwartend. Sie wollen gerade die Fronten verwischen und weiterhin versuchen, einerseits durch die Unterstützung ihres Kolonialregimes in Rhodesien und der ausgehandelten internen Lösung die Massen Zimbabwes zu spalten, aber zugleich sich die Möglichkeit zur Spaltung der Patriotischen Front offenzuhalten. Deshalb hat der US-Botschafter bei der UNO, Young, erklärt, eine Lösung sei nur unter Einbeziehung aller beteiligten Kräfte möglich, und Owen hat im britischen Unterhaus und in der britischen Presse herausgestellt, daß man vor allem Nkomo, den Führer der ZAPU, noch herüberziehen müßte auf die Unterstützung der internen Lösung, um die ZANU zu isolieren.

Einen Tag nach den Vereinbarungen in Salisbury zwischen Smith und seinen zukünftigen Kabinettsmitgliedern hat die ZANU (Teil der Patriotischen Front) folgende Erklärung abgegeben:

The Zimbabwe African National Union (ZANU)
ZANU Headquarters – Information und Öffentlichkeitsarbeit
Maputo, Mozambique, 16.2.78

Presseerklärung zur sogenannten „internen Lösung“

Die Zimbabwe African National Union (ZANU), Teil der Patriotischen Front, hat von einer sogenannten „internen Lösung“ erfahren, die gestern in Salisbury von der Viererbande (Smith, Sithole, Muzorewa und Chirau) beschlossen worden ist.

Eine vollständige und wörtliche Aufzeichnung des Protokolls der sogenannten Konferenz über die „interne Lösung“, die in unseren Besitz gelangt ist, zeigt, daß das „Abkommen“ im Prinzip ein verräterischer Vergleich über den Ausverkauf des Geburtsrechts des afrikanischen Volkes ist.

Es garantiert, daß die weißen Siedler im Besitz des Landes bleiben, das sie unserem Volk gestohlen haben. Die Gerichtsbarkeit, die gegenwärtig von Rassisten und Völkermördern ausgeübt wird, bleibt erhalten; der öffentliche Dienst bleibt auf absehbare Zeit vollständig weiß; sowohl die Polizei und die Verteidigungskräfte als auch das Gefängnispersonal bleiben in der Hand der weißen Siedler; die weißen Siedler erwerben das garantierte Recht auf unverdiente Pensionen als Belohnung für die 88jährige Unterdrückung und Auspressung des Volks von Zimbabwe; es garantiert, daß die Weißen, die 3% der Bevölkerung ausmachen, zu 28% im Parlament repräsentiert sind und läßt im Interesse der weißen Siedler nicht zu, daß die Verfassung geändert wird.

Wir sind überzeugt, daß das sogenannte „Abkommen“ ein verschwörerischer Schwindel zwischen der Viererbande und den Intereressen der britischen und internationalen Imperialisten ist. Wir verspotten es und spucken darauf. Was uns angeht, ist das sogenannte „interne Abkommen“ null und nichtig von Beginn an.

Seit einiger Zeit schon haben Muzorewa, Chirau und Sithole der Welt erzählt, daß der bewaffnete Kampf automatisch aufhören werde, sobald sie mit Smith Einigung erzielt hätten. Das sollen sie jetzt mal beweisen.

Die Patriotische Front wird den bewaffneten Kampf verstärken bis zum Sieg. Die Viererbande wird zerschmettert werden. Es kann keinen Kompromiß geben.
Pamberi ne chimurenga!
A luta continua!

In einer Presseerklärung vom 17.2.1978 stellt R.G. Mugabe, Präsident der ZANU und gemeinsamer Führer der Patriotischen Front, fest:

„ . . . Was wir äußerst seltsam finden und unannehmbar, ist die Einwilligung der britischen Regierung in die gerade verkündete ‚interne Regelung‘. Die Übereinkunft wurde getroffen von Parteien, die keinen rechtmäßigen Verhandlungsstatus haben und erfordert so auch keine gewundenen Stellungnahmen, um sie zu entlarven. Sie muß ganz und gar zurückgewiesen werden, weil sie verräterisch per se ist. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die einzigen Verfassungsverhandlungen, die zu einer Regelung führen können, die folgenden drei Voraussetzungen erfüllen müssen:

1. Sie müssen sich auf die positiven Aspekte der anglo-amerikanischen Vorschläge gründen.
2. Sie müssen in Betracht ziehen, daß nur die Kräfte, die sich im Krieg befinden, das ist Großbritannien und seine Siedler-Ableger auf der einen Seite und die Patriotische Front, Vertreter des Volkes auf der anderen, einen gültigen Verhandlungsstatus haben. Denn nur sie allein können die Lage vom Krieg zum Frieden hin ändern.
3. Solche Verhandlungen müssen akzeptieren, daß da die Grundlage des Kriegs des Volkes seine Forderung nach Befreiung ist, jeder Friede, der eintreten soll, einen klaren und nicht rückgängig zu machenden Übergangsprozeß zur Befreiung haben muß.

Die einzige Garantie, daß diese nicht rückgängig zu machen ist, ist die vollständige Übergabe der politischen und militärischen Macht an das Volk vermittelt durch seine revolutionäre Führung, die Patriotische Front.
Pamberi ne Chimurenga!
Pamberi ne Hondo!

R.G. Mugabe
Präsident der ZANU,
gemeinsamer Führer der
Patriotischen Front

17.2.1978, Brüssel

Ebenso haben die afrikanischen Frontstaaten und Tanzania die in Salisbury ausgehandelte interne Lösung abgelehnt.

Die jetzt ausgehandelte interne Lösung und alle Versuche irgendwelcher neokolonialer Lösungen zur Spaltung der kämpfenden Massen Zimbabwes und zur Spaltung der ZANU und der Patriotischen Front sind vergeblich, wenn der eingeschlagene Weg des bewaffneten Kampfes und der Mobilisierung der Massen Zimbabwes fortgesetzt wird. Eine gute Bedingung für die Stärkung dieses Kampfes, für die Schwächung der Imperialisten und für die Vereitelung ihrer Interventionsvorbereitungen ist, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen in den imperialistischen Ländern sich zusammenschließen auf der Linie der Unterstützung des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes. Dazu hat die ZANU sich in einem Aufruf zur Ausrüstung der vollmotorisierten Kompanie der ZANLA an die Arbeiterklasse und das Volk Westdeutschlands gewendet.

Die Erklärung der ZANU vom Freitag zeigt, daß es unbedingt notwendig ist, die gesteckten Ziele dieses Aufrufs zu erfüllen und überzuerfüllen. Eine halbe Million DM und mehr bis zum 1. Mai. Die Erklärung zeigt, daß es unbedingt notwendig ist, alle Kräfte zu konzentrieren, um in machtvollen Veranstaltungen in Westberlin, Hannover, Köln, München und Frankfurt vor dem ersten Mai die Bundesregierung zur Anerkennung der Patriotischen Front zu zwingen. – (Z-Red.)

Die Sozialimperialisten plündern die Fischgründe der japanischen Fischer

1976 war Japan mit einem Fischfang von 10,6 Millionen Tonnen das Land mit dem größten Fischfangergebnis. Ein Siebtel aller Fische wurde von japanischen Fischern gefangen (Weltfischfang: 73,4 Millionen Tonnen). Obwohl noch keine genauen Zahlen bekanntgegeben worden sind, wird angenommen, daß die Sowjetunion Japan 1977 überrundet hat. (1976 wurden von der Sowjetunion 10,1 Millionen Tonnen gefangen.) Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß die Sowjetunion eine 200-Seemeilen-Zone um „ihr“ Gebiet errichtet hat. Haben die Supermächte zunächst lange Zeit gegen die Errichtung von 200-Meilen-Zonen durch kleinere Nationen gehetzt und die „Freiheit der Meere“ gepriesen, so haben sie seit März 1977 selbst 200-Meilen-Zonen errichtet. Welche Absichten sie damit verfolgen, macht das Vorgehen der Sozialimperialisten deutlich.

Die sowjetische Fischfangflotte fährt jedes Jahr mit Dutzenden großer Trawler in die japanischen Küstengewässer, um dort rücksichtslos die Fischgründe leerzufischen. Dabei kommt es zur Zerstörung von Fischernetzten, Fischergerät und die Existenz der japanischen Fischer wird bedroht. In den letzten Jahren bedrohten und schikanierten sowjetische Kriegsschiffe, die häufig im nördlichen Pazifik und im See von Okhotsk kreuzen, japanische Fischerboote und deren Besatzungen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Sowjetunion die vier südlichsten Kurileninseln besetzt. Bei Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan sollten diese an Japan zurückgegeben werden. Seit die neuen Zaren in der Sowjetunion an der Macht sind, haben sie diese Inseln jedoch zu unwiderruflichem Eigentum der UdSSR erklärt.

Sie haben auf Kunashiri und Etorofu Militärbasen errichtet. Bei der Verkündung der 200-Seemeilen-Zone rechnen die Sozialimperialisten die 200 Meilen von diesen Inseln aus, betrachten sie also als ihr Eigentum und machen den japanischen Fischern in diesem Gebiet ihre angestammten Fischgründe streitig.

Betroffen sind vor allem die Fischer von Hokkaido, der nördlichsten der großen japanischen Inseln. Lange Zeit wurde die japanische Regierung durch die Kämpfe der Fischer gezwungen, die Anerkennung dieser einseitig erklärten Hoheitsgewässer abzulehnen. Im Juni 1977 erklärte sie ihrerseits eine 200-Meilen-Zone, und es wurden zwei Abkommen über Fangquoten in den 200-Seemeilen-Zonen ausgehandelt und unterzeichnet. Damit hatte die japanische Regierung die 200-Meilen-Zone anerkannt und faktisch auch den Anspruch der Sowjetunion auf die vier nördlichen Inseln. Das erste Abkommen befaßte sich mit den Fangquoten japanischer Fischer in der 200-Meilen-Zone der UdSSR. Die Quoten wurden gegenüber den Fangergebnissen im Jahr vorher erheblich gekürzt, nämlich um 455 000 Tonnen oder 32,2%.

In Tokio demonstrierten die Fischer dagegen, forderten die Rückgabe der Inseln und verlangten von der Regierung, sie solle das Abkommen rückgängig machen. Die japanischen Imperialisten haben dennoch zugestimmt, um den Handel mit der Sowjetunion nicht zu gefährden, hatte sich doch die Ausfuhr in die UdSSR seit 1972 vervierfacht, die Einfuhr verdoppelt und rechneten sie mit Konzessionen auf die Ausbeutung von Steinkohle, Erdgas und Erdöl in Ostsibirien. (Japan muß 90% der benötigten Energieträger einführen.)

Das zweite Abkommen regelt den Fischfang der UdSSR in den japanischen Gewässern. Scheinbar wurden auch hier die Fangquoten reduziert, um 31,2%. Es wurde aber z.B. die Quote für Sardinen und Makrelen auf 200 Tonnen festgelegt, mit dem Hinweis, daß, wenn von anderen Sorten entsprechend weniger gefangen würden, dies hinfällig würde. Damit kann die sowjetische Fangflotte beliebig viel Sardinen fangen, worauf es ihr auch ankommt.

Durch diese Abkommen sind besonders die kleinen und mittleren Fischer betroffen. Die großen Hochseeflotten fischen kaum in diesen Gebieten. Mit dem ersten Abkommen ist zugleich verbunden, daß die japanischen Fischer Sondergenehmigungen beantragen müssen, um in diesem Gebiet fischen zu dürfen. Bei Verstößen dagegen unterliegen sie sowjetischer Gerichtsbarkeit. Auf den Inseln haben die Sozialimperialisten Lager errichtet, in die die Fischer, die keine Genehmigung besitzen, verschleppt werden. Gegen ihre Vertreibung aus diesem Teil des Meeres schließen sich die Fischer zusammen. – (Z-Red.)

Fukuda hat „Probleme von internationalen Dimensionen“

Japanische Bauern wehren sich gegen ihre Ruinierung – Die Eröffnung des Flughafens Narita erneut verhindert

Im September 1977 gab die japanische Regierung das „endgültige Eröffnungsdatum“ des neuen internationalen Flughafens Narita bekannt: „Ende Januar 1978“. Im Januar wurde bekanntgegeben, der Flughafen werde „endgültig am 30. März eröffnet“. Vorletzte Woche erklärte Ministerpräsident Fukuda, sonst gäbe es „Probleme von internationalen Dimensionen“.

Man wird sehen, ob er eröffnet wird. Jedenfalls konnte er jetzt nicht beginnen, weil die Bauern – auf deren Land der Bau vonstattenging und der weitere Ausbau stattfinden soll – mit der Hilfe von Arbeitern und Studenten eine weitere Schlacht in dem seit dreizehn Jahren dauernden Kampf gegen die Wegnahme ihres Landes gewonnen haben. Unter anderem bauten sie einen neuen soliden Stahlturm (ein früherer konnte nach harten Kämpfen im letzten Juni von der Polizei erobert und abgerissen werden) auf dem Grundstück eines Bauern direkt neben der geplanten B-Rollbahn, in passender Höhe, um den Flugverkehr auf dem bereits fertiggestellten Teil zu verhindern, hängten die rote Fahne des Bauernbundes an die Spitze und besetzten den Turm gemeinsam mit Bauern, Arbeitern und Studenten.

Vorletzte Woche überfiel die Polizei den Turm und konnte ihn nach zwei Tagen einnehmen. Die Eröffnung des Flughafens im Januar hat jedenfalls nicht stattgefunden.

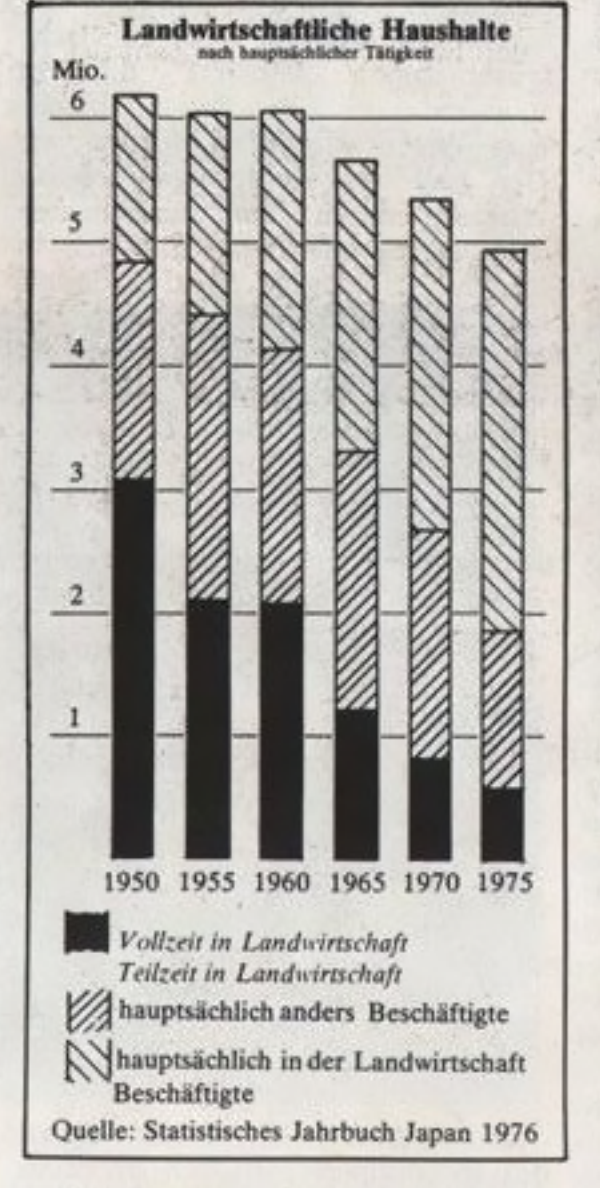
Die Nichteröffnung des lange fertigen Flughafens trifft einen empfindlichen Nerv der japanischen Imperialisten. Der alte Tokioer Flughafen ist überfüllt. Solange die Regierung den 32 ausländischen Luftverkehrsgesellschaften, die Landerechte in Japan beantragt haben, diese nicht zugestehen kann, sind ihre Chancen gering, ihrerseits in den entsprechenden Ländern mit Linienflugzeugen zu landen.

Daher die „internationalen Dimensionen“. Der Kampf um den Flughafen ist ein Brennpunkt des Kampfes der japanischen Bauernbewegung. Die Unterdrückung durch den imperialistischen Staatsapparat zielt auf die Vernichtung ihrer Existenz als Bauern. Dieses Ziel nennt die japanische Regierung nicht offen. Der internationale Wirtschaftsspitzeldienst ELU in London berichtet dagegen freimütig aus Tokio:

„Ein wichtiges Ziel der Landwirtschaftspolitik ist die Reduzierung der Zahl landwirtschaftlicher Haushalte. Das ist eine wichtige Aufgabe, wenn man die Tatsache betrachtet, daß die einzelnen Höfe sehr klein sind und die landwirtschaftliche Produktivität nicht sehr hoch ist.“ (ELU-Jahresbericht, Japan 1977)

Mit dem Krieg verloren die japanischen Imperialisten ihre Kolonien in Korea und China und damit Quellen billiger Lebensmittel. Das war ein entscheidender Antrieb für die verstärkte Kapitalisierung der Landwirtschaft. Die 1947 von der amerikanischen Besatzungsmacht durchgeführte Landreform hatte den Zweck, feudale Schranken bei der Kapitalisierung der Landwirtschaft zu beseitigen.

Die durchschnittliche Größe des Hofes des japanischen Bauern liegt etwas über einem Hektar, darauf baut er vor allem Reis im Wasseranbau an (1975 machte der Reis 39% der gesamten Landwirtschaftsproduktion aus). Daneben – oft in zweifacher Ernte pro Jahr, zum Beispiel Sommergetreide, Winterreis – auch Weizen und Gerste. Der Reisanbau nimmt zu, er bringt hohe Erträge pro Hektar (4,8 Tonnen pro Jahr 1975). Im Reisanbau sind die Mechanisierungsmöglichkeiten noch schwierig und teuer, deshalb begrenzt, der Bauer kann die Arbeitskraft der ganzen Familie auf dem kleinen Acker einsetzen, und das ist seine einzige Chance gegen die kapitalistische Konkurrenz. Die Regierung hat das Monopol auf den Reishandel. Sie will den Reisanbau einschränken. 1976 zum Beispiel gab es eine schlechte Ernte. In dieser Lage hielt die Regierung mit aller Macht den Reisankaufspreis niedrig, gegen den heftigen Widerstand der Bauern, innerhalb von fünf Monaten sank das Einkommen der Bauern um 5,5 Prozent, das landwirtschaftliche Bruttoprodukt dagegen nur um 1,1 Prozent.



Durch das Vordringen des Kapitals in die Landwirtschaft sind die Bauernfamilien gezwungen, teure Maschinerie zu kaufen, um konkurrenzfähig zu bleiben. 80 Prozent haben Einachsschlepper oder Traktoren, dafür müssen Kredite aufgenommen werden. In den sechziger Jahren lag die Zinshöhe für Bankkredite sogar offiziell bei Bauern und Kleinkapitalisten um 2 Prozent höher als bei Kapitalisten. Dazu kommen die staatlichen Reispreise und der Steuerdruck. Um den Hof halten zu können, müssen immer mehr Bauern sich einen Ausbeuter suchen. Mehr und mehr Bauernhaushalte leben vor allem von Arbeitslohn, und nicht mehr vom Ertrag ihres Hofes.

Die Zahl der kleinen Höfe unter 1,5 bis 2 Hektar sinkt, die der größeren über 3 Hektar hat sich von 1950 bis 1975 fast verdreifacht.

Und der ELU-Bericht ergänzt: „Es wird angenommen, daß während der jetzigen Dekade der Arbeitsmarkt immer angespannter sein wird.“ Und: „Es besteht . . . eine Reserve landwirtschaftlicher Arbeit, trotz einer 15prozentigen Verringerung . . .“

Japan hatte 1976 über eine Million Arbeitslose. Trotzdem haben die Kapitalisten Mangel an ausbeutbarer Arbeitskraft: die Zahl der jungen, besonders profitträchtig auszubeutenden Arbeiter und Angestellten (15 bis 24 Jahre) ging zurück. Andererseits ist eine größere industrielle Reservearmee für die Kapitalisten äußerst nützlich. Sie vergrößern zu können heißt, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu vergrößern und den Lohn weiter zu senken. Das wollen die Imperialisten. Beides brauchen sie für Fortschritte in ihrer Expansion.

Wenn die Bauern sich gegen die Unterdrückung durch die Imperialisten und ihren Staat zum Zweck des Bauernlegens wehren, ist das gut für die Arbeiterklasse und ihren Kampf für den Sturz der Kapitalistenherrschaft. „Der Sieg war möglich durch die Einheit der Arbeiter, Bauern und Studenten“, sagte Issaku Tomura, Vorsitzender der Liga gegen den Flughafenbau. (Japan Times, 8.2.78) – (Z-Red.)

Auftrag der Marine: „Den Gegner schon lange vor der Anlandung angreifen!“

Mit viel Aufwand hat die westdeutsche Bourgeoisie Verteidigungsminister Leber im Marinestützpunkt Kiel von den Marineeinheiten verabschieden lassen. Dem deutschen Imperialismus galt die Marine sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg als „Schmuckstück“ der Streitkräfte, mit deren Hilfe er zweimal vergeblich den Krieg um die Beherrschung der Welt führte.

„Die Handelsinteressen unseres Landes setzen funktionierende Verbindungen über die Ozeane in alle Welt voraus. Wir ... sind auf eine uneingeschränkte Energie- und Rohstoffzufuhr aus vielen Ländern der Erde angewiesen. Die ständige Ausweitung des Welthandels nicht zuletzt durch die Einbeziehung bisher unerschlossener Teile der Erde wird sich fortsetzen.“ (Georg Leber)

Wir sehen, Georg Lebers Herz glüht für den westdeutschen Imperialismus. Trotzdem wird ihm nachgesagt, sein Fehler war, daß er die Soldaten zu sehr liebte. Gehörig streckt sich der westdeutsche Imperialismus nach der Vorherrschaft über Ost- und Nordsee. Nach dem Weißbuch der Bundesregierung von 1976 hat die Marine in der Ostsee folgende Schwerpunktaufgaben: „1. Kampf gegen die Angriffskräfte des Warschauer Paktes in der Ostsee, 2. Abwehr von Angriffen über See auf die Ostseezugänge“. In ungebrochener Tradition zum aufstrebenden deutschen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg, der die „Front“, nämlich die langgestreckten Küsten durch eine Marine gesichert haben wollte, steckt der westdeutsche Imperialismus unter der Flagge der „Abwehr und Verteidigung“ seine Hoheitsgebiete ab. Jütland, die dänischen Inseln in der Ostsee und Südnorwegen gehören dazu. Da wird keiner gefragt. Die Ostsee und mehr „gehört zu Westdeutschland“.

„Für die Abwehr eines Angriffs ist es wichtig, sich nicht in eine strategische Verteidigungsposition an der Küste und im Küstenvorfeld drängen zu lassen. Gerade gegen amphibische Kräfte müssen Seekriegsmittel zur Verfügung stehen, *die den Gegner schon lange vor der Anlandung angreifen*, um den Zeitraum eigener Waffenwirkung zu verlängern.“ (Seemacht und Außenpolitik, Mahncke / Schwarz)

„Im Besitz der Ostseezugänge könnte das Oberkommando des Warschauer Pakts
– seine Ostsee-Streitkräfte, -Basen und Werften für eine Schlacht im Atlantik nutzen, mit dem Ziel, Europa von Amerika zu isolieren,
– die Ostsee als Nachschubstraße für eine Großoffensive in Mitteleuropa nutzen.
Ein Blick auf die Karte zeigt, daß eine dauerhafte Nutzung der Ostseezugänge zu den eben aufgeführten Zwecken nur möglich ist, wenn die die Meerengen beherrschenden Inseln und Territorien, d.h. vordringlich die Inseln Laaland, Fehmarn, Langeland, Fünen und Seeland, auf die Langeland, Fünen und Seeland, auf die Dauer aber auch Schleswig-Holstein, Jütland und Südnorwegen in Besitz genommen werden ... Wenn der bisher vorgetragene Gedankengang richtig ist, dann ist das vordringlichste Operationsziel für die Nato-Seestreitkräfte in der Ostsee, die Verhinderung von amphibischen Landungen auf den dänischen Inseln und entlang der schleswig-holsteinischen Ostseeküste.“ (Truppenpraxis, 1/75)

Dritter Schwerpunkt der Aufgaben der westdeutschen Marine ist die „Sicherung der Nordsee als Einsatzraum von Verstärkungen und als Transportweg, Rohstoff- und Nahrungsquelle“ (Weißbuch 1976). In der Nordsee befinden sich nicht unerhebliche Erdöl- und Naturgasvorkommen, die hauptsächlich im britischen und norwegischen Teil der Nordsee liegen. Bereits heute können die britischen Imperialisten 90% ihres Bedarfs an Naturgas decken und gehen nach Berechnungen davon aus, daß sie 1980 den gesamten britischen Ölbedarf aus den in der Nordsee lagernden Ölreserven decken können. Die westdeutschen Imperialisten schreien wie wild nach Verteidigung dieser Bohrinseln. Als „Beschützer des Rests Europas“ spielen sie sich auf und wollen sich dabei diese Erdöl- und Gasvorkommen unter den Nagel reißen. Daß die britischen und norwegischen Imperialisten bei dieser Art „Verteidigung“ nicht mitmachen, macht den westdeutschen Imperialismus wütend. „Es ist sinnlos, Tanker zu schützen, die um das Kap der Guten Hoffnung kommen, und die Öl- und Gasvorkommen vor der eigenen Haustür zu vernachlässigen.“ (Truppenpraxis 9/75)

„Die NATO geht gegenwärtig davon aus, daß Probebohrungen, Produktionsplattformen und zugehörige Vorratsbehälter – gleich ob sie als ständige Festpunkte zu betrachten sind oder nicht – nicht als „Inseln“ im völkerrechtlichen Sinne zu bezeichnen sind und auch nicht einen Teil des nationalen Territoriums bilden.

Diese lapidare Feststellung besagt, daß ein Angriff auf eine Ölplattform keinen Angriff auf eine Nation darstellt. Dabei wird *absichtlich* vollkommen ignoriert, daß ein solcher Angriff einer Nation wahrscheinlich mehr Schaden zufügen würde als ein Luftangriff auf das Land selbst, produziert doch eine Produktionseinrichtung, die aus einer Anzahl von Förderanlagen bestehen kann, so viel Öl wie 7 bis 8 Supertanker bei ständigem Verkehr zwischen dem Persischen Golf und Europa transportieren.“ (Truppenpraxis 8/75) – (Z-Red.)

Die Interessen der Sowjetunion an der Kap-Route und die strategischen Projektionen des Admirals Gorschkow

Jüngst hat der Oberbefehlshaber der sowjetischen Marine, Admiral Gorschkow, in dem Organ der Streitkräfte „Roter Stern“ veröffentlichen lassen, daß die Sozialimperialisten ein gutes Stück vorangekommen seien bei ihren Weltherrschaftsplänen: „Die sowjetische Kriegsmarine besitzt gegenwärtig Kriegsschiffe, die an jedem beliebigen Punkt des Erdballs einsatzbereit sind“, heißt es da. „Zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion ist unsere Marine, die auf den Weltmeeren kreuzt, im vollen Sinn des Wortes zu einer Langstreckenwaffe geworden.“ Nun, lange Strecken legen die sowjetischen Schiffe allerdings zurück. Es gibt praktisch keinen Meeresteil des Erdballs, seien es der Pazifik, der Indische Ozean, seien es der Atlantik oder die verschiedenen Binnenmeere Europas. Dabei verfolgen die Sozialimperialisten das Ziel, sich als „Friedensstifter“, der „mit gutem Recht“ seine „Operationsfreiheit auf allen Weltmeeren wahrnimmt“, vor den Völkern darzustellen, mit der Absicht, die Seeherrschaft der Supermacht USA zu brechen. Daß sie an ihre Stelle treten wollen, können sie dabei schwer verbergen.

Den Sozialimperialisten geht es darum, beim Kampf um Europa die Flanken zu sichern und ihre imperialistische Aggression zu stützen. Erklärtes Ziel ist es, die Verbindungslinien der USA-Supermacht sowie der westeuropäischen Imperialisten vom Nahen Osten und Fernost abzuschneiden bzw. zu unterbrechen, noch bevor es direkt zum Ausbruch eines Krieges kommt.

Die Flottenpräsenz der Sowjetunion auf den Weltmeeren hat aber keineswegs nur diesen Zweck. Hartnäckig sind die Sozialimperialisten gegenwärtig bemüht, sich um ganz Afrika herum, also praktisch um die Kap-Route, Bunker und Landungsrechte zu sichern. Mit welchen Mitteln, wird gerade deutlich am Eingreifen der Sozialimperialisten am Horn von Afrika, wo sie sich einmischen und die Völker spalten mit der Absicht, sich in diesem Teil Afrikas festzusetzen. Dabei geht es nicht allein um das Abschneiden der Nachschublinien der imperialistischen Konkurrenten. Die Tatsache, daß die Sozialimperialisten gegenwärtig mit allen Mitteln der imperialistischen Expansion und Ausbeutung sich auf der Welt festsetzen, zwingt sie praktisch dazu, ihre *eigenen* Kapitalanlagesphären und Schiffahrtsrouten zu sichern. Die Kommunistische Volkszeitung hat vor Wochen über den Ausbau des Transportmonopols der Sowjetunion berichtet. Dessen Entwicklung führt auch dazu, daß die Sowjetunion die traditionellen Schiffahrtsrouten der Welt benutzt, was um Afrika herum eben das Kap ist. „Die Afrikarouten haben Zukunft“, heißt es in der sowjetischen Presse. Angesichts der verschiedenen Großprojekte, die die Sozialimperialisten gerade an der afrikanischen Westküste, wie Marokko, Nigeria und vor allem Angola angelegt haben, angesichts der Tatsache, daß sie tonnenweise Rohstoffe aus Afrika wegschleppen, ist die Konsequenz dieser imperialistischen Räuber, „ihre Schiffahrtsrouten zu schützen“.

Die Fischereiflotte der Sozialimperialisten ist die größte der Welt. Von ihrer Hochseefischerei (8462,7kt) werden allein 4785,0kt aus dem Atlantik gefischt. Dabei ein Großteil vor den afrikanischen Küsten. So hat Angola sich beispielsweise verpflichten müssen, gemeinsame Fischereigesellschaften mit der Sowjetunion zu gründen. 12% der sowjetischen Fangergebnisse vor der Küste Angolas werden an Angola abgegeben. Solche Stützpunkte und Kolonien wollen beschützt werden. Entsprechend Admiral Gorschkows Aufruf an die Völker der Welt, „daß ihre Marine an jedem beliebigen Punkt der Welt einsatzbereit ist“. Gorschkow ist der ideologische Hauptvertreter der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion in bezug auf die Eroberung der Weltmeere durch die sowjetische Flotte. Schon 1975 hatte er 12 Aufsätze geschrieben, in denen die sozialimperialistischen Absichten zusammengefaßt sind. „Wenn unter jetzigen Gegebenheiten über die militärische Stärke der Staaten gesprochen wird, geht es um das abgestimmte Zusammenwirken aller gut ausgebildeten, ausgerüsteten, zweckmäßig gegliederten und rational ausgewogenen Teile der Streitkräfte. Gerade deshalb liegt der sowjetischen Militärdoktrin der Grundsatz des Zusammenwirkens aller Teilstreitkräfte zugrunde. Nur durch ihren koordinierten Einsatz kann der Sieg errungen werden.“ So der Ausgangspunkt von Gorschkows Projektion für die Marine. Dabei beruft er sich auf die revolutionäre Tradition der Roten Armee unter Lenins und Stalins Führung und verschweigt, was *der Zweck* dieses Zusammenwirkens der Teilstreitkräfte ist: Verteidigung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus vor Aggression und Intervention der Imperialisten. Einfach und klar war dieser Auftrag, und die Rote Armee hat erfolgreich Sowjetrußland beschützt und Anfang der zwanziger Jahre und 1945 den Sieg über die Imperialisten errungen. Die Marinestreitkräfte waren jeweils dieser Kampfaufgabe untergeordnet, entsprechend waren die Bedingungen geschaffen, die Küsten zu verteidigen. Die Absichten der Sozialimperialisten sind dem eindeutig entgegengesetzt. Die Grenzen Sowjetrußlands bräuchte man schließlich nicht im Indischen Ozean, vor den Küsten Südamerikas oder auch nicht im Mittelmeer zu schützen. Gorschkow versucht diese einfachen Tatsachen durch den Rückgriff auf die Traditionen der Zarenflotte zu verdecken.

Gorschkow begründet zum Beispiel das Herumtreiben der sowjetischen Kriegsschiffe gegen den Widerstand der Völker im Mittelmeer mit der Aggressionspolitik der alten Zaren: „Die Anwesenheit der russischen Flotte unter der Führung von W.M. Senjawin im Mittelmeer in den Jahren 1806 bis 1807 diente auch der strategischen Unterstützung der russischen Armee, die gegen die Truppen des napoleonischen, mit der Türkei verbündeten Frankreich kämpfte. Auch in diesem Fall hat unsere Flotte den Zweck erfüllt, indem sie der türkischen Flotte auf dem Meere und den französischen Truppen auf dem Balkan vernichtende Niederlagen zugefügt hat.“ „Unsere Flotte“, hier spricht der Nachfolger der alten Zaren, wobei zu bemerken ist, daß er an die 20 Seiten in diesem Stil berichtet, ähnlich wie die einschlägigen bürgerlichen Schulbücher Schlacht an Schlacht reiht und somit mit dem Schlachtgetümmel Aggression und Raub der feudalen und später kapitalistischen Mächte Europas einschließlich des Zarismus verpackt wird zur Rechtfertigung heutiger aggressiver Politik: „Unsere Flotte hat, anders ausgedrückt, der ganzen Welt gezeigt, daß das Mittelmeer nicht so etwas wie ein Naturschutzgebiet oder eine gesperrte See darstellt. Rußland ist ein Mittelmeerstaat, die Anwesenheit seiner Schiffe in diesen Gewässern ist nicht nur auf geographische Gegebenheiten gegründet (Zugehörigkeit des Schwarzen Meeres zum Mittelmeerraum), sondern auch auf jahrhundertealte Notwendigkeit, daß sich dort russische Seestreitkräfte aufhalten.“ Das ist offen und unverhüllt. Diese Begründung für den Aufenthalt der sowjetischen Flotten findet Gorschkow auf der ganzen Welt. So zum Beispiel „die Entdeckungen durch Russen“ berechtigen zum Beispiel eigentlich, sich auf allerlei Inseln des Pazifiks herumzutreiben oder in der Antarktis, wo „Russen als erste das antarktische Festland erreicht und umfahren“ haben. Freilich, Gorschkow weiß auch von schmerzlichen Niederlagen der Zarenflotte zu berichten, die auf die „Unterschätzung“ der Seestreitkräfte durch die Zaren verursacht wurden. Daraus zieht Gorschkow gerade die Lehren einer schlagkräftigen weltweiten Flotte, „mit der die Sache des Friedens, der Sicherheit und Entspannung“ weltweit vertreten werden kann. Allerdings, wenn die imperialistischen Gegner aus Gründen der Konkurrenz nicht wollen oder die Völker der Welt diesen „Frieden“ ablehnen, wird „die altbekannte Formel vom ‚Kampf um die erste Salve‘ in einem Einsatz auf See unter den gegenwärtigen Bedingungen eine besondere Bedeutung“ bekommen. (Gorschkow) Die Sozialimperialisten setzen darauf, dem imperialistischen Konkurrenten auf jeden Fall zuvorzukommen.

Gegenüber der Dritten Welt wird die sowjetische Armada direkt als Drohung eingesetzt, zum Beispiel gegenüber der gerechten Forderung vieler Länder der Dritten Welt nach einer 200-Meilen-Zone. „Die UNO-Delegation der UdSSR“, schreibt Gorschkow, „hat derart extremistische Ansichten kritisiert“, „mit dem Hinweis, daß die sozialistischen Länder ihren Reichtum selber geschaffen haben“ und „die Teilung in arme und reiche Klassenspaltung verwischen würde“. Angesichts der maßlosen Ausplünderung der Länder des RGW sowie verschiedner Länder der Dritten Welt durch die Sowjetunion ein von den Völkern immer besser durchschautes Manöver. Gorschkows strategische Projektionen sind die eines waschechten Imperialistenvertreters. Durch die Revolution in ihren Ländern werden die Völker diesen neuen Ausbeutern im roten Gewande den Garaus machen. – (Korrespondentenbericht Wien)

Der „Klub von Paris“ will das Rad der Geschichte in Zaire zurückdrehen

Versuch der westlichen Imperialisten, die Staatsbank Zaires in die Hand zu bekommen

Als vor einem Jahr Zaire Opfer einer Aggression durch eine von den Sozialimperialisten in Angola geheuerte Söldner-Truppe unter dem berüchtigten Katanga-General M'bumba wurde, hatten es die westlichen Imperialisten keineswegs eilig. Sie ergingen sich in ausgedehnten Debatten, ob es die Regierung Mobutu wert sei, von ihnen unterstützt zu werden, entdeckten ihr Herz für die große Unzufriedenheit des Volkes von Zaire, verweigerten der Regierung Zaires den Ankauf angeforderter Waffen und handelten in aller Gemütsruhe über Preis und Zahlungsbedingungen.

Die sozialimperialistische Invasion scheiterte am Widerstand der Volksmassen Zaires und der Völker Afrikas. Die akute Bedrohung Zaires durch die Sozialimperialisten besteht jedoch weiter fort. Der General M'bumba hält weiterhin mehrere Tausend Mann in Nord-Angola unter Waffen, bezahlt und ausgerüstet von der Sowjetunion.

Die europäischen, US-amerikanischen, mittlerweile auch die japanischen Imperialisten nützen diese bedrohte Situation Zaires weidlich aus. Alle ihre verschiedenen Erpressungsmanöver laufen jetzt in einem konzertierten Versuch zusammen, die noch verbliebenen Errungenschaften der nationaldemokratischen Revolution des Volkes von Zaire (dem früheren Belgisch-Kongo), die in der Erkämpfung der staatlichen Unabhängigkeit und in der Nationalisierung der wichtigsten Industrien des Landes bestanden, weitgehend zu liquidieren und Zaire in ein gemeinsames Protektorat, deutlicher gesagt: eine Halbkolonie zurückzuverwandeln.

Zaire ist an die Imperialisten mit 2 bis 3 Milliarden Dollar verschuldet, was fast einem Jahresprodukt des Landes entspricht. Der Verfall der Kupferpreise auf dem kapitalistischen Weltmarkt hat Zaire, wie bürgerliche Pressemenschen heiter feststellen, „grausam getroffen“. Zwei Drittel aller Exporterlöse Zaires kommen aus dem Verkauf des Kupfers. Im Vertrauen auf den besseren Preis, den das Kupfer in den Jahren 1973/74 erzielt hatte (fast das Dreifache des jetzigen Preises, der nicht einmal mehr die Selbstkosten deckt), hatte die Regierung ein großangelegtes Investitionsprogramm eingeleitet, nachdem 1973 eine Masse weiterer imperialistischer Unternehmen „zairisiert“, d.h. verstaatlicht oder in den Besitz zairischer Kapitalisten überführt worden war. Der Fall der Kupferpreise, dessen Wirkung durch den angolanischen Bürgerkrieg und den Krieg der Sumächte um Angola noch verdoppelt wurde, da Zaire jetzt von seinen wichtigsten Verbindungshäfen abgeschnitten war, hat den Plänen einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung Zaires ein brutales Ende gesetzt. Für alle Industriewaren und Lebensmittel, die Zaire gegen Devisen im Ausland kaufen mußte, mußte es sich jetzt neu verschulden. Mit jedem neuen Kredit stiegen die Bedingungen, die die Imperialisten stellten. 1976 mußten Anteile von 40%, oft auch bereits der Mehrheitsanteil vieler „zairisierter“ Betriebe wieder an die alten Eigentümer zurückgegeben werden. Gleichzeitig mußte Zaire seine Währung um 42% gegenüber den westlichen Währungen abwerten, so daß die Imperialisten für einen gleichen Preis jetzt eine ungleich größere Warenmenge aus Zaire herausschleppen konnten, während ihre eigenen Waren sich entsprechend verteuerten.

Mit Beginn 1977, mitten während des sozialimperialistischen Invasionsunternehmens, gingen die Imperialisten einen Schritt weiter. Sie verweigerten jetzt alle neuen Kredite und verlangten, daß ein „internationales Hilfsprogramm“ für Zaire ausgearbeitet werden müsse. Zu diesem Zweck rotteten sie sich im „Klub von Paris“ zusammen. Manches daran erinnert unmittelbar an jene berüchtigte Berliner Konferenz im Jahre 1884, als sich die Imperialisten Afrika aufteilten und unter anderem den Kongo zum Mandatsgebiet des belgischen Königs machten, mit der ausdrücklichen Auflage, daß er für alle anderen Imperialisten offenes Gebiet bleiben müsse. Auch jetzt ist die belgische Regierung mit der Federführung beauftragt. Die Imperialisten wollen folgendes durchsetzen:

Die Staatsbank von Zaire soll einem Gremium „internationaler Fachleute“, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zu benennen sind, unterstellt werden. Diese „Fachleute“ sollen die Devisenreserven des Landes kontrollieren, was nichts anderes heißt, als daß sie den gesamten Außenhandel des Landes im Interesse der Imperialisten dirigieren wollen. Vorrangig sollen sie die Tilgung der Schuldendienstzahlungen Zaires mit Zins und Zinseszins überwachen. Zaire soll gezwungen werden, alle bis Ende 1976 aufgenommenen Kredite, insgesamt 2 Mrd. DM, binnen 10 Jahren (an die Gläubigerstaaten) und 15 Jahren (an die Gläubigerbanken) zurückzuzahlen. Zugleich müssen die Entschädigungen für die nationalisierten oder in die Hand zairischer Kapitalisten übergegangenen Betriebe umgehend gezahlt werden. Im Januar dieses Jahres hat die Regierung Zaires verfügt, daß alle Kapitalanteile, für die die Entschädigungen nicht pünktlich und vollständig bezahlt werden können, an die imperialistischen Eigentümer zurückgegeben werden sollen.

– Ebenso sollen die „Fachleute“ des IWF alle Staatsausgaben kontrollieren können, insbesondere die Investitionen. Schon 1977 mußten die staatlichen Investitionen auf 35 Mio. Dollar beschränkt werden, während 168 Mio. in den Entwicklungsplänen vorgesehen waren. Auf diese Weise wird für die frisch in imperialistischer Hand befindlichen Unternehmen der nötige Spielraum geschaffen.

– Schließlich sollen die Produktionskosten in den Minen weiter gesenkt werden, d.h. unter Aufsicht der „internationalen Fachleute“ die Ausbeutung der zairischen Bergarbeiter drastisch weiter gesteigert werden. Schon heute haben sich belgische Spezialisten sowie ein „Generalabgeordneter“ der imperialistischen Metallmonopole auf allen Ebenen in der Gécamines, dem zentralen, 1967 nationalisierten Kupferunternehmen (der früheren berüchtigten Union Minière du Haut Katanga, dem größten belgischen Kolonialunternehmen) festgesetzt. Gleichzeitig haben die Imperialisten selbst riesige Investitionen im Kupferbergbau wie zugleich in anderen Zweigen des Bergbaus – Gold, Silber, Uran, Mangan, Kobalt, Tantal, Diamanten usw. – kein wertvoller mineralischer Rohstoff, von dem Zaire nicht ausbeutbare Vorkommen besitzt, – im Visier.

Unter dem konzentrierten Druck der Imperialisten und Sozialimperialisten, dem Zaire als eines der reichsten und strategisch wichtigsten Länder Afrikas ausgesetzt ist, beginnt das nationalbürgerliche Regime Schritt um Schritt zu weichen. Es tritt deutlich hervor, daß nur die Arbeiter-Bauern-Revolution, nur der Sozialismus Zaire retten kann. In den weiten Gebieten des Nordens und Ostens des Landes hat die Revolution, die von den Imperialisten 1965 im Blut erstickt wurde, einen neuen großen Aufschwung genommen, seit die Kommunisten – wenngleich noch nicht einheitlich organisiert – ihre Fehler kritisiert und ihre Politik ausgerichtet haben.

Zum weltweiten Kampf gegen den Imperialismus muß das Volk körperlich und geistig gesund sein

Auszüge aus einem Gespräch mit Sidney Sekeramayi, Stellvertretender Sekretär für Volksgesundheit der ZANU

Mit Kolonialismus und Imperialismus kamen neue Krankheiten und Seuchen nach Zimbabwe

Wenn man den Gesundheitszustand des Volkes von Zimbabwe untersucht, und zwar den der sehr Armen und den derjenigen, die etwas Geld haben, d.h. die wenigen Geschäftsleute und Ausgebildeten, stellt man fest, daß die Mehrheit der armen Massen an den Folgen schlechter Ernährung und Unterernährung leidet. Das vorherrschende Krankheitsbild ist so eine Widerspiegelung der schlechten Bedingungen, unter denen diese Menschen leben. Die Unterernährung befördert wiederum andere körperliche Krankheiten; z.B. ist Tuberkulose weit verbreitet, es gibt Fälle von Pellagra. Dies ist eine Vitaminmangelkrankheit, die zu Blindheit führen kann. Diese Krankheiten waren vor dem Eindringen der Kolonialisten und Imperialisten in Zimbabwe unbekannt. In den meisten afrikanischen Ländern und Kulturen kann man feststellen, daß all die Krankheiten, die es vor den Imperialisten schon gab, einen Namen in der einheimischen Sprache haben, aber solche Erkrankungen wie Pellagra, die es in unserer Gesellschaft früher nicht gab, in unseren Sprachen gar keinen Namen haben. Deshalb benutzen wir den englischen Namen. Diese Krankheiten traten auf als Resultat der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung. Das Volk kann nicht genügend Lebensmittel anbauen und kann sich nicht selber ernähren. Die Kost ist deshalb nicht ausgewogen. Das Volk ernährt sich hauptsächlich von Mais. Die Nahrung besteht hauptsächlich aus Kohlehydraten, sehr wenig Eiweiß, Vitamine und wichtige Minerale fehlen. Die Situation hat sich jetzt in den Konzentrationslagern, wo das Volk leben muß, noch weiter verschlechtert. Die Menschen sind dort zusammengepfercht, haben wenig Anbaufläche zur Verfügung und leben in einem Zustand des chronischen Hungerns und Verhungerns.



Vor der Intensivierung des bewaffneten Kampfes, als die Massen in den Dörfern lebten, wo der Boden sowieso schon sehr schlecht war, hatten wir durchschnittlich acht bis zehn Acres pro Familie (1 Acre gleich 40 Ar). Die Größe der Familie spielte dabei keine Rolle: es konnten nur Mann und Frau sein oder in einer polygamen Familie ein Mann mit vier Frauen und, sagen wir, 16 Kindern. Die acht Acres blieben immer gleich. Das Volk wurde dann in die Konzentrationslager gepfercht und die durchschnittliche Anbaufläche pro Familie beträgt jetzt ungefähr 2 Acres. Auf 2 Acres kann man überhaupt nichts mehr anbauen. Die damit zunächst verlorengegangenen Anbauflächen liegen heute in den halbbefreiten Gebieten, und wir meinen, daß wir sie mit der Konsolidierung der halbbefreiten Gebiete zunehmend für den Anbau von mehr Lebensmitteln nutzen können. Wir reißen von Tag zu Tag mehr Konzentrationslager nieder, und die daraus befreiten Menschen werden wir im Laufe der Zeit in Landwirtschaftskollektiven organisieren. So können sie ihr Land gemeinsam bestellen, gute Ernten einbringen zum gemeinsamen Nutzen für sich selbst, ihre Kinder, für die Befreiungsarmee, für uns alle.

Die Probleme der Volksgesundheit in Zimbabwe stehen in einem direkten Zusammenhang mit imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung

Die ZANU ist einheitlich der Auffassung, daß die Gesundheitsprobleme in den Lagern in Mozambique und innerhalb Zimbabwes ihre direkte Ursache im Vorgehen des Imperialismus und Kapitalismus in Zimbabwe und dem übrigen südlichen Afrika haben.

Von Anfang an bestand in Zimbabwe ein System der Rassendiskriminierung, denn es gab unterschiedliche Krankenhäuser für Weiße und für Schwarze. Das ist auch heute noch so. Selbstverständlich können die weißen Ärzte überall arbeiten, aber die schwarzen Ärzte dürfen nur in den schwarzen Krankenhäusern arbeiten. Das gleiche trifft für die medizinische Ausbildung zu. Die Situation wird lächerlich, wenn man Anatomie studiert, denn die schwarzen Studenten müssen schwarze Körper sezieren, die weißen Studenten weiße, was eine sehr traurige Widerspiegelung davon ist, wie der Rassismus in Zimbabwe aussieht.

Der Kapitalismus heute in Zimbabwe bewirkt, daß die meisten großen Krankenhäuser in den Städten sind, in Salisbury, Bulawayo, Guelo und Umtali. Die Krankenhäuser verfügen im Durchschnitt über 300 bis 400 Betten und sind nur für Schwarze. Die Krankenhäuser für Weiße sind kleiner, haben bessere Ausrüstung, mehr Geld, und die Angestellten in den weißen Krankenhäusern werden besser bezahlt.

Im allgemeinen wird ein Afrikaner, sei es nun bei einer Blinddarmentzündung oder bei irgendetwas anderem, nach ein bis zwei Tagen aus dem Krankenhaus entlassen, also bevor er überhaupt wieder völlig gesund ist. Wegen der schlechten Bedingungen, unter denen die Patienten das Krankenhaus bereits wieder verlassen müssen, ist die erneute Wundinfektion weit verbreitet, und alte Wunden brechen erneut auf. Die Folge sind häufige Sekundärinfektionen und Sepsis (Blutvergiftung). Schwarze können sich schon gar nicht leisten, z.B. eine Herzoperation durchführen zu lassen. Afrikaner müssen jegliche gesundheitliche Versorgung selbst bezahlen, und Medizin ist sehr teuer. Wenn ein Afrikaner eine Angina hat und Penicillin kaufen will, bekommt er sieben bis acht Kapseln, was natürlich nicht genug ist, um eine Heilung herbeizuführen. Mehrer Pakkungen müßten die Afrikaner kaufen, von denen eine ungefähr sieben bis acht Rhodesische Dollar kostet. Das ist aber für die Afrikaner sehr viel Geld, weil sie nie so viel verdienen, besonders jetzt, wo viele arbeitslos sind. Da bleiben sie lieber krank zuhause, denn wenn sie Arznei kaufen, haben sie wieder kein Geld für Lebensmittel für ihre Kinder, und sie hoffen, zuhause gesund zu werden. Es gibt keine Krankenversicherung für Afrikaner, d.h. auch für die Pflege in den Krankenhäusern müssen Afrikaner alles selber bezahlen. Das können nur wenige. Wer in den Dörfern lebt, kann im Krankheitsfall meistens überhaupt nichts unternehmen, weil es keine Ambulanzwagen zum Krankenhaus gibt. Aber wer in der Nähe von Städten oder nahe einer Missionsschule lebt und zu einem Krankenhaus geht, der bekommt eine Diagnose gestellt und bekommt gesagt, wieviel er für die Behandlung bezahlen muß. Wenn man aufgenommen wird, muß man täglich für das Bett, die Lebensmittel und die Dienstleistungen bezahlen. Wenn man das am fälligen Tag nicht kann, wird man nach Hause geschickt. Das ist immer das gleiche, ob man beschäftigt oder arbeitslos ist.

> *Im Rahmen der Kampagne*
>
> *„Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA"*
>
> *werden auch Medikamente gesammelt. Listen der benötigten Medikamente liegen bei den Bezirken aus oder können bei der KVZ-Redaktion angefordert werden.*
>
> ***ZANU-Spendenkonto***
>
> ***Volksbank Mannheim 10683 26***
>
> ***Stichwort: „Ausrüstung für eine Kompanie der ZANLA"***

Wir erklären den Volksmassen immer wieder, daß Medizin nur dann notwendig wird, wenn der Körper sich nicht selbst verteidigen kann; und der Körper kann sich nur selber verteidigen, wenn er stark und sauber ist. Dies kann nur durch Selbsterziehung erreicht werden. Das Volk muß unter guten sanitären Bedingungen leben, es muß hygienisch leben, es muß Nahrungsmittel produzieren zur eigenen Ernährung, so daß der Körper in guter Verfassung ist. An großen Orten, wo viele Menschen zusammenleben, war es uns möglich, den Menschen zu erklären, wie sie gute Häuser bauen, wie sie die Häuser sauber halten, Tote aus den Häusern entfernen sollen, daß sie Gras schneiden sollen, damit die Moskitos abgehalten werden, daß sie die Wasserstellen sauberhalten, Toiletten in ausreichender Entfernung von Eßplätzen und Brunnen anlegen.

Allgemein konnten wir durch diese Linie des Vertrauens auf die eigene Kraft schwerwiegende Epidemien vermeiden. Das ist etwas völlig Neues, denn früher beruhte das Leben der Menschen niemals auf dem Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft. Das Gesundheitssystem des Kolonialregimes beruht auf der Mystifizierung der westlichen Medizin. Die Menschen sollen glauben, daß sie, wenn sie ins Krankenhaus gehen und Medizin bekommen, gesund werden. Es wurde ihnen nie erklärt, warum sie krank werden. Die präventive Medizin ist jedoch entscheidend, die heilende Medizin wird in einem freien Zimbabwe nur dann eingesetzt, wenn die präventive Medizin fehlgeschlagen ist. Bei allen Krankheiten, wo man präventive Maßnahmen ergreifen kann, haben wir die Massen ermutigt, solche Maßnahmen zu ergreifen.

Die Gesundheit der Massen ist ein wichtiger Faktor im Kampf gegen das Siedlerregime

Das Volk muß geistig und körperlich gesund sein, um eine aktive und positive Rolle im weltweiten Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus, Neokolonialismus, Faschismus und der Unterdrückung übernehmen zu können. Folglich werden die Kader in unserer Partei dazu erzogen, den Zusammenhang zwischen Gesundheit und Politik zu erkennen. Gesundheit kann nicht von Politik getrennt werden, weil das ökonomische und politische System eines Landes grundlegend die medizinische Versorgung bestimmt.

Am Anfang, als viele Menschen krank waren, haben wir die einzelnen Krankheiten angepackt, z.B. Tuberkulose. Wir haben mit den Massen eine Art politisches Seminar durchgeführt, haben ihnen genau erklärt, was Tuberkulose verursacht, welche präventiven Maßnahmen ergriffen werden können, um Tuberkulose zu vermeiden. Wenn z,B. ein Genosse Tuberkulose hatte, haben wir den anderen erklärt, daß selbst wenn er Tuberkulose hat, er nicht als jemand Unberührbares behandelt werden darf, weil er noch immer Teil der Gemeinschaft, Teil von uns ist. Aber weil er eine Krankheit hat, die er auf andere übertragen kann, ist es im öffentlichen Interesse, wenn er an einem Ort behandelt wird, wo andere nicht so oft hinkommen.

Wenn es sich um eine Krankheit wie z.B. Krätze handelt, was hauptsächlich ein hygienisches Problem ist, erklären wir, was Krätze verursacht, wie sie behandelt werden kann. Bis jetzt sind wir beim Unterricht so vorgegangen: Wenn es sich um eine Krankheit handelt, die genauester Erklärung bedarf, dann haben wir die Menschen in kleinen Gruppen organisiert, und unsere Barfußärzte führen diesen Unterricht durch.

Im Kampf gegen das Siedlerregime ist es auch gut möglich, daß dieses Regime bewußt eine Epidemie in dem Gebiet verursacht, in dem wir operieren, um die Massen zu demoralisieren und es den Genossen unmöglich zu machen, den Kampf fortzuführen. Dies geschieht gegenwärtig dadurch, daß sie die Waren in Geschäften vergiften. Wenn ein Genosse in ein solches Geschäft geht, um sich z.B. Jeans zu kaufen, stellt er nach einiger Zeit fest, daß er vom Tragen der Jeans überall Blasen hat und Atmungsschwierigkeiten bekommt, manche sterben daran. Wir konnten das Gift bisher noch nicht analysieren, aber die Genossen haben festgestellt, wenn man die Kleidung zwei- bis dreimal vor dem Tragen kocht, wird das Gift neutralisiert. Auch die Massen in den halbbefreiten Gebieten wissen jetzt, daß sie die Kleidung von verdächtigen Verkäufern vorher kochen müssen.

Die traditionelle Medizin wird mit der neuen Medizin verbunden

Es gibt traditionelle Ärzte in Zimbabwe. Weil die Menschen kein Geld haben, zu einem Arzt zu gehen, gehen sie oft zu solchen Medizinmännern. Diese Medizinmänner leben von der Behandlung von Krankheiten. Hier vertritt unsere Partei immer wieder den festen Standpunkt, daß das System der Unterdrückung in Zimbabwe die Menschen korrumpiert und die Medizinmänner sich ihre Ratschläge folglich hoch bezahlen lassen. Mit der politischen Erziehung erkennen sie aber heute, daß jemanden zu behandeln kein Gefallen, sondern eine Verpflichtung, eine politische Pflicht ist, und ein Weg, eine gemeinschaftliche Versorgung aufzubauen, die jedem dient. Wir meinen, daß ein Teil der Medizin, die die Medizinmänner anwenden, sehr nützlich ist. Wir ermutigen sie, uns zu zeigen, welche Arzneimittel sie benutzen und für welche Krankheiten sie diese Arznei benutzen. Wir meinen, daß wir, wenn Zimbabwe befreit ist und wir ein fortschrittliches medizinisches Versorgungssystem in Zimbabwe aufgebaut haben, in der Lage sind, diese traditionellen Arzneimittel in Laboratorien zu untersuchen. Wir werden die chemischen Bestandteile feststellen können, die in der Behandlung wirksam werden, und vielleicht können wir daraus dann Tabletten anfertigen.

Politische, militärische und medizinische Ausbildung der Barfußärzte

Die Barfußärzte leben immer mit den Massen zusammen. Sie haben alle eine militärische und politische Ausbildung. Jetzt arbeiten sie als Barfußärzte, wobei einige von ihnen als politische Ausbilder tätig und von daher immer unter den Massen sind. Sie sind keine Elite, die von Ort zu Ort wandert, sondern ihre Aufgabe besteht darin, dem Volk in einem fest bestimmten Gebiet zu erklären, was zu tun ist. Wir arbeiten in Abstimmung mit der Abteilung für Erziehung in der Partei. Zur Zeit führen wir eine Lese- und Schreibkampagne durch. In diesem Lese- und Schreibunterricht können wir den Menschen auch beibringen, „Krätze" zu lesen und zu schreiben und können ihnen dabei erklären, was das ist. So wird die Lese- und Schreibkampagne verbunden mit politischer und Gesundheitserziehung, verbunden mit allen Bereichen des Kampfes, so wie wir ihn sehen.



Alles medizinische Personal, das im Land ausgebildet wurde, ist im Interesse des Kapitalismus erzogen und hat bürgerliche Ideen im Kopf. Wie überall auf solchen Gebieten stehen diese Leute dem neuen System zunächst widerwillig gegenüber. Einige verhalten sich neutral, andere begrüßen die Änderungen, weil sie sehen, daß das System, unter dem sie arbeiten müssen, falsch ist, weil sie erkennen, daß es die Massen ausbeutet und nur der Bourgeoisie nützt. Dies sind dann unsere ersten Kollegen, sie werden die Umwälzung begeistert begrüßen und aktiv an ihr teilnehmen. Es wird aber auch Widerstand geben von denjenigen, die nicht verstehen, worum es geht. Es wird nötig sein, sie politisch aufzuklären. Jeder in Zimbabwe sollte ein bewaffneter Kader sein, sei er Arzt, Krankenschwester, Mechaniker, oder wer auch immer. Die Massen müssen bewaffnet sein im ganzen Land. Für das medizinische Personal ist es nötig, sich politischer Schulung und militärischem Training zu unterziehen und ebenso produktive Arbeit zu leisten. Es kann nötig sein, sie einige Zeit von der medizinischen Arbeit zu befreien, damit sie in der Produktion arbeiten, militärisch geschult und politisch erzogen werden können. Die Ausbildung an einem bestimmten Tag läuft z.B. so ab:

Die Genossen stehen normalerweise zwischen halb fünf und fünf Uhr morgens auf. Wenn wir eine Unterkunft für Patienten aufbauen wollen, gehen einige zum Gras schneiden. Um halb sieben oder sieben Uhr kommen sie sich waschen und essen. Um acht Uhr etwa gehen sie für zwei Stunden zum politischen und fachlichen Unterricht. Danach gehen sie in die Klinik, um nach den Patienten zu schauen und die Behandlung für den Tag festzulegen. Danach gibt es Mittagessen. Anschließend geht ein Teil wieder zum Gras schneiden, um die Häuser zu bauen, der andere Teil geht z.B. auf die Felder. So läuft es: am frühen Morgen produktive Arbeit, putzen und essen, Unterricht, dann zum Krankenhaus, Essen und wieder produktive Arbeit und am Abend politische und medizinische Diskussion. So läuft das in kleinem Umfang ab. In größerem Umfang müssen einige Veränderungen vorgenommen werden: Einige leisten dann den ganzen Tag produktive Arbeit, und den nächsten Tag machen sie politische und medizinische Ausbildung, und so abwechselnd.

Das Volk von Zimbabwe braucht Medikamente!

Die Medikamente, die wir haben, werden erstens von den Flüchtlingen in den Durchgangslagern von Mozambique gebraucht, zweitens von den ZANLA-Streitkräften und drittens vom Volk in Zimbabwe. Viele finden es in Ordnung zu sagen, die Medikamente seien für die Flüchtlinge. Das hieße aber falsche Tatsachen vorheucheln, weil die Medikamente das Flüchtlingsproblem nicht lösen. Es kann erst gelöst werden, wenn Zimbabwe befreit ist. Und deshalb brauchen die ZANLA-Streitkräfte, die im Land die imperialistische Herrschaft zerstören, die Medikamente. Sie führen Krieg, sie werden von Schlangen gebissen, sie bekommen Lungenentzündung, trinken vergiftetes Wasser, bekommen Verdauungsstörungen und werden verwundet. Zu all dem werden Medikamente gebraucht. Die einzigen, die den Kontakt mit den Massen in Zimbabwe halten, sind die ZANLA Streitkräfte. Deshalb bringen die ZANLA-Kämpfer die Medikamente für sich und auch für die Volksmassen im Land mit. Das Smith-Regime hat in den halbbefreiten Gebieten die meisten Krankenhäuser niedergebrannt, und das medizinische Personal wurde abgezogen. Das Volk in diesen Gebieten und diejenigen, die wir aus den Konzentrationslagern befreien, sind medizinisch von den ZANLA-Streitkräften abhängig.

Durch die ZANLA-Streitkräfte haben die Massen zum ersten Mal freien Zugang zu medizinischer Versorgung. Die medizinische Versorgung durch die ZANLA ist kostenlos. Die Massen selbst unterstützen den Kampf. Sie machen den Kampf überhaupt erst möglich. Sie geben den Genossen zu essen, und sie sagen den Genossen, daß sie in Mozambique trainieren sollen.

„Anti-Terror-Gesetze" im Bundestag verabschiedet

„Es ist dies ja noch nicht das Ende aller Gesetzgebung" (Schmidt, Bundeskanzler)

Attentate auf Gottesgnädigkeiten und die Sozialistengesetze

„Ich ziehe daraus den Schluß", erklärte der Reichstagsabgeordnete Jörg (Zentrum) bei der Beratung des ersten Entwurfs des Sozialistengesetzes am 23. Mai 1878,

„eine Bewegung, die in wenigen Jahren aus einem unscheinbaren Anfang zu einer so mächtigen Lawine heranwächst, daß man jetzt den hohen Reichstag ein Nothgesetz gegen sie zumuthen muß, eine solche Bewegung ist allerdings höchst gefährlich."

Und Abgeordneter von Helldorff der Deutschkonservativen Partei warnte:

„Jene Aufregung des Klassenhasses, der Erweckung des Klassenbewußtseins ... das Aufreizen der Besitzlosen gegen die mehr Besitzenden, der einzelnen Volksmassen gegeneinander, darin liegt die große Gefahr, die Schädigung der wirtschaftlichen und bürgerlichen Gesellschaft."

Zwei mißglückte Attentatsversuche mußten der Bourgeoisie herhalten bei dem Versuch, die revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu zerschlagen.

Am 14.7.1861 schlug das erste Attentat Beckers auf König Wilhelm I. von Preußen fehl; am 6.10.1866 schoß Blind-Cohen bei Reichskanzler Bismarck daneben; am 6.2.1878 kam der Kaiser Wilhelm I. bei dem Attentat von Nobiling mit einer leichten Wunde davon, Höbel versuchte es kurz darauf, am 11.5.1878 erneut; 1883 sollten endlich die versammelten Fürsten am Niederwalddenkmal in die Luft gehen – der Plan Reindorfs schlug fehl; im Januar 1885 dann erwischten die Anarchisten doch noch einen – allerdings nur den Polizeirat Rumpff zu Frankfurt.

Hätten sie auch die ein oder andere Gottseligkeit mehr getroffen, das

Hätten sie auch die ein oder andere

Gottseligkeit mehr getroffen, das hätte die Herrschaft der Ausbeuterklasse nicht erschüttert. Die Gefahr für ihre Herrschaft sahen die Bourgeois nicht in einigen Fehlschüssen, sondern in den revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse.

„Was das auf sich hat, wenn die Regierung die Zügel der Herrschaft aus den Händen entschlüpfen läßt, wenn die Gewalt an die Massen übergeht, meine Herren, darüber belehrt uns die Geschichte der Kommune in Paris."

Nur der Gedanke daran, daß die revolutionäre Sozialdemokratie den Sturz der deutschen Bourgeoisie propagierte und der Kampf der Pariser Kommunarden unter den deutschen Arbeitern und Volksmassen aufmerksam verfolgt wurde, ließ den Abgeordneten Graf von Moltke, den Generalfeldmarschall im Raubkrieg gegen Frankreich, erschaudern. Am 21. Oktober 1878 erließ die herrschende Klasse, nachdem der erste Gesetzentwurf zur „Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" am 24. Mai 1878 gescheitert war, das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie".

Zerschlagen konnte die Bourgeoisie die Kämpfe der Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut, die Sozialdemokratie, nicht. Bereits im Oktober 1881 erhielt die Sozialdemokratie bei den Wahlen 300000 Stimmen. 1889 streikten über 100000 Bergleute im Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und zwangen den Kapitalisten dazu, den Streik zu bezahlen.

„Die Bergleute sandten jene bekannte Delegation zum Kaiser – ein prahlerischer, eingebildeter junger Narr – der sie mit drohenden Worten empfing, wenn sie sich den Sozialdemokraten zuwenden sollten und die Autorität schmähten, würde er sie ohne Gnade niederschießen lassen ... Doch wie dem auch sei, das ganze Kaiserreich erzitterte vor diesen streikenden Arbeitern ... und beide, Wilhelm und Bismarck, mußten sich vor den geschlossenen Reihen der 100000 streikenden Arbeitern beugen. Das allein ist ein wunderbares Resultat." (Friedrich Engels, Der Bergarbeiterstreik an der Ruhr, Marx-Engels-Werke, Seite 376ff)

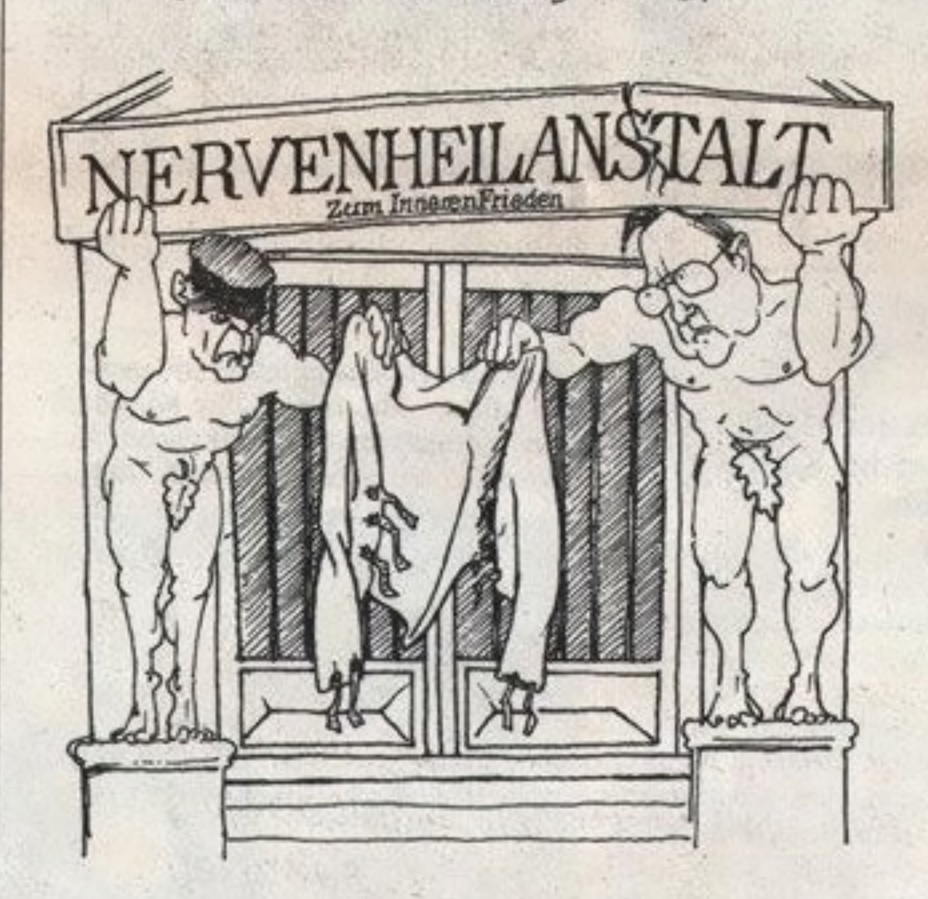
Nicht einige Attentatsversuche von Anarchisten, sondern die Kämpfe und machtvollen Demonstrationen gegen die Sozialistengesetze, für den Zehnstundentag und der Aufbau der revolutionären Partei brachten das Sozialistengesetz zu Fall – und den Reichskanzler zum Stürzen.

„Wie oft haben die Bourgeois uns nicht zugemutet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmegesetz gefallen, das gemeine Recht wiederhergestellt ist für alle, auch für die Sozialisten! Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu tun ..." (Friedrich Engels, Der Sozialismus in Deutschland, Marx-Engels-Werke Band 22, Seite 251)



Eine übermäßige Heftigkeit der Debatte schadet dem Ansehen des Bundestages bei den Bürgern im Land. Der Deutsche Bundestag sollte sich bemühen, nach Außen ein solches Bild zu bieten, daß diejenigen, die seine Debatten mithören, ihm mit Achtung begegnen können.
Bundestagspräsident Carstens

Herr Bundeskanzler, wir haben gemeinsam diese Verantwortung getragen, in dem Vertrauen darauf, daß vor allem Streit im Detail wir doch letztendlich zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen ...



Herr Abgeordneter Kohl, wenn jemand ernsthaft als Terrorist wegen einer Straftat verurteilt worden ist, dann kommt er nicht mit 3 Jahren davon. Dann wird er länger sitzen müssen, und dann erledigt sich die Frage der Sicherheitsverwahrung.

Ich weiß, daß ich zu denen gehöre, die weniger werden – ist auch ganz in Ordnung. Nur, solange ich kann, werde ich für das eintreten wofür ich angetreten bin nach dem zweiten Weltkrieg.







Vergessen wir doch nicht, was uns Karl-Friedrich von Weizsäcker oder auch Manfred Rommel, um einen parteilosen Gelehrten und einen Mann aus dem Lager der Opposition als Zeugen anzurufen, vor Augen geführt haben – daß nämlich die rechtsbrechenden Terroristen keineswegs die einzige Zielgruppe unserer Maßnahmen und Überlegungen sein können, sagte Vogel.

Wir spüren ein Zusammenrücken in unserem Volk, ein Schrumpfen von Gegensätzen, die zwar fortbestehen und auch fortbestehen müssen, aber in ihrer Bedeutung realistischer gesehen werden.
(Dr. Eirich, CDU-CSU)



Schleyers Ableben und die Vorschläge der Gewerkschaftssozialdemokraten zur „Terrorismusbekämpfung"

Weil schon zu Bismarcks Zeiten die Massen und nicht die Kapitalisten die Verabschiedung der Sozialistengesetze verlangt haben, ...

„trotz dieser evidenten Tatsachen gelang es dem Reichskanzler mit Unterstützung der konservativen Presse und einer aufgeputschten öffentlichen Meinung ... endlich das lang geplante ‚Gesetz gegen die gemeingefährlichen Umtriebe der Sozialdemokratie' durchzusetzen" ... (Metall 23/77)

... weil Schleyer der „faire Partner" der Arbeiterklasse und nicht der oberste Kapitalistenvertreter war, ...

Wir „haben in der Person des Ermordeten einen Kontrahenten verloren, der über alle gesellschaftspolitischen Gegensätze hinweg ein in der Sache harter, aber zu jeder Zeit auch menschlich fairer Partner gewesen ist." (ötv-Magazin 11/77)

... weil der demokratische Rechtsstaat der Himmel auf Erden und nicht der Herrschaftsapparat der Kapitalistenklasse zur Ausbeutung der Arbeiterklasse ist, ...

„Mit Mord und Terror kämpfen sie (fanatische Kriminelle) gegen diesen Staat, der so frei, demokratisch und sozial ist wie noch kein anderer auf deutschem Boden ... Der demokratische Rechtsstaat muß sich gegen diesen Terror wehren. Er muß Leben und Sicherheit der Bürger ebenso schützen wie die freiheitliche und rechtliche Ordnung unseres Gemeinwesens." (Loderer in Metall 22/77)

muß die Reaktion verschärft werden! ...

Gerade deshalb „sollte sehr schnell mehr an vorbeugenden Maßnahmen geschehen. Etwa die strengere Handhabung des Waffengesetzes, die schärfere Überwachung von Sprengstoff- und Waffenlagern sowie aller kommunalen Stellen, wo

des Waffengesetzes, die schärfere Überwachung von Sprengstoff- und Waffenlagern sowie aller kommunalen Stellen, wo Ausweisunterlagen liegen. Man muß alles tun, um dem Terror den Boden zu entziehen." (Welt der Arbeit, 7.9.77)

„Verteidigergespräche mit den Häftlingen muß man nicht unbedingt überwachen können – man könnte die Herren, sofern sie suspekt erscheinen, auch ausschließen vom Verkehr mit dem Mandanten und an ihre Stelle Pflichtverteidiger setzen. Beides wirkt. Und warum kein einheitliches Polizeigesetz der Länder? Und warum weiterhin die Entlassung von Häftlingen gegen Kaution? Und warum so viele Trottelei in den Gefängnissen?" (Welt der Arbeit, 3.11.77)

Die Vorschläge: Zentralisierung und Straffung des Polizeiapparates, umfassende Bespitzelung der Volksmassen, Verteidigerausschluß, kurzer Prozeß, lebenslage Sicherheitsverwahrung.

„Was immer zur Effizienz der polizeilichen Ermittlungs- und Fahndungstätigkeiten getan werden kann, sollte daher endlich geschehen. Seit Jahrzehnten fordert z.B. der Präsident des Bundeskriminalamtes die Erweiterung seiner Kompetenzen, um nicht nur umfassend ermitteln, sondern auch erfolgreich vorbeugen und fahnden zu können. Ebenso steht außer Frage, daß auch Einschränkungen unserer Bequemlichkeit wie z.B. durch eine Verschärfung der polizeilichen Meldevorschriften in Kauf genommen werden müssen ... wissen wir, daß die Kontaktsperre notwendig war ... Unser Strafverfahren ist aber, wie vor allem der Stammheimer Terroristenprozeß gezeigt hat, zu schwerfällig ... wäre es schon besser, wenn man die bereits bestehende Möglichkeit, korrespondierende Anwälte, die mit ihren inhaftierten Mandanten gemeinsame Sache machen, aus dem Verfahren auszuschließen, erleichterte, wie das die Bundesregierung beabsichtigt ... Auf der anderen Seite scheint es mir unerläßlich zu sein, daß Gefangene, die wegen schwerwiegender terroristischer Aktivitäten verurteilt sind, nach Verbüßung ihrer Strafe nicht freigelassen werden, wenn die begründete Gefahr besteht, daß sie ihren gewaltsamen Kampf gegen die Bundesrepublik weiterführen." (So der sozialdemokratische Präsident am Oberlandesgericht Braunschweig Rudolf Wassermann in „Metall" 23/77)

Kommunistische Volkszeitung